

**Heft 158**

Ausgabe 6 | 2007  
ISSN 0170-461  
K 5361  
5,00 Euro



# spow



Pro und Contra:  
**Brauchen wir einen neuen  
NPD-Verbotsantrag?**  
Sebastian Edathy vs.  
Rolf Gössner

## » **Der Staat als Pionier**

Gustav Horn  
**Privat vor Staat?**

Klaus Wowereit  
**Die sozialdemokratische  
Stadt als Pionier**

Dokumentation:  
**Arbeit und Wirtschaft  
menschlich gestalten**



## Kurzum | von Thomas Westphal

» In der Krise offenbart der internationale Finanzmarkt sein wahres Gesicht: Er lebt auf Pump, frisst sich in aggressiver Form in jeden Winkel der realen Wirtschaft und überschwemmt den Markt mit immer neuen Kreditprodukten, Anleihen und Schuldverschreibungen. Die Geldmenge in den nationalen Volkswirtschaften steigt unaufhörlich an und der Wert des Geldes sinkt. In der Bankenkrise der letzten Monate manifestiert sich diese Landnahme des Finanzwesens durch einen einfachen Zusammenhang: Wenn Hauskäufer ohne geregeltes Einkommen den Kaufpreis zu 100% finanziert bekommen und keine Tilgung zu leisten haben, wenn Beteiligungsfir-  
 men teure Übernahmen zu 90% mit billigen Krediten finanzieren und wenn Investoren ihr Eigenkapital um ein Vielfaches mit Fremdkapital hebeln, ohne Risikoaufschläge leisten zu müssen, dann basiert die Akkumulation von Kapital einzig auf verschleudertem Geld. Durch billige Kredite, gegenseitige Beleihung und Kreditgewährung von Banken und Investoren werden immer weitere Kreise in das System gezogen und so arbeitet sich der Prozess der Kapitalakkumulation vorwärts. Welche Anfälligkeit dieses System beinhaltet, haben wir in den zurückliegenden Wochen erleben dürfen.

**Kurzum:** Geldsorgen 2007 sind von gewaltig anderer Natur als noch vor 30 Jahren. Damals basierte Aufschwung und Wohlstand auf der Ausdehnung des modernen industriellen Sektors und befreite viele aus traditionellen unsicheren Verhältnissen. Heute führt die Ausdehnung des Finanzsektors direkt in den „moral hazard“ der Investoren und zur ernsthaften Bedrohung kleiner und mittlerer bürgerlicher Existenzen.

» Die Reaktionen der Politik auf die Kreditunruhen, die sich wellenartig aus den USA über den gesamten Globus ausdehnten, waren schmallippig. Die Transparenz der Finanzmärkte müsse erhöht werden, hieß es aus allen Ecken des politischen Spektrums. Dass aber alle Zentralbanken mehr oder weniger mit einer Senkung der



↳ Thomas Westphal, Diplom-Volkswirt, spw-Mitherausgeber, er lebt und arbeitet in Dortmund.

Foto: privat

Zinssätze oder anderen Liquiditätsspritzen reagierten und damit das kollabierende Kreditwesen mit neuem billigem Geld stabilisierten, störte offenbar niemanden. Kritik an der Zentralbank ist in der deutschen Politik eine Todsünde, sie wird im Allgemeinen noch härter bestraft als eine Kritik an der israelischen Außenpolitik.

» Aber sehen wir der Tatsache ins Auge: Die führenden Zentralbanker der Welt halten die Finanzmarktverhältnisse nur dann für geordnet, wenn sorglose Investoren und Banken sich mit billigen Krediten verzocken dürfen ohne Konsequenzen fürchten zu müssen. Nach dieser Logik müsste jede der 100.000 Privatinsolvenzen in Deutschland mit einem billigen Kredit der KfW aufgefangen werden. Der einzige ernstzunehmende Kritiker dieser Verhältnisse am Finanzmarkt ist der überaus sympathische Staatspräsident Frankreichs.

**Kurzum:** Die ohnehin schon kaum erträglichen Zustände in der europäischen Wirtschaftspolitik werden durch die Tatsache, dass ein erzreaktionärer, autoritärer Staatspolizist wie Sarkozy zu einer Art Hoffungsfigur wird, endgültig unerträglich. Vielen Dank Herr Steinbrück. ■

## □ Impressum:

spw – Zeitschrift für sozialistische Politik und Wirtschaft

### HerausgeberInnen:

Niels Annen (Hamburg)  
 Jutta Blankau (Hamburg)  
 Klaus Dörre (Jena)  
 Iris Gleicke (Schleusingen)  
 Michael Guggemos (Berlin)  
 Michael R. Krätke (Amsterdam)  
 Uwe Kremer (Dortmund)  
 Detlev von Larcher (Weyhe)  
 Benjamin Mikfeld (Berlin)  
 Susi Möbbeck (Magdeburg)  
 Andrea Nahles (Weiler)  
 Horst Peter (Kassel)  
 Florian Pronold (Deggendorf)  
 Christel Riemann-Hanewinkel (Halle/S.)  
 René Röspe (Hagen)  
 Ernst-Dieter Rossmann (Elmshorn)  
 Sigrid Skarpelis-Sperk (Bonn)  
 Thomas Westphal (Dortmund)

### Redaktion:

Thorben Albrecht  
 Claudia Bogedan  
 Björn Böhning  
 Sebastian Jobelius  
 Oliver Kaczmarek  
 Bettina Kohlrausch  
 Anja Kruke  
 Lars Neumann  
 Inken Wiese

Chefredaktion und V.i.S.d.P.:  
 Reinhold Rünker

### Redaktions- und Verlagsadressen:

spw-Verlag / Redaktion GmbH  
 Postfach 12 03 33, 44 293 Dortmund  
 Telefon (Verlag) 02 31 - 40 24 10  
 Telefon (Redaktion) 02 31 - 40 14 11  
 Telefax 02 31 - 40 24 16  
 spw-verlag@spw.de, redaktion@spw.de  
 www.spw.de

### Geschäftsführung:

Robin Baranski  
 Hans-Joachim Olczyk  
 Eckhart Seidel

### Konto des Verlages:

Postbank Dortmund  
 Kto. Nr. 32 44 34 68, BLZ 440 100 46

Die spw erscheint mit 8 Heften im Jahr.  
 Jahresabonnement Euro 39,-  
 (bei Bankeinzug Euro 37,-)  
 Auslandsabonnement Euro 42,-  
 Abbestellungen mit einer Frist von drei  
 Monaten zum Jahresende.  
 ISSN 0170-461 - K 5361  
 ©spw-Verlag/Redaktion GmbH 2007.  
 Alle Rechte vorbehalten.

### Gestaltung:

liniezwei Kommunikationsdesign GbR,  
 Düsseldorf

### Titelfoto:

www.fotolia.de; ©Carina Hansen

### Druck:

Nolte-Druck, Iserlohn  
 1.-3. Tausend, September 2007

## ■ Meinung

Widerstand zwecklos!   Lars Klingbeil	4
Potenzial an Fachleuten nutzen!   Klaus Brandner	5
Betriebliche Altersvorsorge stärken   Gabriele Hiller-Ohm	6
Unklare Gefährdungslagen   Christine Lambrecht	7
■ Pro: NPD-Verbotsantrag   Sebastian Edathy	8
■ Contra: NPD-Verbotsantrag   Rolf Gössner	9
Mehr europäische Demokratie wagen	
Björn Böhning	10
Crossover-Projekt wieder mit Leben füllen	
Interview mit Hans-Günter Bell	11
<b>■ ■ Im Fokus: Der Staat als Pionier</b>	
Einleitung zum Schwerpunkt   Reinhold Rünker	12
Der Staat als Pionier. Aus: 53 Thesen (1989)	12
Der Staat als Pionier im 21. Jahrhundert   Matthias Machnig	14
Zwischen Pionierleistung und Daseinsvorsorge   Frank Schwabe	19
Statements   Guntram Schneider und Carsten Sieling	23
Privat vor Staat?   Gustav Horn	25
Die sozialdemokratische Stadt als Pionier   Klaus Wowereit	28
In welche Richtung geht der schwedische Wohlfahrtsstaat?	
Interview mit Roger Hällhag	32

## ■ ■ ■ Magazin

Kinderspiel Kapitalismus   Alexandra Kramm	35
Stichwort zur Wirtschaftspolitik:	
Evaluierung der Hartz-Gesetze   Arne Heise	36
Was kommt nach der Schule?   Marcus Weber	38
07 bis 09: Abhaken, aber schnell – und dann?	
Cordula Drautz, Ralf Höschele und Katie Baldschun	42
Peters & Huber: Vier Jahre Zweckgemeinschaft   Stephan Klecha	46
Modernisierer auf Fortschrittskurs?	
Ernst-Dieter Rossmann, Alexander Bercht	50
Baustelle Hamburger Grundsatzprogramm   Andreas Bach	54

## ■ ■ ■ ■ Personen & Positionen

Dokumentation: Arbeit und Wirtschaft menschlich gestalten – Beschluss SPD-Landesparteitag NRW	56
Meldungen	57
5 Fragen an ... Fikile Mbalula	58

## Widerstand zwecklos!

### Letzte Runde: Die Wehrpflicht

#### wird faktisch abgeschafft

von Lars Klingbeil



» Am Ende ist den Wehrpflichtbefürwortern das Eis unter ihren Füßen doch zu dünn geworden: Ihre Argumente pro Wehrpflicht konnten nicht mehr überzeugen. Wehrgerechtigkeit: Fehlanzeige. Sicherheitspolitischer Nutzen: Fehlanzeige. Gesellschaftliche Verankerung der Bundeswehr: Fehlanzeige. Insofern war es nur ein logischer Schritt für die SPD-Parteispitze, den Ausstieg aus der Wehrpflicht inklusive Gesichtswahrung für ihre vehementen Befürworter zu suchen. „Freiwilliger Wehrdienst“ heißt das Konstrukt und bedeutet übersetzt nichts anderes als die faktische Abschaffung der Wehrpflicht.

#### □ „Freiwilliger Wehrdienst“

Zwar sollen künftig alle jungen Männer noch gemustert werden, eingezogen werden sollen aber nur noch diejenigen, die wirklich den Dienst bei der Bundeswehr leisten wollen. Schon heute leisten von knapp 450.000 Männern pro Jahrgang 60.000 den Dienst bei der Armee. Hiervon schon mehr als ein Drittel als Freiwillige. Die Wehrpflichtgegner haben in den letzten Jahren immer argumentiert, es würden sich genügend weitere Freiwillige für den Wehrdienst finden lassen und der staatliche Zwang müsse nicht aufrechterhalten bleiben. „Mut zur Freiwilligkeit“ hieß die Parole. Dieses Argument soll mit den SPD-Plänen nun in der Realität überprüft werden. Und es wird sich bewahrheiten. Mit einem Anreizsystem, dass beispielsweise eine bessere Besoldung für freiwillig

Dienende bedeuten könnte, wird zudem gewährleistet, dass die Bundeswehr als attraktiver Arbeitgeber gutes Personal bekommt.

Auch für den Zivildienst bleibt das neue Modell nicht ohne Folgen: Wird bei der Bundeswehr auf Freiwilligkeit gesetzt, muss dies auch bei den zivilen Diensten gelten. Die Wohlfahrtsverbände haben sich längst auf dieses Szenario eingestellt. Schon heute gibt es eine wesentlich größere Nachfrage, ein freiwilliges soziales oder ökologisches Jahr abzuleisten, als Plätze vorhanden sind. Auch hier muss das Bonussystem gelten. Bei der Ausgestaltung der Freiwilligendienste muss allerdings strikt darauf geachtet werden, dass keine regulären Arbeitsverhältnisse zerstört werden.

» Es wäre wünschenswert gewesen, die SPD hätten die Abschaffung der Wehrpflicht nicht über den Zwischenstopp „freiwilliger Wehrdienst“ eingeleitet. Aber im Sinne der Parteiloyalität und der Gesichtswahrung war dies wohl notwendig. Die Wehrpflichtgegner können ihren Erfolg feiern. Letztendlich haben doch die Argumente gesiegt: Die Wehrgerechtigkeit existierte schon lange nur noch in den Reden des Verteidigungsministers und der sicherheitspolitische Mehrwert durch Wehrpflichtige wird selbst innerhalb der Bundeswehr nicht mehr vertreten. Nach einigen Jahren „freiwilligem Wehrdienst“ wird es der Finanzminister sein, der keinen Sinn mehr darin sieht, die teuren Musterungsstrukturen aufrechtzuerhalten. Spätestens dann wird es das formale Finale der Wehrpflicht geben. ■



↳ Lars Klingbeil, ist stellv. Juso-Bundesvorsitzender und lebt in Münster (Nds.).

Foto: privat

## Potenzial an Fachleuten nutzen!

**Zukünftigem Fachkräftemangel  
mit integrierter Gesamtstrategie  
vorbeugen**

von Klaus Brandner ■ ■

» In den vergangenen Monaten konnten wir uns beim Blick auf den Arbeitsmarkt über positive Zahlen freuen: Weniger Menschen sind arbeitslos, es entstehen wieder mehr sozialversicherungsspflichtige Vollzeitstellen und die Zahl der Erwerbstätigen ist insgesamt gestiegen. Es handelt sich dabei nicht nur um eine kurzfristige konjunkturelle Erholung, sondern um einen nachhaltigen strukturellen Abbau der Arbeitslosigkeit.

Dieses positive Bild wird nun durch Unternehmensklagen getrübt, viele offene Stellen könnten aus Mangel an geeigneten Fachkräften nicht besetzt werden. Es wird der Eindruck vermittelt, Wirtschaftswachstum und Beschäftigungsentwicklung würden durch einen generellen und branchenübergreifenden Fachkräftemangel gebremst. In einigen Bereichen zeichnen sich tatsächlich Engpässe ab – vor allem deshalb, weil Arbeitgeber es über Jahre versäumt haben, qualifizierten Nachwuchs aus- und Beschäftigte weiterzubilden. Stattdessen wurden qualifizierte und erfahrene ältere Mitarbeiter in den Vorruhestand geschickt.

### □ Zuwanderungspolitik als Teil einer integrierten Gesamtstrategie

Um akute Engpässe insbesondere bei Ingenieurberufen auszugleichen, ist es zwar richtig, dass ausländische Fachkräfte in besonders nachgefragten Fachrichtungen kurzfristig leichter eine Arbeits-erlaubnis bekommen. Forderungen nach einer

sofortigen pauschalen Öffnung des deutschen Arbeitsmarktes, wie sie derzeit von Unternehmen erhoben werden, gehen aber in die falsche Richtung – denn wir haben nach wie vor ein hohes Potenzial an Fachleuten, das wir zunächst nutzen müssen. Aufgrund der demographischen Entwicklung wird das Arbeitskräftepotenzial in Deutschland in den nächsten Jahren spürbar abnehmen. Neben Japan und Italien, so bescheinigt uns die OECD, ist Deutschland das einzige Industrieland, in dem schon jetzt die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter schrumpft. Deshalb müssen wir sehr viel schneller und in größerem Umfang auf ein sinkendes Arbeitskräftepotenzial reagieren, um unsere hohe Produktivität und unseren Wohlstand halten zu können. Pauschale Zuwanderungserleichterungen sind keine nachhaltige Lösung – eine sinnvoll gesteuerte und an den Bedürfnissen des Arbeitsmarktes ausgerichtete Zuwanderung hingegen schon. Das von der Süßmuth-Kommission empfohlene Punktesystem wäre hierfür ein sinnvolles Verfahren. Leider lehnt die Union ein solches Konzept nach wie vor ab.

Zuwanderungspolitik muss Teil einer integrierten Gesamtstrategie sein: wir müssen unser Bildungssystem verbessern, für mehr Ausbildung sorgen, mehr in Qualifizierung und Weiterbildung investieren, sowie die Beschäftigungsquote Älterer und die Erwerbsbeteiligung von Frauen deutlich erhöhen. Die Unternehmen müssen hier Verantwortung übernehmen! Wenn wir die verschiedenen Maßnahmen in einer wirksamen Gesamtstrategie geschickt miteinander kombinieren, können wir die zukünftigen Herausforderungen für Wohlstand, Wachstum und Beschäftigung erfolgreich meistern. ■



☞ Klaus Brandner, MdB, ist arbeits- und sozialpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion und vertritt im Bundestag den Wahlkreis Güterlohn.

Foto: www.spdfraktion.de

## Betriebliche Altersvorsorge stärken

### Verlängerung der Beitragsfreiheit

#### ist der richtige Weg

von Gabriele Hiller-Ohm ■ ■

Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales hat entschieden, dass Einzahlungen in eine betriebliche Altersvorsorge, die Beschäftigte per Entgeltumwandlung leisten, auch künftig sozialabgabenfrei bleiben. Mit diesem Schritt sind die Weichen dafür gestellt, dass betriebliche Altersvorsorge als Ergänzung zur gesetzlichen Rente auch künftig attraktiv bleibt – ein durchaus positives Signal für die rund neun Millionen Beschäftigten, die derzeit per Entgeltumwandlung Ansprüche erwerben.

#### □ Situation der Betriebsrente

Rund 17,3 Millionen Menschen in Deutschland haben derzeit einen Anspruch auf Betriebsrentenanwartschaften. Davon sind nach Schätzungen rund neun Millionen Menschen aktive „Entgeltumwandler“, das heißt, dass sie bis zu vier Prozent der Beitragsbemessungsgrenze in der gesetzlichen Rentenversicherung (aktuell: 2520 Euro) steuer- und sozialabgabenfrei in eine betriebliche Rentenkasse einzahlen können. Die Zahl derjenigen, die diese Art der Altersvorsorge wählen, ist seit der Rentenreform 2001 um mindestens 2,7 Millionen angewachsen.

Das Ziel der damaligen rot-grünen Bundesregierung, die betriebliche Altersversorgung als wichtigste Ergänzung zur gesetzlichen Rente zu stärken, wurde erreicht. Das verdeutlicht auch ein Blick auf die Zahlen insgesamt: Der Verbreitungsgrad betrieblicher Rentenanwartschaften unter den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten ist

von 2001 bis Ende 2006 von 52% auf 65% gestiegen. Allein diese Zahlen machen deutlich, dass es bei der betrieblichen Altersversorgung schon lange nicht mehr um eine Nische für Besserverdienende geht.

Mit der Festschreibung der Sozialabgabenfreiheit wird den 8-10 Millionen Menschen, die derzeit per Entgeltumwandlung in eine Betriebsrente einzahlen, eine große Sorge genommen. Für sie hätten sich durch das Auslaufen der Sozialabgabenfreiheit ihre Einzahlungen in eine betriebliche Rentenkasse erheblich verteuert. Für viele – insbesondere Geringverdiener – wäre dieser Weg, eine Zusatzrente aufzubauen, sogar vollends unattraktiv geworden, denn sie profitieren vorrangig nicht von der Steuer- sondern von der Sozialabgabenbefreiung. Ein Auslaufen der Sozialversicherungsfreiheit hätte zudem zu einer inakzeptablen „Doppelverbeitragung“ bei der Kranken- und Pflegeversicherung geführt. Künftig wären diese Abgaben sowohl in der Einzahlungs- wie auch in der Auszahlungsphase der betrieblichen Vorsorge fällig gewesen.

Mit der von der Bundesregierung auf den Weg gebrachten unbefristeten Sozialabgabenbefreiung werden Beschäftigte und Betriebe bestärkt, sich auch weiterhin in der betrieblichen Altersvorsorge zu engagieren und damit ein zusätzliches Standbein neben der gesetzlichen Rente aufzubauen. Die Betriebsrente mit ihrem steigenden Verbreitungsgrad, ihren Möglichkeiten der paritätischen Finanzierung und einer hohen Akzeptanz in der Arbeitnehmerschaft ist hierzu ein besonders geeignetes Instrument. ■



↳ Gabriele Hiller-Ohm, MdB, SPD-Berichterstatterin für betriebliche Altersvorsorge im Bundestagsausschuss für Arbeit und Soziales, sie lebt in Lübeck.

Foto: www.spdfraktion.de

## Unklare Gefährdungslagen

### Zwischen tatsächlicher Bedrohung und gezielter Panikmache

von Christine Lambrecht ■ ■

» Bundesinnenminister Schäuble entwickelt sich zu einer schweren Belastung der Regierungskoalition. Allzu durchsichtig sind seine Versuche, durch immer neue und immer überzogenere Vorschläge die SPD unter Druck zu setzen. Nach dem Motto „Wer viel fordert bekommt auch viel“ werden neue Vorschläge zur „Terrorabwehr“ in die Welt gesetzt. Die Verantwortlichen in der SPD sind gut beraten, wenn sie sich auf dieses Spiel nicht einlassen.

Die konservative Rechte braucht die Bedrohung durch einen inneren und äußeren Feind, der das Abendland bedroht, als Lebenselixier. Für die politische Linke ist es nicht einfach, ein rationales Verhältnis zu einer tatsächlichen terroristischen Bedrohung zu entwickeln. Ohne die Gefährdung, die vom internationalen Terrorismus ausgeht, bagatellisieren zu wollen, ist das tatsächliche Ausmaß der Bedrohung in Deutschland kaum einzuschätzen. Hier verfügen allein die Geheimdienste über entsprechende Erkenntnisse. Es ist schwer einzuschätzen, welche Bedrohungslagen real sind und wo es sich nur um Panikmache handelt. Parlamentariern ist die inhaltliche Kontrolle der Angaben und Bewertungen der Geheimdienste kaum möglich. Hier ist eine stärkere Kontrolle nötig, die den Parlamentariern einen intensiveren Einblick über die Mitglieder des Parlamentarischen Kontrollgremiums hinaus in die Arbeit der Dienste gewährt.

Freiheit und Sicherheit werden häufig als Widerspruch verstanden. In einem freiheitlichen Rechtsstaat bedingen sie aber einander. Seit den Anschlägen von 11. September 2001 sind zahlreiche

Sicherheitsgesetze erlassen worden, die die Bürger- und Freiheitsrechte einschränken. Verfassungsrechtliche Bedenken wurden oder werden gerne mit dem Hinweis auf die Bedrohung durch den internationalen Terrorismus zur Seite geschoben.

Nun strebt der Bundesinnenminister die Möglichkeit einer umfassenden Online-Durchsuchung an. Der Bundesgerichtshof hat die Onlinedurchsuchung mangels Ermächtigungsgrundlage für unzulässig erklärt. Einige Regierungsvertreter und Parlamentariern fordern nun, der Gesetzgeber solle nun eine praxistaugliche Ermächtigungsgrundlage erlassen. Mit Hilfe der Online-Durchsuchung würden die Ermittler aber Zugriff auf solche Daten erhalten, die zum Kernbereich privater Lebensgestaltung gehören, ohne dass der Betroffene hiervon etwas erfährt. Ein derartiger Eingriff in die Privatsphäre kann nicht Ziel einer Politik sein, die an Rechtsstaatlichkeit und Freiheit ausgerichtet ist.

» Wir brauchen keine hysterischen Debatten über die „Bedrohungsszenarien“. Es besteht aber unzweifelhaft die Notwendigkeit sehr genau darüber nachzudenken, welche Instrumentarien die Ermittlungsbehörden benötigen, um wirksam gegen jede Form von Bedrohung unserer parlamentarischen Demokratie vorgehen zu können ohne dabei das Ziel einer klar an Rechtsstaatlichkeit und Freiheit ausgerichteten Politik aus dem Auge zu verlieren. ■



↳ Christine Lambrecht, MdB (SPD), stellv. rechtspolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion, und im Sprecherrat der Parlamentarischen Linken sowie im Vorstand des Forum DL21. Sie lebt in Viernheim und Berlin.

Foto: www.spdfraktion.de

## ⊕ Pro: NPD-Verbotsantrag

**Mut zur Intoleranz gegenüber  
Demokratie- und Menschenfeinden!**

von Sebastian Edathy



☞ Sebastian Edathy, MdB (SPD), Vorsitzender des Bundestagsinnenausschusses, er lebt in der Stadt Rehburg-Loccum (Niedersachsen).

Foto: www.spdfraktion.de

⊕ Bei den Beratungen über das Grundgesetz stellte der Sozialdemokrat Carlo Schmid den Mitgliedern des Parlamentarischen Rates am 8. September 1948 die Frage, ob Gleichheit und Freiheit auch denen eingeräumt werden sollten, deren Streben ausschließlich darauf gerichtet sei, nach der Ergreifung der Macht die Freiheit zu vernichten. Carlo Schmid war mit seiner Ansicht nicht allein, und die Möglichkeit des Verbots von Parteien durch das Bundesverfassungsgericht fand Eingang in das Grundgesetz.

In den vergangenen Jahren hat die Zahl rechtsextremer Straf- und Gewalttaten kontinuierlich zugenommen. Im Jahr 2006 wurden 1.047 Gewalttaten dem Bereich „Politisch motivierte Kriminalität – rechts“ zugeordnet – pro Tag finden drei rechtsextrem motivierte Übergriffe statt. Begangen werden diese Straftaten zumeist von Mitgliedern aus der militanten Neonazi- und Kameradschaftsszene, die auf vielfältige Art und Weise mit der NPD verflochten ist. Diese Verflechtung geht vielerorts so weit, dass Personalunion besteht.

Es besteht kein Zweifel, bei der NPD handelt es sich um eine verfassungsfeindliche Partei, deren Mitglieder nicht selten eine im wörtlichen Sinne „aggressiv kämpferische Haltung“ gegenüber der freiheitlich demokratischen Grundordnung und den Menschen unseres Landes zeigen.

Den politischen Parteien kommt nach dem Grundgesetz bei der politischen Willenbildung eine besondere Rolle zu. Folgerichtig beteiligt sich der Staat an der Finanzierung der Parteien, Ver-

sammlungen genießen einen besonderen Schutz. Bei der NPD führt diese zu der Perversion, dass der Staat, den die NPD zu beseitigen trachtet, seinen Feind finanziell fördert und im besonderen Maße schützt: Mehr als die Hälfte ihrer Finanzmittel bezieht die NPD über die staatliche Parteienfinanzierung. So erhält der militante Neonazismus in Deutschland über die NPD staatliche Finanzmittel, und das Parteienprivileg der NPD wird dazu missbraucht, allwöchentlich Aufmärsche von Neonazis anzumelden.

Mit einem Verbot der NPD ließe sich dieser unerträgliche Zustand beenden. Ein Kernstück rechtsextremistischer Infrastruktur in Deutschland würde beseitigt.

Klar ist aber: eine Partei kann man verbieten, eine Gesinnung nicht. Letztere ist zu ächten – und ihr Entstehen muss durch eine Fülle präventiver Maßnahmen verhindert werden. Folgerichtig unterstützen Bund und Länder seit Jahren umfangreiche Präventionsprogramme gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Gewalt.

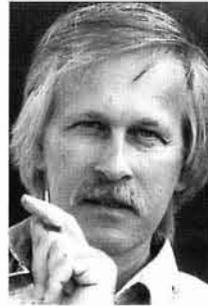
Ebenso klar ist auch, dass ein erneutes Scheitern eines NPD-Verbotsantrags zu vermeiden ist. Daher muss alles getan werden, dieses Risiko zu minimieren. Dazu gehört auch, dass die Verfassungsschutzämter während eines neuen Verbotsverfahrens auf V-Leute-Informationen aus den Landesvorständen und dem Bundesvorstand verzichten sollten. ■

## ■ Contra: NPD-Verbotsantrag

Verdrängungspolitik statt

Problemlösung

von Rolf Gössner ■ ■



↳ Dr. Rolf Gössner, Rechtsanwalt und Publizist, ist Präsident der „Internationalen Liga für Menschenrechte“ (Berlin). [www.rolf-goessner.de](http://www.rolf-goessner.de).

Foto:  
Heide Schneider-Sonnemann

Die Debatte um ein NPD-Verbot zeigt das Dilemma der „wehrhaften Demokratie“: Einerseits gebietet es die deutsche Geschichte, bei rechtsextremen Organisationen und Parteien besonders wachsam zu sein, Strukturentwicklungen in den Neonazi-Szenen gründlich zu beobachten und notfalls repressiv zu reagieren. Andererseits aber kann sich die Fixierung auf den kaum kontrollierbaren Verfassungsschutz (VS) oder auf Verbote rasch als fatal erweisen, weil damit nicht nur eine Verdrängung der zugrundeliegenden Probleme einher gehen kann, sondern solche Instrumente selbst liberal-demokratischen Prinzipien widersprechen.

Aber es gibt auch ganz pragmatische Gründe, die gegen einen erneuten Verbotsantrag sprechen: Beim letzten, kläglich gescheiterten Versuch erlebten wir die größte V-Mann-Affäre der bundesdeutschen Geschichte, aus der bis heute keine Konsequenzen gezogen wurden. V-Leute seien unverzichtbar, um verfassungswidrige Bestrebungen der NPD festzustellen, so die Bundesregierung – eine klarere Absage an einen erneuten Verbotsanlauf kann es kaum geben. Mit einem neuen Antrag würde ein rechtsstaatswidriger Geheimprozess in Kauf genommen, weil geheime Informanten als Zeugen fungieren müssten. Es ist konsequent, wenn ein solches Verfahren aus verfahrensrechtlichen – also nicht aus inhaltlichen – Gründen eingestellt wird. Der Staat finanziert und stärkt die rechtsextreme NPD über seine bezahlten Spitzel und der VS ist über sein V-Leute-Netz Teil des Neonazi-Problems geworden. Um ein neues Verbotsdesaster zu vermeiden, müssten

alle Innenminister und VS-Ämter am selben Strang ziehen und alle V-Leute abschalten. Erst nach einer Karenzzeit könnte ein neuer Anlauf riskiert werden, falls man ein solches Verbot überhaupt für sinnvoll hält.

Parteiverbote werfen als Ausnahmerecht, das einer freiheitlich demokratischen Grundordnung eigentlich widerspricht, mehr Probleme auf, als sie zu lösen imstande sind. Abgesehen von einer kurzen Verunsicherung der rechten Szene und einem Versiegen staatlicher Gelder, drängt eine solche Verbotspolitik zwar die Betroffenen ins Abseits, doch ihr unseliger Geist wirkt weiter. Rechtsradikale Gesinnungstäter und rassistische Schläger ließen sich davon kaum beeindrucken – schon eher von konsequent handelnder Politik, Polizei und Justiz.

Verbote treiben Aktivisten und Anhänger in andere rechtsextreme Gruppen, wo sie weiter ihr Unwesen treiben – womöglich in radikalisierter Form. Auch die NPD hat Personal verbotener Organisationen aufgefangen, weshalb ihre radikale Prägung auch das Resultat repressiver Eingriffe ist. Verbote sind eine Form gesellschaftlicher Verdrängung – beruhigende Ersatzpolitik, die von den Entstehungs- und Wachstumsbedingungen rechts-extremer und rassistischer Gesinnung, Organisation und Gewalt ablenken. Könnte es nicht sein, dass mit einem NPD-Verbot der starke Staat demonstriert wird, hinter dem sich eine ziemlich schwache Demokratie verbirgt, die Ausnahmerecht einer offensiven inhaltlichen Auseinandersetzung vorzieht? ■

## Mehr europäische Demokratie wagen

Neuer Programmentwurf schärft

SPD-Profil als linke Volkspartei

von Björn Böhning

Fast zehn Jahre hat die SPD über ein neues Grundsatzprogramm diskutiert. Nun liegt ein weiterer Entwurf vor, den die Programmkommission in ihrer Klausur am 22./23. September diskutiert und mit wenigen Ergänzungen als Empfehlung für den Hamburger Parteitag beschlossen hat. Gegenüber den ersten Thesen und dem Bremer Programmentwurf vom Januar 2007 ist dieser neue Text wesentlich kürzer und zugespitzter. Erst durch die intensiven Beratungen der letzten Monate in der gesamten Partei – fast ein-tausend Änderungsanträge hat es zum Bremer Entwurf gegeben – ist dieser neue Programmentwurf möglich geworden.

Die Verbesserungen lassen sich in sechs Feldern aufzeigen:

1. In der Zeitanalyse wird endlich der Begriff des „globalen Kapitalismus“ als analytische Kategorie verwendet, mit dem sowohl Gefahren wie Chancen der dynamischen Entwicklungen dieses Jahrhunderts erfasst werden.
2. Der Entwurf verheimlicht nicht mehr die Theorie- und Politiktraditionen der sozialistischen Arbeiterbewegung, sondern stellt sich selbstbewusst auch in diese Linie.
3. Die SPD zieht aus der Formulierung: „Die Europäische Union muss unsere Antwort auf die Globalisierung werden“ endlich die konsequente Forderung, die europäische Ebene zu einem echten politischen Akteur auch mit eigenen Finanzierungsquellen zu machen.

4. Die Bewältigung der ökologischen Herausforderungen zieht sich durch den Begriff der „Nachhaltigkeit“ wie ein roter Faden durch das Programm. Der Entwurf knüpft am richtigen Konzept qualitativer Wachstumsfelder aus dem Berliner Programm an, auch wenn dem Kapitel „Nachhaltiger Fortschritt“ noch die mitreißen-den Formulierungen fehlen.
5. Die SPD will „Gute Arbeit (...) für alle ermöglichen“. Sie will die „Arbeitsversicherung“ als weitere Säule ihrer Vollbeschäftigungspolitik etablieren, um berufliche Übergänge und Erwerbsunterbrechungen absichern sowie Weiterbildung in allen Lebensphasen zu gewährleisten. Dieses Konzept wurde in den letzten Jahren maßgeblich aus dem Juso- und spw-Zusammenhang entwickelt. Überhaupt wird der Bildungspolitik eine besondere Rolle zugewiesen.
6. Der neue Entwurf hebt den vermeintlichen Widerspruch zwischen „vorsorgenden“ und „nachsorgenden“ Sozialstaat auf und betont den Grundgedanken der Solidarität als Fundament auch eines modernen Sozialstaats.

Mit der neuen Textgrundlage positioniert sich die Sozialdemokratie als moderne europäische Kraft, die Politik unter der Maßgabe sozialer und ökologischer Nachhaltigkeit im Interesse der Menschen gestalten will. Die SPD ist und bleibt die linke Volkspartei. ■



↳ Björn Böhning, Juso-Bundesvorsitzender und Vorsitzender des Vereins zur Förderung von Demokratie und Völkerverständigung, war Mitglied der SPD-Programmkommission und lebt in Berlin.

Foto: Jusos in der SPD

## Crossover-Projekt wieder mit Leben füllen



Fortschrittliche Politik lässt sich nur mit der SPD durchsetzen

Interview mit dem Sprecher der

Kölner „Die Linke“ Hans Günter Bell

**spw:** Herzlichen Glückwunsch zur Wahl. Die als Co-Sprecherin vorgeschlagene Ulrike Detjen, bisher Linkspartei.PDS, wurde trotz einhelliger Nominierung im Vorfeld jedoch nicht gewählt. Was waren die Gründe dafür?

**Hans Günter Bell:** Ich war auch sehr überrascht. Auf alle Fälle steht kein Konflikt zwischen den beiden „Quellparteien“ WASG und Linkspartei.PDS dahinter. Es ist zu beobachten, dass sich in der LINKEN vielerorts die Vorstandsvorschläge nicht durchsetzen und überraschende Entscheidungen getroffen werden. Könnte also so eine Art basisdemokratischer Reflex sein, dem Ulrike hier zum Opfer gefallen ist. Zum Teil sind aber offensichtlich auch Konflikte aus der alten PDS wieder hochgespült worden.

**spw:** Die Kölner PDS-Fraktion im Stadtrat hat sich bisher um ein konstruktives Verhältnis zur SPD bemüht. Strebt der neue Kreisverband einen Strategiewechsel an? Was sind Eure Ziele für die Kommunalwahl 2009?

**Hans Günter Bell:** Unsere Fraktion hat es geschafft, die Situation wechselnder Mehrheiten zu nutzen, um einige unserer Forderungen durchzusetzen. So hat die Stadtverwaltung auf unser Drängen hin 100 zusätzliche Ausbildungsplätze geschaffen und sich zu einer 6%igen Ausbildungsquote verpflichtet. Ein Strategiewechsel ist also nicht erforderlich. Klar ist aber auch, dass der Kreisverband der Partei sich verstärkt mit kommunalen Themen befassen muss, um als LINKE

Akzente zu setzen. Diesem Ziel dient z.B. unser Projekt zur Stärkung der öffentlichen Daseinsvorsorge und der Abwehr weiterer Privatisierungen.

**spw:** Die SPD-Führung betont auf Bundesebene eine deutliche Abgrenzung zur Partei „Die Linke“, andererseits gehen auch Eure SpitzenpolitikerInnen nicht gerade freundlich mit der SPD um. Welche Möglichkeiten der Zusammenarbeit siehst Du trotzdem für die Zukunft?

**Hans Günter Bell:** Für mich ist klar, dass sich in Deutschland fortschrittliche Politik nur mit der SPD durchsetzen lässt. Leider hat die SPD bisher aber noch nicht mit der Logik der „Agenda 2010“ gebrochen und betreibt die Militarisierung der deutschen Außenpolitik. Solange es hier keine Kehrtwende zurück zu sozialdemokratischer Politik gibt, kann ich mir eine Zusammenarbeit beider Parteien auf Bundesebene nicht vorstellen. Damit dieser Politikwechsel aber erreicht werden kann, müssen die konstruktiven Kräfte in der SPD und der LINKEN miteinander im Gespräch bleiben. Ich fände es daher wichtig, wenn wir das „Crossover“-Projekt wieder mit Leben füllen könnten.

**spw:** Lieber Hans-Günter, vielen Dank für das Gespräch. ■

☞ Hans Günter Bell, Stadtplaner und Sozialwissenschaftler, in den 1990er Jahren u.a. Vorsitzender der Kölner Jusos, ist seit November 2005 Mitglied der WASG und wurde im August 2007 zum Sprecher des Kölner Kreisverbandes der LINKEN gewählt.

☞ Das Gespräch führte für spw Reinhold Rünker.

## Der Staat als Pionier

### Einleitung zum Heftschwerpunkt

von Reinhold Rünker ■ ■

Statt einer Literaturschau dokumentieren wir die These 42 „Der Staat als Pionier“ aus den „53 Thesen für einen modernen Sozialismus“, die namensgebend für die spw-Debatte der Herbsttagung war.

## These 42: Der Staat als Pionier



Der Kampf um die Zentren und Knotenpunkte der gesellschaftlichen Reichtumsproduktion (Erwerbssektor) und der politischen Macht (Staat) ist keine traditionssozialistische Marotte, sondern eine strategische Aufgabe unserer Zeit.

Es ist unbedingt erforderlich, die neoliberale wie auch die links-alternative Staatsfeindlichkeit zurückzuweisen. Nicht, weil wir die Augen vor den repressiven Instrumenten des Staates, vor der Amtsgewalt der Bürokratien und ihrer Indienstnahme durch Kapitalinteressen verschließen würden. Sondern, weil wir ohne den Staat die gesellschaftliche Arbeitsteilung nicht regulieren und die Aufgaben der Innovation nicht lösen könnten.

Unter kapitalistischen Bedingungen ergibt sich die Rolle des Staates daraus, dass die Akkumulation des Kapitals und die Reproduktion des gesamten Systems durch öffentliche Regelungen und Eingriffe gewährleistet werden müssen. Die fehlerhafte Verteilung der Akkumulations- und Reproduktionsmittel, die Brachlegung und Verschleuderung von Kapital auf der einen, Arbeitskräften auf der anderen Seite:

www.fotolia.de; © Carina Hansen

Im Zentrum der spw-Herbsttagung am 08. September in Dortmund stand die Rolle des Staates als Pionier. Wir dokumentieren im Fokus des Heftes die Beiträge von Matthias Machnig, Staatssekretär im Bundesumweltministerium, zur Initiative einer „ökologischen Industriepolitik“ sowie von Frank Schwabe über die Aufgabe des Staates, im Energiesektor sowohl Pionier als auch Träger der Grundversorgung zu sein. Aus der Diskussionsrunde der Tagung veröffentlichen wir die Statements des DGB-Landesbezirksvorsitzenden Guntram Schneider sowie des SPD-Fraktionsvorsitzenden in der Bremischen Bürgerschaft, Dr. Carsten Sieling.

Aberundet wird der Heftschwerpunkt durch einen Vortrag, den Prof. Gustav Horn (Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung) auf einer Tagung des DGB-Landesbezirks NRW im Mai 2007 gehalten hat. Der Regierende Bürgermeister von Berlin, Klaus Wowereit, zeigt in seinem Beitrag die Potenziale sozialdemokratischer Großstadtpolitik auf. Roger Hällhag, ein früherer Berater des schwedischen Ministerpräsidenten Göran Persson, skizziert die Herausforderung der schwedischen Sozialdemokratie nach Verlust der Regierungsverantwortung.

Zeigt dies nicht, daß der kapitalistische Staat seiner Rolle nicht annähernd gerecht wird, und dies, obwohl die materiellen Grundlagen für Innovation und Investitionen und damit auch für Akkumulation vorhanden sind?

In einer mittelfristigen Perspektive muß es der Linken darum gehen, den kapitalistischen Staat in seiner Rolle als Sozial- und Infrastrukturstaat zu stärken. Die umfassenden Zukunftsaufgaben erfordern eine neue strategische Definition des Staates. Sie umfaßt:

- die Pionierrolle des Staates bei den zentralen Zukunfts- und Investitionsaufgaben und in der Lenkung des Innovationszyklus sowie eine entsprechende Bündelung der finanziellen und administrativen Mittel;
- die demokratische Delegation wirtschafts- und gesellschaftspolitischer Aufgaben an soziale und regionale Körperschaften und demokratisch kontrollierte Unternehmen (insbes. öffentlich-rechtliche Kreditinstitute).

Damit kann eine flexible und effiziente Alternative zur staatlichen Profitsubventionierung wie auch zur ökonomischen Deregulierung/Privatisierung aufgebaut werden. Dies bedeutet:

1. Neben administrativen und steuerlichen Regulierungen muß das infrastrukturelle Rahmengerüst der volkswirtschaftlichen Innovation (Weiterbildung, Beratung, FE-Transfer, Information und Kommunikation) systematisch ausgebaut und öffentlich reguliert werden (durch öffentliche Institute, gewerkschaftliche bzw. „kooperative“ Einrichtungen, Integration von privaten Dienstleistern). Strategisch zielt dies vor allem auf die Umwandlung der Untermehrkammern in Wirtschafts- und Sozialräte.
2. Die Pilotfunktion öffentlicher Betriebe und Einrichtungen auf zentralen Innovationsfeldern der Industrie und der Dienstleistungen muß zielgerichtet auf- und ausgebaut werden (entweder in

Konkurrenz zu Privaten oder als sozialstaatliches Monopol). Dies setzt mehr demokratische Beteiligung in diesem Sektor voraus.

3. Eine offensive Vergesellschaftungspolitik zielt auf die Abwehr einer gespaltenen Akkumulation und die Durchführung der Innovationsprojekte. Mittelfristig erfordert dies die Vergesellschaftung von Banken und Versicherungen und die Demokratisierung strukturbestimmender Konzerne (in Form gesellschaftlichen Eigentums oder einer demokratischen Unternehmensverfassung).

4. In öffentlich-industriellen Verbundstrukturen (Komplexen: z.B. Telekommunikation) muß durch diese und weitere Maßnahmen der öffentliche und gesellschaftliche Einfluß gestärkt werden. Entsprechende Verbundstrukturen müssen auf allen zentralen Innovationsfeldern (z.B. auch: Umweltschutz; Verkehrswesen) aufgebaut werden. Mögliche Formen sind Branchen- bzw. Infrastrukturräte und sektorale Investitionsfonds.

5. Eine flexible Finanz-, Geld- und Währungspolitik muß die Pionierrolle des Staates unterstützen. Erforderlich ist es, die Autonomie der Bundesbank aufzuheben und zusammen mit öffentlich-rechtlichen Kreditinstituten und Investitionsfonds die vorhandenen Spielräume für eine nationale Politik der Vollbeschäftigung und Verteilungsgerechtigkeit konsequent auszuschöpfen.

Die Linke greift damit zielgerichtet in die künftigen Akkumulationsbedingungen des Kapitals, in das Verhältnis von einzel- und gesamtwirtschaftlichen Interessen, in den Konflikt zwischen finanzkapitalistischer und öffentlicher Lenkung ein. Sie kämpft dabei um reformpolitische Spielräume und Stützpunkte für eine sozialistische Perspektive. (aus: „53-Thesen für einen modernen Sozialismus“, spw-Verlag 1989, S. 41.) ■

☞ Reinhold Rünker, Historiker, ist spw-Chefredakteur und lebt in Leichlingen.

## Der Staat als Pionier im 21. Jahrhundert

Rede auf der spw-Herbsttagung 2007

von Matthias Machnig

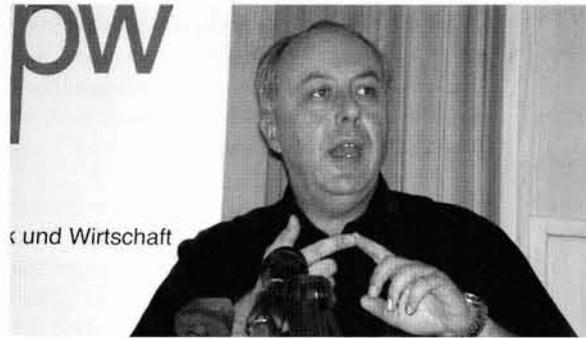


Foto: Reinhold Rünker

### □ Neue Reformstrategie formulieren – Eigenes Profil schärfen

Als wir 1998 darüber nachgedacht haben, dass wir den Wahlkampf auf die „Neue Mitte“ orientieren sollten, hatte das einen strategisch-taktischen Hintergrund: Wir wollten möglichst viele CDU-Wähler motivieren, nach 16 Jahren Helmut Kohl, SPD zu wählen. Das hat auch funktioniert. Manche in der SPD haben das aber programmatisch verstanden. Ich habe vor einigen Tagen einen interessanten Artikel von Wulf Schönbohm – dem ehemaligen Planungschef von Heiner Geißler – in der Welt gelesen, der überschrieben war mit dem Satz „Schluss mit der Mitte-Sauce!“. Diesen Artikel hätte man auch von links schreiben können, weil erkennbar ist: Der Drang zur Mitte führt zur immer geringer werdenden Unterscheidbarkeit der großen Parteien. Allerdings fällt dies bei einer Kanzlerpartei nicht so sehr ins Gewicht wie beim Regierungspartner. Es gibt also Bedarf, eine Debatte zu führen, die das eigene Profil schärft.

» Aus verschiedenen Umfragen wissen wir, dass die Sozialdemokratie in Kernfragen ihrer politischen Positionierung an Zustimmung verliert. Sie wird innerhalb der Großen Koalition als weniger durchsetzungsfähig angesehen, obwohl in der Realität der Regierungspraxis etwas völlig anderes passiert. Die Rolle der Parteien für Politik wird zunehmend geringer eingeschätzt, auch hier trifft das Urteil der Befragten die Sozialdemokratie stärker als andere Parteien. Bis ins

Mark treffen muss uns das Umfrageergebnis, das uns bei der Kompetenzvermutung „Soziale Gerechtigkeit“ gleichauf mit der Linkspartei sieht. Das macht klar: Wir brauchen eine „Reideologisierung“, eine neue Interessenorientierung von Politik – in dem Sinne, dass eigene weitere Projekte und Paradigmen wieder klarer erkennbar sind.

### □ Schnittstelle „Staat-Markt“ neu definieren

Ein für die Sozialdemokratie wichtiges Paradigma ist die Staatsfrage. Diese Debatte ist aber nicht gewinnbar, wenn wir eine abstrakte Staat-Markt-Debatte führen. Wir müssen sie konkret führen. Eine zentrale Schnittstelle für das Verhältnis von Markt und Staat ist die Bewältigung der zivilisatorisch großen Herausforderung des Klimawandels. Die Reichweite und Konsequenz des Klimawandels ist tatsächlich viel weiter vorangeschritten, als wir das bis jetzt wahrgenommen haben. Der Klimawandel findet heute bereits statt. Wir haben bereits heute durch Klimawandel mehr Wanderungs- und Flüchtlingsbewegungen als durch jeden Krieg. Die Entwicklung wird sich weiter und dramatisch verschärfen, wenn wir ihr nicht begegnen.

Die Aufgabe ist relativ klar: Wir müssen in den Industrieländern beispielsweise bis 2050 eine CO<sub>2</sub>-Minderung von 80% erzielt haben. Der Zwischenschritt lautet 30% bis 2020. Das bedeutet für Deutschland eine Reduktion von derzeit 10t auf

1,5 t CO<sub>2</sub>-Emission pro Kopf. Unser Problem ist aber: Wir hatten 22 Jahre Zeit – von 1990 bis 2012 – um in der Europäischen Union an CO<sub>2</sub>-Minderung von 8% zu erzielen. Wir sind heute noch kaum auf dem Weg dorthin: Wir liegen in der EU bei etwa 1,5% Minderung. Außer von England und Deutschland haben alle anderen noch keine nennenswerten Minderungen erreicht. Wir stehen nun vor der Herausforderung, dass wir innerhalb kürzester Zeit, nämlich innerhalb von acht Jahren, 20% CO<sub>2</sub>-Minderung erreichen müssen. Das ist der größte, tiefgreifendste Strukturwandel, den eine Ökonomie je bewältigen musste.

Was wird im Zentrum einer solchen Ökonomie stehen? Ressourcen- und Energieeffizienz werden zur entscheidenden Frage. Wir müssen weniger Energie verbrauchen, erneuerbare Energien gewinnen und mit den vorhandenen Energiequellen anders umgehen. Wer dies zuerst in den Mittelpunkt seiner Wirtschaftspolitik stellt, der macht Standortpolitik, der macht Wettbewerbspolitik. Der macht auch Zukunftspolitik in dem Sinne, dass es neue Märkte und neue Produkte und auch neue Beschäftigungsverhältnisse gibt. Das ist der Weg in die Dritte Industrielle Revolution. Nur so lassen sich die gewaltigen Veränderungen erfolgreich bewältigen.

Wir dürfen nicht vom Status quo her denken, sondern müssen realisieren, dass sich die Welt in einer großen Umbruchphase befindet. Wir erleben eine Phase nie dagewesenen Wirtschaftswachstums: In kürzester Zeit wird es zu einer Verdoppelung des Weltsozialproduktes kommen; wir werden ein Bevölkerungswachstum haben, das die Zahl auf 9 Mrd. in 2050 ansteigen lassen wird. Damit ist verbunden, dass sich der Anteil derjenigen, die dann in Industriegesellschaften leben werden, auf etwa 4 Mrd. verdoppeln wird. Und Industriegesellschaften zeichnen sich aus durch Massenproduktion und hohen Energieverbrauch.

Unsere Antwort darauf muss sein, dass wir eine neue Schnittstelle zwischen Markt und Staat definieren: wir brauchen ein neues industriepolitisches Gesamtkonzept. Märkte sind auf diese Zukunftsfragen nicht ausgerichtet. Märkte haben eine kürzere Taktfrequenz, sie orientieren sich am shareholder value, nicht an langfristigen Fragen. Und wer das auf den Punkt gebracht hat, war kein deutscher Sozialdemokrat, sondern ein englischer Ökonom: Nicolas Stern, der im Auftrag der britischen Regierung einen Bericht zur globalen Umweltentwicklung verfasst hat, der als Stern-Bericht bekannt ist. Er hat das auf die einfache Formel gebracht: Der Klimawandel ist die dramatische Form des Marktversagens, die historisch je stattgefunden hat.

Es geht nicht um eine „nachsorgende Industriepolitik“ – die haben wir früher gemacht, vor allem auch hier im Ruhrgebiet. Damals haben wir versucht, einen sozialverträglichen Strukturwandel mit Blick auf niedergehende Industrien zu organisieren. Künftig wird es aber darum gehen, eine zukunftsorientierte Industriepolitik umzusetzen, damit wir die Anforderungen des Klimawandels bewältigen. Im Folgenden will ich nun darlegen, wie ein Instrumentenkasten hierzu aussehen kann.

## □ 1. Marktgesteuerte Anreizsysteme

Wir brauchen marktgesteuerte Anreizsysteme, die dem Prinzip der Internalisierung externer Kosten folgen. Über einen solchen Mechanismus lassen sich marktwirtschaftliche Instrumente nutzen, indem wir Umweltnutzung einen Preis geben und damit Innovationsdruck aufbauen, damit es zu einem strukturellen Wandel kommt. Im Emissionshandel haben wir das bereits realisiert. Hier ist es gelungen, CO<sub>2</sub> einen Preis zu geben und über diesen Preis- und Handelsmechanismus einen Beitrag zu leisten, CO<sub>2</sub> zu reduzieren. In der ersten Periode des Emissionshandels ist es über diesen Mechanismus gelungen, 2 Millionen Tonnen pro Jahr in Deutschland einzusparen. In der nächsten Periode des Emissionshandels wollen wir mind. 57 Millionen Tonnen pro Jahr einsparen.

In Amerika gibt es hier eine interessante Entwicklung. Dort existieren auf nationaler Ebene kaum Standards für den Klimaschutz, aber im ökonomischen Sektor sind die Akteure viel weiter als in Europa. Die großen Investmentbanken bereiten sich darauf vor, in den wachsenden Grünen Märkten massiv zu investieren. Bei uns haben wir die umgekehrte Situation: Wir sind zwar sehr weit in der Beschlussfassung und Umsetzung gesetzlicher Regelungen, aber nicht sehr weit im Bewusstsein der ökonomischen Akteure mit Blick auf den notwendigen Umbau ihrer Unternehmen.

## □ 2. Ordnungspolitische Instrumentarien

Wir brauchen ordnungspolitische Instrumente. Wir müssen ein Innovationssystem aufbauen, damit Energie- und Ressourceneffizienz auch in das Zentrum der Produktion gerückt wird. Hier verweise ich auf des „Top-Runner“-Modell, das in Japan beispielsweise vorschreibt, dass die effizientesten Geräte – etwa bei Haushaltsgeräten – nach einer gewissen Zeit zum Standard erklärt werden. Wir werden so etwas ähnliches demnächst auf europäischer Ebene unter dem Stichwort „Öko-Design-Richtlinie“ bekommen.

## □ 3. Grenzwertpolitik

Wir brauchen in den kommenden Jahren eine klare Grenzwertpolitik. Wir haben in der Vergangenheit mit der deutschen Automobilindustrie über viele Verhandlungsrunden versucht, eine Vereinbarung über freiwillige CO<sub>2</sub>-Beschränkungen zu treffen. 2008 sollte die Automobilindustrie 140 gr CO<sub>2</sub> im Durchschnitt erreichen. Das Ziel hat sie verfehlt. Die Konsequenz ist, dass es nun eine europäische Gesetzgebung geben wird, die in Europa ab 2011 ein Grenzwert von 120 gr CO<sub>2</sub> pro km festlegt. Das führt dazu, dass jetzt über völlig neue Antriebstechnologien nachgedacht werden muss – sei es über die veränderte Motorleistung oder über Verwendung neuer Antriebstoffe wie Bioenergie. Wir reden aber hier nicht nur über 2011, sondern das Ziel 2020. Dann müssen wir bei ca. 95 gr liegen.

Eine solche Politik hat in Japan dazu geführt, dass dort der erste Hybrid-Antrieb entwickelt wurde, weil die Werte für den Flottenverbrauch so ambitioniert waren, dass die Automobilindustrie sie nur erreichen konnte, wenn sie in ihrem Portfolio ein Hybridfahrzeug vorhielt. Damit hat die japanische Industrie einen Standard erreicht, der auch für andere interessant ist. Zur Wahrheit gehört aber auch, dass der Hybrid-Wagen nur dann effizienter ist, wenn ich ihn im Stadtverkehr nutze. Auf Lang- und Mittelstrecken sind Dieselmotoren heute oft immer noch energieeffizienter.

## □ 4. intelligente Markteinführungsstrategien

Wir brauchen intelligente Markteinführungsstrategien. Das Problem in der gegenwärtigen Klima- und Energiedebatte ist, dass trotz hoher Öl-Preise – alle Prognosen gehen von einem Anstieg auf bis zu 100\$/Barrell aus – neue Technologien noch immer nicht konkurrenzfähig sind, die wir aber strategisch brauchen. Wir benötigen mehr Initiativen wie das Erneuerbare Energien Gesetz, das ja zu einem wirtschaftspolitischen Kulturkampf geführt hatte, wenn wir uns an die Entstehungsgeschichte erinnern. Mittlerweile wird es in mehr als 40 Ländern kopiert und ist volkswirtschaftlich eine Erfolgsgeschichte. Mit 3 Milliarden Euro Differenzkosten, die wir über eine allgemeine Umlage finanzieren, haben wir mittlerweile eine Wertschöpfung von 23 Milliarden Euro erreicht. Wir rechnen mit zweistelligen Wachstumsraten pro Jahr. Das heißt also, dass wir eine strategische Schlüsselindustrie aufgebaut haben, die für den Umbau in eine low-carbon-economy von ganz entscheidender Bedeutung ist.

Wir brauchen mehr solcher Markteinführungsprogramme. Nehmen wir beispielsweise die Entwicklung der Brennstoffzelle. Entweder warten wir noch zwanzig Jahre bis zur Marktreife oder aber wir entwickeln ein intelligentes Förderkonzept mit klaren Rahmenbedingungen, um diese Innovation möglichst schnell zu platzieren. Das EEG funktioniert beispielsweise nach einem ganz

simplen Muster: Jeder, der ein Investment tätigt, weiß, dass er über 20 Jahre klar definierte Vergütungssätze erhält, die zwar degressiv abfallen, aber er hat für diesen Zeitraum eben Planungssicherheit und kann eine Entscheidung zugunsten des Investments treffen.

## □ 5. Vorausschauende Forschungs- und Entwicklungspolitik

Wir brauchen eine vorausschauende Forschungs- und Entwicklungspolitik. Ich halte es für einen politischen Witz, dass es nur ein globales, international abgestimmtes Energieforschungsprojekt gibt, an dem USA, Japan, Russland und die EU zusammen arbeiten – und zwar zum Thema Kernfusion. Aber die Erfolgsaussichten sind hier eher ungewiss.

Wir haben heute vielfach noch gar nicht die technologischen Innovationen, die wir für eine low-carbon-economy benötigen. Wir müssen uns daher konzentrieren auf Segmente, die von strategischer Bedeutung sind und auch absehbar Ergebnisse versprechen. Alle reden beispielsweise von CCS-Technologien – carbon capture storage –, also das Abscheiden von  $\text{CO}_2$  und anschließende Verpressen bei der Verstromung von Kohle. Das ist eine technologische Schlüsselinnovation. Denn es wird weiterhin Staaten geben, wie etwa China, USA, die noch Kohlereserven für 200 Jahre haben, und 50% der Stromversorgung in den USA kommt aus Kohle, die diese Technologie nutzen werden. Wir brauchen also saubere Kohletechnologien. Dafür gibt es aber nach meinem Eindruck noch keine ernsthaften Vorbereitungen. Die Wirkungsgrade der derzeitigen Kraftwerke sind noch viel zu gering – nämlich unter 50%. Wir müssen aber Wirkungsgrade deutlich über 50% erreichen. Dafür müssen wir neue Kessel bauen, wir benötigen neue Werkstoffe, die eine Kohleverstromung bei 750 Grad ermöglichen. Das erfordert eine enorme Ingenieursleistung. Und schließlich stellt sich die Frage, wo das abgeschiedene  $\text{CO}_2$  deponiert werden kann.

Trotz aller Bedenken, ob dass eine angemessene Technologie ist, und ob wir sie in Deutschland überhaupt nutzen können, will ich sagen: wir dürfen uns ihr nicht verschließen, denn sie wird international in jedem Fall eine Rolle spielen und wir müssen ein Interesse daran haben, auf diesem Markt zu agieren und Weltmarktführer zu werden.



Foto: Christian Kiel

Ich will auf eine zweite Technologie hinweisen, bei der ich enormen Bedarf sehe. Die Entwicklung der Erneuerbaren Energien war dynamisch und hat alle Prognosen deutlich übertroffen. Wir wollten 2012 einen Anteil von 10% an der Energieversorgung erreichen, das haben wir bereits erreicht. Bis 2020 wollen wir jetzt 27% erreichen. Und mit dem neuen EEG, das wir zum 01.01.2009 im Bundesgesetzblatt haben wollen, sollen dann 45% bis 2030 erreicht werden. Damit sind dann aber einige Probleme verbunden. Wie schaffen wir es etwa, diesen Stromanteil in den vorhandenen Netzen zu transportieren, denn wir wissen, dass bestimmte erneuerbare Energien nicht grundlastfähig sind. Die Grundlastfähigkeit ist aber entscheidend für die Funktionsfähigkeit der Netze. Wir brauchen also neue Speichertechnologien, um die Amplituden – hohes Aufkommen an Windenergie in der Nacht, aber keine Möglichkeit, sie in das Netz zu bringen, weil kein ausreichender Strombedarf besteht – auszugleichen. Wie entwickeln wir also beispielsweise Hybridkraftwerke, die in der Lage sind, unterschiedliche Stromquellen zu nutzen, Energie zu speichern und bei Bedarf in die Netze zu geben.

Die F+E-Ressourcen haben sich bis jetzt völlig anders entwickelt. Die Ausgaben für Forschung und Entwicklung sind weltweit für den Bereich der Energieforschung seit den 1980er Jahren um 50% zurück gegangen, das gilt auch für Deutschland. Auf der europäischen Ebene stehen beispielsweise für ein ambitioniertes Projekt wie CCS für sieben Jahre nur 400 Millionen Euro zur Verfügung. Dafür kann ich im industriellen Maßstab keine neue Kraftwerktechnologie entwickeln. Deshalb brauchen wir öffentliche Förderungen in diesem Bereich und wir brauchen eine entsprechende Wissenschafts- und Forschungsstruktur. Zum Thema CCS haben wir an Hochschulen derzeit kaum Expertise, sondern nur in wenigen Unternehmen.

## □ 6. Intelligente Regional- und Infrastrukturpolitik

Wir brauchen eine intelligente Regional- und Infrastrukturpolitik, die den industriepolitischen Umbau begleitet. Wir haben vom Bundesumweltministerium aus einen Atlas „Greentech made in Germany“ erstellen lassen, der zwei Fragestellungen untersucht hat: Die erste Frage war: Wie werden sich die grünen Technologie-Märkte entwickeln? Bereits heute gibt es weltweit ein Marktvolumen von 1000 Mrd. Euro, das sich innerhalb des kommenden Jahrzehnts verdoppeln wird. Der deutsche Anteil an der Wertschöpfung liegt hier bei etwa 4%. Das wird sich entwickeln in einen Korridor von 15-20% in 2020/2025. Dieser Sektor wird dann wesentlich größer sein als derzeit der Automobilsektor. Die zweite Frage war, wie sind wir in Deutschland regional aufgestellt? In NRW haben wir beispielsweise im Köln/Düsseldorfer Raum starke Potenziale im Bereich der Abfall- und Recyclingtechnologien. Das ist wichtig, denn Abfall wird künftig mehr und mehr zu einem wichtigen Rohstoff. Wir haben regionale Cluster etwa in Ostdeutschland im Bereich der Erneuerbaren Energie, die dort beschäftigungspolitisch von hohem Interesse sind. In der Region Stuttgart haben wir zahlreiche Unternehmen, die sich um nachhaltige Mobilität kümmern.

Die Frage lautet nun, wie können wir diese Entwicklung regionalpolitisch so begleiten, dass Unternehmen und wissenschaftliche Einrichtungen miteinander kooperieren. Als Ministerium waren wir dafür bislang gar nicht gerüstet, denn wir verfügen überhaupt nicht über die notwendigen Informationen, um solche Kooperationen kurzfristig initiieren zu können. Jetzt haben wir im Rahmen des Projektes „Greentech“ bis auf die Ebene von Landkreisen untersuchen lassen, welche Kooperationsmöglichkeiten es gibt und welche Beziehung es zwischen F+E-Ausgaben und Beschäftigung dort gibt.

## □ Die dritte industrielle Revolution braucht einen handlungsfähigen Staat

Schlussendlich müssen wir auch steuerpolitisch wieder nachdenken, wir brauchen eine Öko-steuer-II-Debatte, die den industriellen Strukturwandel unterstützt. Grundlegend sollte das Prinzip sein, dass in Zukunft der Faktor Arbeit weiter entlastet, Umweltbelastung aber steuerlich belastet wird. Der Staat muss dabei helfen, neue, grüne Märkte zu erschließen und zu gestalten, dafür muss er auch in der Lage sein, entsprechende finanzielle Mittel einzusetzen. Er muss Rahmenbedingungen schaffen, die die dritte industrielle Revolution ermöglichen.

Wir müssen die Umweltpolitik neu entwickeln – jenseits von Katastrophismus, jenseits von Wachstumsskeptizismus und jenseits von Technikskeptizismus. Wir brauchen eine ökonomische Antwort auf den ökologischen Wandel. Es ist die strategische Herausforderung der Sozialdemokratie, unter dem Motto „Arbeit und Umwelt“ zu zeigen, dass wir zeitgemäße Antworten auf Herausforderungen haben. ■

↳ Matthias Machnig, Staatssekretär im Bundesumweltministerium, lebt in Berlin.



## Zwischen Pionierleistung und Daseinsvorsorge

### Die Kontroverse über zentrale und dezentrale Energieversorgung

von Frank Schwabe



Die ohnehin unzureichenden Ernteerträge in Afrika drohen sich zu halbieren, eine halbe Milliarde Menschen rund um die Berge des Himalaya sind von Trinkwassermangel bedroht, der Meeresspiegel könnte in den nächsten Jahrzehnten um mehrere Meter steigen. Alles das ist nicht aus einem Science Fiction Film, sondern entspringt mittlerweile einvernehmlichen wissenschaftlichen Erkenntnissen.

Mit einer ungeheuren Wucht ist die Bekämpfung der Ursachen des Klimawandels – und damit die zentrale Frage einer zukünftigen Versorgung mit Energie – zum Mittelpunkt der politischen Debatte geworden. Im Zieldreieck der offiziellen deutschen Politik aus Versorgungssicherheit, Wirtschaftlichkeit und Klimaschutz spielt der Klimaschutz mittlerweile in der öffentlichen Wahrnehmung eine herausragende Rolle.

#### □ Energiepolitik und soziale Gerechtigkeit

Energie- und Klimapolitik wird in den nächsten Jahren immer mehr zu einer Frage von sozialer Gerechtigkeit – national und international. Im weltweiten Zusammenhang leiden insbesondere die Armen unter den teilweise dramatischen Auswirkungen des Klimawandels. Fast zwei Milliarden Menschen sind heute noch ohne Energieversor-

gung. Wenn sie ihr Recht auf Energieversorgung zukünftig bekommen sollen, dann wird das weltweit zu unkalkulierbaren Auswirkungen führen. Zumindest dann, wenn sich dieses in der traditionellen Form der heutigen Energieversorgung im Bereich fossiler Energieträger vollzieht. Es gibt also ein gemeinsames Interesse der entwickelten und sich entwickelnden Welt – eine nachhaltige Energieversorgung für alle.

Auch national wird gerade die Frage der Energieversorgung immer mehr zu einer sozialen Frage. Bereits jetzt sind die Mietnebenkosten in Form der sogenannten „zweiten Miete“ massiv angestiegen. Bei sich verknappenden fossilen Energieträgern und ohne Alternativen ist ein weiterer teils drastischer Anstieg unvermeidlich. Auch deshalb handelt es sich bei der Klima- und Energiepolitik um ein zentrales Thema linker Politik.

#### □ Der Staat als Akteur

Seit den 90er Jahren wurde der Staat in seinen Funktionen beschnitten. Auf allen Ebenen entledigte sich der Staat seines Vermögens, seiner Beteiligung an Einrichtungen der Daseinsvorsorge, betrieb Personalabbau und privatisierte bisherige öffentliche Aufgaben. Gleichzeitig nahm der Staat vielfach seine Kompetenzen nicht mehr wahr. An die Stelle des Ordnungsrechts traten Vereinbarungen



mit dem privaten Sektor in Form von „Freiwilligen Selbstverpflichtungen“ und ähnlichen unverbindlichen und letztlich nicht erfolgreichen Aushandlungen zwischen Staat und Wirtschaft. Über das Wohnen, den Öffentlichen und Schienengebundenen Personennahverkehr bis hin zur Wasser- und Entsorgung wurde die öffentliche Daseinsvorsorge in den vergangenen Jahren in Frage gestellt.

» Aber der Wind dreht sich. Die Euphorie ist längst verflogen. Privatisierungen und damit die Aufgabe staatlicher Lenkungsmöglichkeit wird zunehmend in Frage gestellt. Heute ist die Legitimation und Akzeptanz von Privatisierungen viel schwerer herzustellen als die Rückgewinnung staatlicher Autorität. Diese Erkenntnis muss auch im politischen Raum vermittelt werden, damit aktuell weitere Entscheidungen vermieden werden, die zu weiteren Fehlentwicklungen führen würden (Stichwort Bahnprivatisierung).

### □ Selbstbehauptung der Demokratie

Wenn denn die Wissenschaft recht hat – und davon ist auszugehen –, dass der Klimawandel zu ungeheuren ökonomischen Schäden und zu sozialen Verwerfungen führen wird, dann ist es letztlich an der parlamentarischen Demokratie, den Beweis anzutreten, dass sie einer solchen Herausforderung im globalen Maßstab gerecht werden kann. Der demokratische Staat darf nicht abwarten, sondern muss seine Handlungskompetenz wahrnehmen. Angesichts der fundamentalen Herausforderung kann er sein Scheitern dokumentieren oder ganz im Gegenteil unter Beweis stellen, dass demokratisch legitimes staatliches Handeln mit dem Klima- und Energieproblem umgehen kann und zur Steuerung in der Lage ist.

### □ Zentralität bestimmt die Struktur der Energiewirtschaft

Die Richtung der Veränderungen in der Energiepolitik ist klar: mehr Effizienz, mehr Erneuerbare Energien, mehr Einsparung. Aber welche Struktur der Energieversorgung ist die richtige, welche ist realistisch? Das heutige Energieversorgungssystem ist ein zentrales. Traditionell bestimmen große zentrale Kraftwerke die Struktur. Der Transport zum Endkunden findet über Fernleitungen statt. Dieser Transport macht heute ein knappes Drittel des heutigen Strompreises aus. Ziel war und ist die sichere und bezahlbare Versorgung der Verbraucherinnen und Verbraucher. Zuständig waren in Europa noch bis vor wenigen Jahren Energieversorgungsunternehmen, die als Monopolisten für die gesamte Kette der Versorgung von der Energieerzeugung bis zur Verteilung zuständig waren.

» Durch Richtlinien der Europäischen Union zur Deregulierung der Energiemärkte begann auch in Deutschland die Auflösung der Gebietsmonopole. Allerdings herrscht in Deutschland immer noch ein Oligopol der vier großen Energiekonzerne EON, RWE, Vattenfall und ENBW vor, die rund 80% der Erzeugungskapazitäten besitzen.

### □ Dezentrale Strukturen nehmen zu

Aber dezentrale Strukturen sind auf dem Vormarsch. Dezentrale Energieversorgung bedeutet die Energiebereitstellung durch kleine Versorgungsanlagen nahe beim Verbraucher. Es gibt keine langen Transportwege. Die Energie wird dort erzeugt wo sie benötigt wird. Ein Energiemix aus Blockheizkraftwerken, Fotovoltaik und anderen regenerativen Energiequellen kann die zentralen Strukturen auf Dauer in Richtung einer dezentralen Energieversorgungsstruktur verändern. Das würde Energieverluste verringern und den Bau kostenintensiver Fernleitungen unnötig machen.

Der Gesetzgeber hat die Dezentralität der Energieversorgung in den letzten Jahren massiv gefördert. Vielfache Maßnahmen wie das Stromeinspeisegesetz, das Erneuerbare Energien Gesetz, die Förderung der Kraft-Wärme-Kopplung oder das 100.000-Dächer-Programm haben bereits zu einer Umstrukturierung geführt. Die Veränderung der Energieversorgungsunternehmen wird vorangetrieben durch die Liberalisierung des Energiemarkts und die Aufteilung in Energieerzeugung, -übertragung und -verteilung. Die durch an die Transportnetze angeschlossenen Groß-erzeugercharakterisierten Elektrizitätsversorgungssysteme verändern sich. Durch dezentrale Energieerzeugungsanlagen verändert sich die Struktur des Netzes und erfordert neue Lösungen. Deutliche Veränderungen würde auch die Erfüllung der Forderung aus Unternehmen der Erneuerbaren Energien Branche bedeuten, zwischen einer Direktlieferung des Stroms an einen oder mehrere Endabnehmer und der Netzeinspeisung wählen und wechseln zu können.

### □ Dezentral versus zentral – mehr als nur Energietechnik

Bei manchen geht es in der langen Debatte um die Frage von Zentralität oder Dezentralität in der Energieversorgung nicht nur um rein technische Fragen. Oft geht es auch um unterschiedliche gesellschaftliche oder ökonomische Konzeptionen. Es geht um Fragen der Konzentration von Kapital und die Frage nach einer eher zentralistischen oder in kleinen Einheiten verfassten und organisierten Gesellschaft. Andere betrachten die Debatte rein unter dem Gesichtspunkt des effizienten Umgangs mit Energie.

Ein typischer Vertreter der Befürworter einer strikt auf die dezentrale Erzeugung ausgerichteten Energiepolitik ist der Bundestagsabgeordnete und Präsident von Eurosolar Hermann Scheer. So plädiert er in einem Interview für die Landeszeitung Lüneburg vom 5. Juli 2007 für die Schaffung dezentraler Strukturen, „also den Wechsel von wenigen Großanlagen und damit wenigen Eigen-

tümern zu vielen mittleren und kleinen Anlagen, die in ihrer Summe die wenigen Großen ersetzen und logischerweise eine sehr pluralistische Eigentümerstruktur haben werden.“ Der Ökonom Jeremy Rifkin sieht in der von der EU-Kommission angestrebten Trennung von Energieversorgung und Netzen gar eine neue ökonomische Ära aufziehen. So schreibt er in der Süddeutschen Zeitung vom 19. September: „Die Entflechtung vor allem des Elektrizitäts-Netzes ist entscheidend, um den Sprung in eine neue ökonomische Ära zu schaffen. In der Weltgeschichte haben sich die entscheidenden Veränderungen immer dann vollzogen, wenn das Entstehen neuer Energiesysteme mit dem Entstehen neuer Kommunikationssysteme einherging.“

Heftig kritisiert wird diese Haltung von Gregor Czisch in der spw-Ausgabe 5/2007. Der Energiewissenschaftler sieht genau in der Haltung der „Dezentralisten“ die eigentlichen Verhinderer einer Energiewende. Er kritisiert „eine völlige Fehleinschätzung der eigenen Möglichkeiten und Notwendigkeiten“. Er sieht nur die großen Stromkonzerne in der Lage, das notwendige Kapital für die Veränderung der Energieversorgung hin zu Erneuerbaren Energien bereitzustellen. Ohne diese „dürfte es schwer sein, das immense Kapital zum Ausbau der notwendigen Infrastruktur – Erzeugungsanlagen und Netze – zu mobilisieren.“ Seine Vorstellung ist weniger die der kleinen Einheiten, sondern eines Stromnetzes von Europa über Asien bis Afrika, das die optimalen Bedingungen für die Erneuerbaren Energien am jeweiligen Ort nutzt. So sollen in der Sahara vor allem solarthermische Kraftwerke, in Nordeuropa Wind- und Wasserkraft und Biomasse in Zentraleuropa genutzt werden.

Aus Sicht der Verfechter einer dezentralen Energieversorgungsstruktur machen solche Überlegungen zum Bau von Großkraftwerken erneuerbarer Energien keinen Sinn. Sie sprechen von Kopierversuchen der traditionellen Energiewirtschaft und halten die Pläne für systemisch unzureichend durchdacht, da der Faktor der niedrigen Produktionskos-

ten zu hoch eingeschätzt wird. Wesentlich effizienter erscheint ihnen ein Ausbau der Stromerzeugung aus den verschiedenen erneuerbaren Energien in geeigneten Lagen der einzelnen Regionen, damit diese sich wechselseitig ergänzen können.



Foto: Christian Kiel

In den Regionen der Welt, in denen es um die erstmalige Einführung der Stromversorgung geht, sehen sie in dezentral genutzte Energien einen klaren Zeitvorteil, da mit den entsprechenden Technologien der zeit- und kostenaufwändige Bau von Transport- und Netzinfrastrukturen wegfällt. Für sie sind die dezentral verfügbaren erneuerbaren Energien durch ihre Unabhängigkeit von Primärenergieanbietern der Grundbaustein für ein demokratisches Energieversorgungssystem.

### □ Die Entwicklung hin zu dezentraleren Strukturen wird sich verstärken

Noch muss von einer zentralen Energieversorgungsstruktur gesprochen werden. Aber die Entwicklungen hin zu einer dezentrale(re)n zeichnen sich ab. Die Vorteile liegen auf der Hand:

Es wird weitere technische Fortschritte im Bereich der Kraft-Wärme-Kopplung und der Brennstoffzellentechnologie geben. Der Widerstand gegen neue zentrale Großkraftwerke wird weiter steigen. Der Ausstieg aus der Atomenergie findet statt. Weitere Kapazitäten im heutigen fossilen

Großkraftwerksbereich müssen ersetzt werden. Neue, verbrauchsnahe produzierende Kraftwerke werden sie ersetzen und ihre Abwärme wird viel häufiger als jetzt weiter genutzt werden. Die Bundesrepublik Deutschland und viele andere europäische Länder liegen mit ihrem Anteil an Kraft-Wärme-Kopplung deutlich unter dem Wert der europäischen Spitzenreiter. Es gibt deshalb noch ein, auch unter den jetzigen Rahmenbedingungen technisch und wirtschaftlich nutzbares Potenzial. Im Wärmebereich ist es auf längere Sicht denkbar, dass Einfamilienhäuser, Mehrfamilienhäuser und gewerblich genutzte Immobilien einen so geringen Wärmebedarf haben werden, dass der Anschluss an das Gasnetz oder Fernwärmenetze sinnlos wird.

Darüber hinaus ist die Entwicklung zu einer echten dezentralen Netz- und Versorgungsstruktur denkbar, bei der Strom größtenteils dort produziert wird, wo er benötigt wird, und das Mittelspannungs- und Niederspannungsnetz eine Ausgleichsfunktion hat. Das Konzept des „virtuellen Kraftwerks“ ist dann vermutlich notwendig, um die große Zahl unterschiedlicher Erzeugungsaggregate für einen stabilen Betrieb des Netzes nutzen zu können.

Das Ziel einer dezentralen Energieversorgung hat also zweifellos eine hohe Attraktivität. Vorstellungen von zentralen Großanlagen zur Erzeugung von erneuerbarer Energie und deren weiträumige Verteilung schließt das jedoch nicht aus. Die Zeit zur Umstellung auf eine Energieversorgung mit erneuerbaren Energieträgern ist zu knapp, als dass nicht auf alle sich bietenden Möglichkeiten zurückgegriffen werden müsste. ■

☞ Frank Schwabe, MdB (SPD), ist Sprecher der „Denkfabrik“ in der SPD-Bundestagsfraktion und lebt in Castrop-Rauxel.

# Wir brauchen eine Politik der Re-Industrialisierung

Statement auf der spw-Herbsttagung 2007

von Guntram Schneider ■ ■

Die Frage nach der Rolle des Staates wird entscheidend sein für die Auseinandersetzung mit den Marktradikalen, mit denen wir es derzeit in der NRW-Landesregierung zu tun haben. Das Credo dieser Landesregierung ist „Privat vor Staat“. Dieses hat unmittelbare Konsequenzen, denken wir an den geplanten Verkauf der Landesentwicklungsgesellschaft mit fast 100.000 Wohnungen, oder an das Kinderbildungsgesetz. Wir führen also keine akademische Diskussion.

Zunächst geht es darum, das Schlimmste zu verhindern. Zum anderen geht es aber auch darum, staatliche Funktionen und gesellschaftliche Aufgaben neu zu bestimmen. Dabei ist auch zu überlegen, ob man nicht auf alte gemeinschaftliche Organisationsformen zurückgreift: beispielsweise die Genossenschaftsidee im Wohnungsbau, kleinteilig organisiert als Bestandteil der Stadt- und Quartiersentwicklung.

Bezogen auf die Sozialdemokratie ist mir derzeit unklar, wie sie die Rolle des Staates sieht und welche Funktion dabei der Wirtschafts- und Sozialpolitik zugewiesen wird. Es gab mal einen Bundeskanzler, der gesagt hat, es gebe keine rechte oder linke Wirtschaftspolitik, sondern nur eine gute oder schlechte. Vor dem Hintergrund der Internationalisierung frage ich mich auch, welche Möglichkeiten heute eine an Keynes orientierte Wirtschaftspolitik noch bietet, wo doch Finanzmärkte und globalen Profitinteressen sogar das Verhalten von Kommunen beeinflussen.

## □ Den Strukturwandel gestalten mit Re-Industrialisierung

Der Aufschwung in NRW und auch die Mehrzahl der neuen Arbeitsplätze speist sich aus der Industrie. Während die Dienstleistungen gerade mal ein Prozent zulegten, waren es im verarbeitenden Gewerbe 5%, im Maschinenbau in 2007 sogar 9%, Tendenz steigend. Das Land NRW wächst also durch seine Kernkompetenz: die Industrie.

Deshalb brauchen wir auch eine Politik der Re-Industrialisierung in NRW. Damit meine ich die Ansiedlung von intelligenter Industrie. Entscheidend für die Ansiedlung innovativer Industrie ist die Verbindung mit den Hochschulen. Dies hat bisher nur wenig unmittelbare Auswirkungen auf die Arbeitsmarktsituation, da braucht man einen langen Atem. Zudem: die Trennschärfe zwischen Dienstleistungen und Industrie schwindet, denken wir an die industrienahen Dienstleistungen. Dienstleistung und Industrie müssen strategisch zusammenwirken.

Es gibt erste Anstrengungen der Landesregierung zur Wiederbelebung der industriellen Kerne und Nutzung der industriellen Kompetenzen. Die reichen aber nicht aus. Der Staat allein kann es nicht richten, noch weniger können die notwendigen Weichenstellungen der Wirtschaft und dem Markt überlassen werden. Deshalb plädiere ich dafür, dass alle Akteure in die erforderlichen Prozesse einbezogen werden. Hierfür sollte ein industriepolitisches Forum für NRW eingerichtet werden, dem neben der Landesregierung, Arbeitgebervereinigungen und Kammern sowie die Gewerkschaften angehören. ■

↳ Guntram Schneider, ist DGB-Landesbezirksvorsitzender in NRW und lebt in Dortmund.



Foto: Reinhold Rünker

## Comeback des Staates

Statement auf der spw-Herbsttagung 2007

von Carsten Sieling

» Ich bin der Überzeugung, dass die Hochzeit des Neoliberalismus vorbei ist. Positive Regulierung, eine aktive Rolle der öffentlichen Hand, kurzum: das Comeback des Staates steht damit ganz oben auf der politischen Tagesordnung. Matthias Machnig hat dies für eine strategisch angelegte Umweltpolitik, die gleichfalls aktive Strukturpolitik ist, dargelegt. Ich gehe aber noch weiter: Wir brauchen wieder den direkten Zugriff und nicht nur indirekt wirkende Instrumente. Nicht nur unter industrie- und strukturpolitischen Gesichtspunkten sondern auch für die Weiterentwicklung des Sozialstaats sowie für die Stärkung von Mitbestimmung und Demokratie.

» In Bremen ist der Strukturwandel schon in den vergangenen Jahren mit aktiven Staatshandeln vorangetrieben worden. Wir waren leider auch früher dran bei der Privatisierung öffentlichen Eigentums. Dennoch ist es uns Sozialdemokraten u.a. gelungen, die Übernahme des größten Bremer Wohnungsbauunternehmens GEWOBA durch Heuschrecken bzw. einen hochrisikanten Börsengang zu verhindern. Mit den Sanierungshilfen, die das hoch verschuldete Land Bremen von 1994-2004 von Bund und Ländern erhielt, wurde keine reine Entschuldung vorgenommen. Wir haben in den Strukturwandel investiert, um wieder handlungsfähig zu werden: Wirtschaftskraft stärken, Arbeitsplätze schaffen, Steuereinnahmen erhöhen. So konnten wir einige Sektoren systematisch entwickeln.

⇒ Dr. Carsten Sieling, ist SPD-Fraktionsvorsitzender in der Bremischen Bürgerschaft.

### □ Einen modernen Industriestandort schaffen

Neben der klassischen Wirtschaftsförderung haben wir sehr stark auf den Wissenschaftssektor gesetzt. Da spielte der Umbau der Universität eine große Rolle und ein erfolgreicher Technologiepark. Das hat rund 6.000 Arbeitsplätze über die letzten 20-25 Jahre gebracht und war übrigens ein originäres SPD-Projekt.

Bremen ist Raumfahrtstandort, jüngst konnte ein Forschungsinstitut der DLR angesiedelt werden. Das stützt natürlich den Wirtschaftsstandort insgesamt. Beispiel Airbus-Produktion. Bremen hat hier eine technologische Kernkompetenz, weil bei uns bestimmte kunststoffbasierte Flügel entwickelt und gebaut werden. Das gibt es ähnlich nur noch an einem englischen Standort und macht es Airbus natürlich sehr schwierig, den Standort Bremen zu schwächen oder gar zu schließen. Im Greentech-Report, den Matthias Machnig angesprochen hat, wird zudem deutlich, dass wir im Bereich Erneuerbare Energien, insbesondere in der Windenergie, erfolgreich sind.

Kurzfristige Effekte einer aktiven regionalen Strukturpolitik in Phasen niedrigen Wachstums sind natürlich begrenzt. Aber Strukturen können gehalten und modernisiert werden. Eine Politik, die den Staat als Pionier begreift, muss heute besonders auf Innovation, Bildung und Reaktivierung des Sozialstaats setzen. Gerade nach der Agenda 2010 sollten wir Sozialdemokraten auch ein Comeback des aktiven Sozialstaats ins Zentrum unserer Politik rücken. ■



Foto: Christian Kiel

## Privat vor Staat?

Zwei Thesen für ein neues

ökonomisches Staatsverständnis

von Gustav Horn



### □ 1. These: In der Ökonomie setzt sich ein neues positives gesamtwirtschaftliches Verständnis von der Rolle des Staates durch

Ausgehend von Forschungen in den USA, die vor allem vom Nobelpreisträger George Akerlof angetrieben werden, bildet sich allmählich eine neue Sichtweise über die Rolle des Staates heraus. Diese legitiert sich vor allem durch gesellschaftlichen Normen, deren Erfüllung der Staat aktiv durch sein Handeln unterstützt. Das ist eine gedankliche Revolution im Vergleich zum derzeit vor allem auch in Deutschland vorherrschenden Staatsverständnis, das primär auf dessen Zurückdrängung ausgerichtet ist.

➤ Noch vor 30 Jahren herrschte in der Tat ein relativ naives Verständnis von der Rolle des Staates im Bereich der Ökonomie. Geprägt durch z.B. die Lehren von Keynes und sein Schülern war Konsens, dass der Staat eine aktive Rolle bei Stabilisierung der Wirtschaft nicht nur einnehmen nehmen muss, sondern dies auch nach den Regeln der Kunst macht. Ähnliche Überlegungen galten für den Bereich der Sozialpolitik, in dem staatliche Absicherungen als dominante und für die meisten einzige Form des Schutzes gegen soziale Risiken gesehen wurden. Dem Staat wurden somit wesentliche gesamtwirtschaftliche Funktionen in einer ansonsten marktwirtschaftlichen Ordnung zugewiesen.

In der zweiten Hälfte der siebziger Jahre gab es mit dem Ölpreisschock und der Gleichzeitigkeit von ökonomischer Krise, Inflation und hoher Staatsverschuldung Stagflation, einen Bruch, dessen Wirkungen in allen größeren Industrieländern im Laufe der Zeit sichtbar wurden und bis heute anhalten. Offensichtlich hatte der Staat versagt und es gab Erklärungen, die dies scheinbar plausibel begründeten. Der Kern der Argumentation ist, dass der Staat die ihm zugebilligte gesamtwirtschaftliche Funktion nicht erfüllen kann, weil die einzelwirtschaftlichen Interessen der Politiker und der Staatsbediensteteten dem grundsätzlich entgegenstehen. Der Staat ist somit nicht die Lösung, wie der frühere amerikanische Präsident Reagan sagte, sondern das Problem. Politiker schauen auf Wahlen, um politisch zu überlegen, und nicht auf gesamtwirtschaftliche Ziele. Staatsdiener haben in analoger Weise ihren Status, ihr Einkommen und ihre Freizeit im Blick und nicht ihre gesamtwirtschaftliche Aufgaben. Vor in einem solchen Hintergrund kann Staatsaktivität tatsächlich nicht funktional im Sinne einer prosperierenden Wirtschaft sein und seine Begrenzung auf unvermeidliche Kernaufgaben und sehr enges Regelwerk z.B. im Hinblick auf Staatsverschuldung scheint sinnvoll.



» Diese Sichtweisen können nicht vollständig ins Reich theoretischer Phantasie verwiesen werden. Denn einige dieser Behauptungen lassen sich empirisch untermauern. Es hat durchaus politisch motivierte Konjunkturzyklen gegeben. Und nicht zuletzt 2000/2001 wurden Steuer geschenke verteilt, deren ökonomische Rechtfertigung bestenfalls dürftig war.

Doch das meiste von dem, was aus dieser neo liberalen Perspektive postuliert wurde hat sich im Laufe der Zeit als nicht haltbar erwiesen. Prominente Beispiele sind, dass Volkswirtschaften mit einer niedrigeren Staatsquote generell erfolgreicher sind als Volkswirtschaften mit einer hohen Staatsquote. Sehr leicht lässt sich zeigen, dass Länder wie Schweden oder auch Österreich mit zum Teil deutlich höheren Staatsquoten als Deutschland gleichwohl ein dynamischeres Wachstum aufwiesen. Ebenso ist widerlegt, dass Stabilisierende Fiskalpolitik unwirksam ist. Gerade die Beispiele USA und auch Großbritannien zeigen, dass in Zeiten ökonomischer Schwäche der Staat mit expansiver Fiskalpolitik die Krise zu verkürzen vermag. Erkenntnisse, die in Deutschland immer wieder auf ungläubiges Staunen stoßen, in den angelsächsischen Ländern aber nahezu eine Binsenweisheit sind.

» Vor dem Hintergrund der bröckelnden Empirie neoliberaler Staatskonzepte, gewinnt eine Forschungsrichtung aus den USA an Gewicht, mit deren Hilfe zu erklären ist, wann und warum staatliche Aktivität das Wachstum und damit die Beschäftigung fördern kann und wann dies nicht der Fall ist.

Kernthese dieser Forschungslinie ist, dass gesellschaftliche und individuelle Normen eine maßgebliche Rolle für die Wirksamkeit staatlicher Politik spielen. Die einzelwirtschaftlichen Analysen neoliberaler Ökonomen gehen davon aus, dass Menschen sich allein ihrem individuellen Nutzen verpflichtet fühlen. In einem solchen Umfeld ist z.B. das Zahlen von Steuern und Abgaben, die nicht nur dem eigenen Nutzen, sondern auch dem von

anderen dienen, irrational. Daher wird in diesen Modellen immer wieder hergeleitet, dass nur eine sehr niedrige Steuerquote optimal für eine Wirtschaft ist.

Was aber ist, wenn nicht nur der eigene Nutzen von Bedeutung ist, sondern auch gesellschaftliche Normen, die besagen, dass auch andere Menschen, die dies selbst aus den verschiedensten Gründen nicht zu leisten vermögen, Vorteile von staatlichen Leistungen haben sollten? Man denke nur an eine vernünftige Absicherung gegen soziale Risiken oder eine hervorragende Infrastruktur im Erziehungs- und Transportwesen. Zieht man diese Normen in Betracht kann es sehr wohl optimal sein, höhere Steuern zu verlangen, um die Finanzierung dieser Leistungen, die als gesellschaftlich wünschenswert erachtet werden, zu gewährleisten.

Dies bedeutet, dass die Politik sehr genau darauf achten muss, welche Normen in der Bevölkerung dominieren. Eine generelle Aussage wie „privat ist immer besser als Staat“ verbietet sich vor diesem Hintergrund.

## □ 2. These: Der Rückzug des Staates ist das Startsignal für einen unproduktiven Wettbewerb institutionellen Downgradings

» Was ist hiermit gemeint? Es ist heute modern geworden, auch Institutionen in den Wettbewerb zu stellen, die früher hiervor explizit geschützt wurden. Ein prominentes Beispiel ist der Steuerwettbewerb insbesondere für Unternehmen auf europäischer Ebene oder aber auch der Abbau von Flächentarifen insbesondere in Ostdeutschland. Wobei ja mittlerweile auch der Tarifvertrag im öffentlichen Dienst nicht mehr bundeseinheitlich ist. Im Kern führt ein solcher Wettbewerb immer dazu, dass Kosten, die durch diese Institutionen entstehen, reduziert werden. Das lässt sich am Beispiel der Unternehmenssteuern aufzeigen, wo zuerst Irland und die osteuropäischen Länder, dann Österreich, seit 2000 Deutschland und in Zukunft wahrscheinlich auch Frank-

reich in einen Wettlauf um immer niedrigere Steuersätze eingestiegen sind. Ein Ende ist nicht absehbar. Das bedeutet aber auch im Sinne oben skizzierter Normen, dass hierfür immer weniger Finanzmittel zur Verfügung stehen. Diese müssen entweder durch die Anhebung anderer Steuern (siehe Mehrwertsteuer) aufgebracht, oder die Leistungen müssen eingeschränkt werden. Es findet also ein downgrading statt.

Damit verbindet sich aber bei vielen die Hoffnung, dass produktive Prozesse ausgelöst werden, die das Wachstum der Wirtschaft beschleunigen sollten. Fast alle Untersuchungen zeigen, dass dies bestenfalls nur in einem sehr begrenzten Umfang der Fall ist, der in jedem Fall nicht ausreicht um die Einnahmeverluste auszugleichen. Das heißt der Staat und die von ihm finanzierten Leistungen geraten als Folge einer solche Politik immer mehr unter Druck. Noch deutlicher wird dies am Beispiel des Lohnwettbewerbs abseits von Tarifverträgen. Sicher ist es dann für ein einzelnes Unternehmen immer lohnend auf niedrigere Löhne zu drängen. Dies gilt insbesondere dann, wenn dies bei dem Konkurrenten ebenfalls so ist. Wird hierdurch Wachstum beschleunigt? Die Erfahrung zeigt wohl kaum. Die Einkommen sinken und die Binnenkonjunktur gerät unter Druck. Schlimmer noch, wenn Unternehmen die Möglichkeit gegeben wird, mit defensiv orientierten Lohnsenkungen z.B. Managementfehler zu kompensieren, schwindet ihr Anreiz, sich aus einer Krise mittels einer offensiven Innovationsstrategie zu befreien. Mit anderen Worten ein Lohnsenkungswettlauf ist sogar Wachstumschädigend.

Dies zeigt: ein solcher Wettbewerb bringt eine Volkswirtschaft nicht wirklich weiter. Besser wäre, den innovativen Wettbewerb zu stärken, zum Beispiel indem Innovationen anders als bei der derzeitigen Reform der Unternehmens steuerlich gefördert werden, oder aber indem der Staat als Pioniernachfrager z.B. für Umwelttechnologien auftritt und sie dadurch rentabel

macht. All diese Vorschläge passen gleichwohl schlecht zum Leitsatz: Privat vor Staat. Besser wäre Privat und staatlich kooperativ für mehr Wachstum zu sorgen. ■

☞ PD Dr. Gustav Horn ist Direktor des Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) in der Hans-Böckler-Stiftung, Düsseldorf.

Die Thesen wurden vorgetragen auf einer Tagung des DGB Landesbezirks NRW in Düsseldorf im Mai 2007.

**ISW** institut für sozial-ökologische  
wirtschaftsforschung e.V.

**analysen  
fakten & argumente**

**15. isw-forum**

**ZUKUNFT BRAUCHT GEGENMACHT  
ERNEUERUNG  
DER GEWERKSCHAFTEN**  
und Aufbau eines gesellschaftlichen  
Nachwuchses gegen den Kapitalismus



**ISW** REPORT NR. 71

isw-reports: ISSN 1614-9289

Beiträge des 15. isw-forums:  
Frank Deppe: Krise der Demokratie, Krise der Arbeiterbewegung. Hans-Jürgen Urban: Probleme u. Chancen einer Revitalisierung der Gewerkschaften. Juri Hälker/Claudius Velloy: Das Europäische Sozialmodell und die Gewerkschaften. Hubert Thiermeyer/Tatjana Fuchs: Wege zur Erneuerung gewerkschaftlicher Handlungsfähigkeit.

**isw-report 71**  
Sept. 2007 / 4,- EUR + Vers.

Im Herbst 2007 soll der Entwurf des Bahnprivatisierungsgesetzes beschlossen werden. Es handelt sich um das größte Privatisierungsvorhaben der Geschichte – mit verheerenden Folgen.  
Autor: Winfried Wolf.  
Mitherausgeber: Bündnis Bohn für Alle

**isw-spezial 21**  
Sept. 2007 / 3,- EUR + Vers.



**isw-spezials: ISSN 1614-9270**

**Bestellungen, Gesamtprogramm**  
isw – institut für sozial-ökologische  
wirtschaftsforschung e.V.  
Johann-v.-Werth-Str. 3, 80639 München  
fon 089-130041, fax 089-168 94 15  
isw\_muenchen@t-online.de  
**www.isw-muenchen.de**



Foto: Christian Kiel

» Städte sind für uns Sozialdemokraten weder Moloch noch Glitzerwelt. Vielmehr sollten wir sie als Orte beschleunigter gesellschaftlicher Entwicklung begreifen. Denn in den großen Städten sieht man schon heute, wohin sich unsere Gesellschaft morgen entwickeln wird. Hier kündigen sich gesellschaftliche und ökonomische Entwicklungen an, hier entsteht das „Neue“ schneller und vergeht das „Alte“ eher. Städte sind Orte der Entscheidungen und der verdichteten medialen Kommunikation. In den urbanen Milieus bilden sich Meinungen und prägen sich Einstellungen, die auf die Gesellschaft als ganzes ausstrahlen.

Die großen Städte sind die Motoren unserer Volkswirtschaft. 23% des Bruttoinlandprodukts werden in den 14 größten Städten Deutschlands produziert. Die Wirtschaftsleistung liegt hier im Durchschnitt um gut 15% höher als im Rest des Landes und in den Städten leben 57% der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten.

Die Mehrheitsfähigkeit politischer Parteien zeichnet sich als erstes in den Metropolenräumen ab. Dies gilt in besonderem Maße für die SPD. Sie war historisch gesehen immer dann stark, wenn sie sich auf die großen Städte und ihre prägenden Milieus stützen konnte, wenn sie sich gleichzeitig als Katalysator für gesellschaftliche Reformen

## Die sozial-demokratische Stadt als Pionier

von Klaus Wowereit

verstand und diese energisch vorantrieb. Das war im 19. Jahrhundert als die Arbeiterbewegung in den Städten groß wurde und das war auch unter Willy Brandt so. Auch in Zukunft wird der Erfolg der Sozialdemokratie davon abhängen, ob die SPD die bestimmende Kraft in den Metropolen ist. Dies wird nur dann gelingen, wenn es die SPD immer wieder schafft Zukunftsprojekte zu formulieren, die gesellschaftliche Veränderungen zu wirklichen Chancen für alle werden lassen.

### □ Vorreiter für den Wandel

» Die Metropolenräume liefern die Ressourcen für die Gesellschaft von morgen: Weit über ihren eigenen Bedarf hinaus bilden sie an ihren Hochschulen den wissenschaftlichen Nachwuchs aus; sie sind Zentren der Kultur und ziehen Menschen aus allen Richtungen an. Deshalb sind Städte die innovativen Orte dieser Gesellschaft. Hier begegnen sich diejenigen, die Richard Florida in seinem Buch „The Rise of the Creative Class“ als „Kreative Klasse“ bezeichnet hat. Hier entsteht durch das Zusammentreffen von Wissenschaft, Wirtschaft und Kultur wirklich Neues. Aber auch ein Großteil der Integrationsleistungen wird in den großen Städten erbracht. Den Trend zu wissensbasierten Industrien, zur Dienstleistungs- und Kreativwirtschaft können wir hier ebenso

beobachten wie die Veränderungen durch Integration, Migration und den demografischen Wandel. Dies zeigt, große Städte sind Vorreiter für gesellschaftliche Veränderungen. Sie müssen daher, weit über das was Richard Florida beschreibt hinaus, auch Orte gesellschaftlicher Innovation sein.

Der gesellschaftliche und ökonomische Wandel in den Städten ist in der Vergangenheit durch öffentliche Regulierung vorangetrieben und politisch bearbeitet worden. Aus meiner Sicht wird künftig die Frage, wie öffentliche Verantwortung in der Stadt definiert wird, über die Zukunftsfähigkeit unserer Städte entscheiden. Entscheidend ist dabei weder Schwarz noch Weiß: Weder blinde Privatisierungspolitik noch das Festhalten am Allmachtsanspruch staatlicher Steuerung ist der richtige Weg. Wir müssen uns auf die Suche nach Arrangements machen, die öffentliche Verantwortung, ökonomischen Erfolg und demokratische Beteiligung in neuer Form zusammenführt. Klar ist dabei aber auch: Die Sicherung der öffentlichen Daseinsvorsorge ist für uns Sozialdemokraten konstitutiv, um die Lebensadern der Kommunen nicht virtuellen Kapitalmächten zu übergeben, sondern in der Arena demokratischen Diskussionen vor Ort zu belassen. Die Sozialdemokratie muss dabei Vorreiterpolitik für einen positiven Wandel gestalten. Deshalb ist es wichtig den Staat weder auf seine Nachwächter zu beschränken noch auf eine Verteilungsinstanz zu reduzieren. Er muss in erfolgreichen und gerechten Gesellschaften eine Rolle einnehmen die weiter reicht.

Wir haben die dynamische Kraft, die kommunales politisches Handeln bei der Gestaltung des gesellschaftlichen Wandels entfalten kann, zu lange in den Hintergrund gerückt. Die Vorreiterrolle, die der Staat durch innovative Politik übernehmen kann, muss wieder Teil unserer politischen Strategie werden. Konkret bedeutet dies eine Politik der öffentlichen Verantwortung, die durch den Dreiklang von sozialer Stadt, gesicherter Daseinsvorsorge und verantwortlicher Innovationspolitik geprägt wird.

Gerade diesen letzten Punkt möchte ich anhand von zwei Beispielen aus der Berliner Praxis verdeutlichen. Um zu zeigen, wie aktive Kommunen den Wandel in unterschiedlichen Bereich gestalten können.

## □ Leitmarkt für Wasserstofftechnologie

Berlin entwickelt sich seit einiger Zeit zu einem wichtigen Standort für die Entwicklung von mit Wasserstoff angetriebenen Verbrennungsmotoren. In diesem Bereich wurde mit der Clean Energy Partnership (CEP) ein Gemeinschaftsprojekt von Unternehmen wie Vattenfall, GASAG, BVG, BMW, Daimler-Chrysler sowie Linde, ARAL und Total mit der Unterstützung des Bundes gegründet, dessen Ziel die Forschung und Entwicklung von sauberen Kraftstoffen ohne Emissionen ist. Doch Forschung und Entwicklung sind nur die eine Seite unserer auf nachhaltige Innovationen angelegten Strategie. Zusätzlich zur Forschung ist Berlin schon jetzt die Stadt mit der besten Wasserstoffinfrastruktur. Darüber hinaus plant die BVG als kommunaler Verkehrsbetrieb Berlin als Metropole der Wasserstoff-Antriebstechnologie auszubauen. Schon heute verfügt die BVG über zwei Wasserstoffbusse. Bis Ende 2007 wird sie 12 weitere in ihre Flotte integrieren.

Besonders dieses Engagement der BVG verdient aus meiner Sicht verstärkte Beachtung, denn nicht alle innovativen Lösungen werden sich ohne Unterstützung durchsetzen. Sie müssen gefördert werden. Dazu ist es notwendig, dass die Politik auch auf kommunaler Ebene Ziele formuliert. Sie muss Orte schaffen, an denen innovative Lösungen gefunden werden können und sie muss durch eine vielschichtige Politik diesen Lösungen zum Durchbruch verhelfen. Einer der Bereiche, wo dies offensichtlich wird, sind die eben angesprochenen Umwelttechnologien. Hier braucht es staatliche Technologieförderung, die die technischen Voraussetzungen schafft genauso wie staatliche Regulation, die umweltschädliches Verhalten einzelner unattraktiv macht oder sanktioniert. Kommunen können zudem durch ihre Beschaffungs-

entscheidungen Zukunftstechnologien stützen. Hier wird die öffentliche Hand, wie im Beispiel der Berliner Wasserstoffbusse, durch seine Beschaffungspolitik als Pionier tätig. Wichtig ist dabei eine integrierte Strategie, die die Ressourcen der Stadt in Wissenschaft und Wirtschaft mit den öffentlichen Abnehmern in Einklang bringt.

### □ Modellpolitik für das Wohnen im Alter

» Doch sozialdemokratische Innovationspolitik darf sich nicht nur auf die Hochtechnologiebereiche konzentrieren. Es gibt eine Vielzahl von Veränderungsprozessen, die gesellschaftliche Innovationen benötigen. Gerade in den großen Städten treffen wir auf eine weniger integrierte Gesellschaft: Feste Rollenbilder, Familien und Gesellschaftsstrukturen sind hier seltener anzutreffen als anderswo. Hier werden ganz unterschiedliche Lebensstile, die auch unterschiedliches kommunales Engagement erfordern, gelebt. Der demografische Wandel ist einer der großen städtischen Veränderungsprozesse. Gute Politik kann ihn gestalten und muss ihn deshalb nicht als Bedrohung empfinden. Klar ist aber auch der Wandel wird zu gesellschaftlichen Veränderungen führen.

Ein gutes Beispiel hierfür ist der Bereich Wohnen im Alter. Unser Ziel muss es sein, dass die Menschen so lange wie möglich in ihren eigenen vier Wänden oder im eignen Kiez wohnen bleiben können. Auch dazu braucht es innovative Lösungen. Doch hier reagiert der Markt viel zu langsam auf die sich wandelnden Bedürfnisse der meisten Menschen – gerade wenn es nicht um das Luxuswohnsegment sondern um preisgünstigen Wohnraum geht. Wir haben uns vorgenommen Berlin zur Modellstadt für Wohnen im Alter zu entwickeln. Hier sind wir durch unsere kommunalen Wohnungsbaugesellschaften besonders handlungsfähig. Zu sehen ist dies in den Stadtumbau-Ost-Gebieten in Marzahn-Hellersdorf. Hier bauen Berlins kommunale Wohnungsbaugesellschaften den Bestand so um, dass die Lebensqualität für ihre immer älter werdenden Mieter steigt. Bei-

spielweise durch barrierefreien Umbau einzelner Wohnungen oder in dem der Wohnungsbestand so umgestaltet wird, dass Senioren-Wohngemeinschaft entstehen. Mit dem gerade in Berlin ange-laufene Projekt SOPHIA, stellen die Wohnungsbaugesellschaften darüber hinaus soziale Personenbetreuung und Hilfen im Alltag zum einen über moderne Kommunikationstechnologien und zum anderen über eine Netzwerk von ehrenamtlichen Helfern bereit.

### □ Soziale und ökonomische Innovationen

» Durch solcherlei Beispiele wird staatliches Handeln konkret bei den Bürgerinnen und Bürgern erfahrbar. Es impliziert, dass der Staat und öffentliches Wirken wieder in einem positiven Licht steht. Künftig wird sich dieses positive Licht daran bemessen, ob der Staat in der Lage ist, soziale und ökonomische Innovationen anzuschreiben bzw. entsprechende Anreize zu schaffen.

Gebiete für eine solche Politik gibt es genug: Vielen Städten erleben zurzeit immer noch einen tiefgreifenden Wandel ihrer Industriestruktur. Hinzu kommen die neuen Wachstums- und Zukunftsbereichen Bio- und Nanotechnologie, Fragen der sauberen Energiepolitik, von ökologischen Innovationen und des medizinischen Fortschritts sowie gesellschaftliche Aufgaben, wie die, Antworten auf eine immer vielfältiger und immer älter werdenden Gesellschaft zu geben.

Wie das Beispiel Berlin zeigt, nehmen gerade die großen Städte in diesen Bereichen eine Leuchtturmfunktion für die Entwicklungen im Rest des Landes ein. Denn die Herausforderungen des Wandels zeigen sich hier zuerst. Deshalb wird die sozialdemokratische Politik in den Metropolen auch früher als anderswo in der Pflicht sein, Antworten auf den Wandel zu geben. Dies kann mit einem Politikansatz, der die gesellschaftlichen Veränderungen durch Innovations- und Integrationspolitik in den Städten gestaltet, gelingen.

## □ Stadtpartei SPD

Was uns als Sozialdemokratie von allen anderen politischen Akteuren unterscheidet ist, dass wir zum einen gesellschaftliche Veränderungsprozesse nicht zuerst als Bedrohung sondern als Chance begreifen können und zum anderen wissen, dass diese Chancen sich nicht notwendigerweise von alleine verwirklichen werden. Überall dort, wo es gesellschaftlichen Wandel gibt, ist es daher auch Aufgabe kommunaler Politik diesem Wandel eine Richtung zu geben. Deshalb habe ich zu Beginn dieses Beitrags davon gesprochen, dass es Aufgabe der SPD ist, Zukunftsprojekte zu beschreiben, die gesellschaftliche Veränderungsprozesse zu Chancen für alle machen. Hierzu müssen wir die öffentliche Verantwortung des Staats, die gerade in den Städten fassbar wird, wieder zu einer positiven Erfahrung für die Menschen machen. Die oben gewählten Beispiele zeigen, wie es durch vielschichtiges Handeln in den unterschiedlichsten Bereichen erreicht werden kann, gesellschaftliche wie ökonomische Veränderungen anzuregen. Denn durch unsere Politik müssen wir in einer sich wandelnden Gesellschaft eine positive Gestaltungsfunktion wahrnehmen.

Eine so aufgestellte Sozialdemokratie kann Antworten auf die derzeitigen Veränderungsprozesse geben. Dafür darf sie sich allerdings die kommunalen Gestaltungsmöglichkeiten und die öffentliche Daseinsvorsorge nicht aus der Hand nehmen lassen. Die Zukunft der SPD entscheidet sich immer wieder in den großen Städten. Auch daher ist das Profil, dass die SPD durch eine überzeugende Strategie als Stadtpartei gewinnt, aus meiner Sicht von herausragender Bedeutung. ■

☞ Klaus Wowereit ist Regierender Bürgermeister von Berlin.

www.sozialismus.de



Redaktion Sozialismus: Dicke Luft, magere Ergebnisse – Halbzeit der Koalition | Andreas Fisahn: Auf dem Weg in den Sicherheitsstaat? Was Heiligendamm uns zeigt | Redaktion Sozialismus: Jetzt ist sie da: DIE LINKE | Ralf Krämer: In die Offensive kommen – für eine starke LINKE! | Klaus Kohlmeyer: Wettlauf mit der Desintegration. Was muss Integrationspolitik leisten?

Richard Detje/Otto König: Der Mindestlohnkompromiss, der keiner ist | Ewald Wehner: ver.di – mehr Zeit für die Programmdebatte | Dieter Wegner: Sechs Monate Streik bei Gate Gourmet. Probleme eines Gewerkschaftsfunktionsnärs, damit umzugehen | Horst Gobrecht: »Wir haben gelernt zu kämpfen«. Zehn Tage Streik bei der Nestlé Waters Neuselsters Mineralquelle | K.G. Zinn: Nationale Konjunktur und globales Finanzkapital. Deutschland im ersten Sommer des ersten Aufschwungs des 21. Jahrhunderts | Frank Unger: Amerika vor einem neuen »New Deal«? | Armando Fernández Steinko: Ende der Ära Zapatero?

Michael Krätke: Ernest Mandel – ein Leben für den Sozialismus | Christina Ujma: Ästhetik der Moderne. Ernst Bloch und die Weimarer Republik | Jürgen Meier: Leo Kofler – Kritischer Kopf der Leidenschaft (zu Ch. Jünke) | Guido Speckmann: Full Metal Village (Filmkritik)

Probeabo (3 Hefte): Abo: € 10,-  
Abo: € 62,- (erm. € 44,-)  
Redaktion Sozialismus  
St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg  
Fax 040/28 09 52 77-50  
E-Mail: redaktion@sozialismus.de



Foto: www.photocase.de; © ringo

## In welche Richtung geht der schwedische Wohlfahrtsstaat?

Nach dem Verlust der sozialdemokratischen Regierung stellt sich in Schweden die Frage nach einer erneuerten Strategie

Interview mit Roger Hällhag



**spw:** Schweden hat im europäischen Vergleich und auch im Vergleich der OECD Länder überall die Nase vorn: die besten wirtschaftlichen Daten, niedrige Arbeitslosigkeit, ein vorbildliches Bildungssystem, hohe Frauenerwerbstätigkeit und relativ hohe Geburtenraten. Dennoch haben die schwedischen Sozialdemokraten die letzte Wahl verloren. Wie ist das zu erklären?

**Roger Hällhag:** Es war ein enges Wahlergebnis: letztlich lagen nur 2,1% zwischen Sozialdemokraten und der bürgerlichen „Alliance“. Viele verschiedene Faktoren führten zu dem Ergebnis. Wie schon erwähnt, hatten wir eine gute wirtschaftliche Entwicklung, alles lief in die richtige Richtung. Aber Ministerpräsident, Regierung und Partei wirkten etwas erschöpft und von den Sorgen der Menschen abgehoben. Die gestiegenen Erwartungen der Menschen gingen einher mit der Sorge vor dauerhafter remaining Arbeitslosigkeit und um die Qualität in Bildung und Gesundheitswesen. Diese Enttäuschung infolge hochgesteckter Erwartungen gab den Ausschlag. Die „Alliance“ wirkte frischer und für viele Wähler war das Risiko gering, diese frische Alternative zu testen. Denn die Wirtschaftsentwicklung war stabil und die „Alliance“ versprach, nur geringfügige Änderungen innerhalb des Wohlfahrtsstaats durchzuführen und keine Experimente zu wagen. Übrigens liegen inzwischen die Oppositionsparteien (Sozialdemokraten, Grüne und Linke) in den Meinungs-umfragen wieder weit vorne.

**spw:** Die Schweden haben also nicht dafür votiert, den schwedischen Wohlfahrtsstaat abzuschaffen ...

**Roger Hällhag:** ...absolut nicht! Die „Alliance“ versprach, den Wohlfahrtsstaat nicht zu zerstören, sondern ihn in billigerer Form zu erhalten: weniger Steuern, mehr Qualität.

**spw:** Der Staat als Pionier – welche Bedeutung hat dieser Begriff bezogen auf Schweden?

**Roger Hällhag:** In Schweden sehen die bürgerlichen Parteien den Privatsektor als Pionier. Auch wenn sie vorgeben, die Steuerfinanzierung öffentlicher Leistungen zu erhalten, so verfolgen sie doch ein Konzept, in dem der öffentliche Sektor das Outsourcen öffentlicher Leistungen finanziert, aber nicht mehr der Träger von Schulen und Gesundheitswesen ist. Sie sprechen von niedrigeren Kosten bei gleichzeitiger Verbesserung des Services. Die Sozialdemokraten haben einige Maßnahmen zugelassen, aber wollen dieser Entwicklung Grenzen setzen, die auch vernünftig definiert sind. Aber wir haben die Tür zur Privatisierung geöffnet. Das war nicht falsch, aber wir haben zu wenig Erneuerungen im öffentlichen Sektor erreichen können. Nun wäre es aber falsch, diese Tür zuzuwerfen. Letzteres wollen Teile der Regierung. Insgesamt geht es um die Frage, wie die öffentlichen Leistungen organisiert werden. Es geht im Prinzip dabei weniger um die Frage der Privatisierung, sondern darum, ob diese als Strategie genutzt wird, den Anspruch zu unterlaufen,

öffentliche Leistungen für alle zur Verfügung zu stellen. Es kann darauf hinauslaufen, dass die Qualität öffentlicher Leistungen vom Geldbeutel der Einzelnen abhängt. Oder auch davon, ob man in einer Stadt oder einer ländlichen Region lebt.

## □ Veränderungsbereitschaft gegen Absicherung der Risiken

**spw:** In einer Studie für die Friedrich Ebert Stiftung sprichst Du von der Notwendigkeit, einen schwedischen Gesellschaftsvertrag zu erneuern. Was ist damit gemeint?

**Roger Hällhag:** Hinter der beschriebenen Strategie der Recht, den Sozialstaat zu unterlaufen steht die Frage, wie man der Globalisierung begegnet. Schaffen wir es, bei der Gestaltung der Globalisierung jeden mitzunehmen? Oder wird nur eine Elite gefördert, die international wettbewerbsfähig ist? Das ist ein fundamentaler ideologischer Unterschied. Daher brauchen wir eine erneuerte Strategie mit dem Ziel, die Gesellschaft zusammenzuhalten. Jeder braucht eine gute Bildung und Ausbildung sowie das Gefühl der Sicherheit bei Veränderungsprozessen. Risikofreudigkeit bei Unternehmensgründungen zeigt sich bei vielen Menschen nur, wenn sie wissen, dass sie im Risikofall nicht alleingelassen werden.

**spw:** Wie hat denn die Sozialdemokratie in den letzten 20 Jahren auf globale Veränderungsprozesse reagiert?

### ■ Fakten

- Die schwedischen Sozialdemokraten stellten 65 Jahre lang die Regierung während der letzten 75 Jahre
- Das Wirtschaftswachstum betrug 4,3% BSP im Jahr 2006 (OECD: 3,1%)
- Das durchschnittliche Wirtschaftswachstum betrug 2,9% BSP von 1995-2005 (Deutschland: 1,4%)
- Arbeitslosenquote liegt bei 5,0% (Juli 2007).
- Die Erwerbsquote liegt mit 77,8% an zweiter Stelle im EU-Vergleich. (Die letzten Angaben für Juli mit 79,3% sind wahrscheinlich die besten EU- oder weltweit)
- Die Frauenerwerbsquote ist gleich hoch wie die der Männer.
- Die Geburtenrate zählt mit 1,77 Geburten pro Frau zu den höchsten im europäischen Vergleich.
- Wahlergebnisse 2006: „Alliance“: 48,3% (+4,2%), Sozialdemokraten: 35% (-4,9%), Grüne Partei: 5,2% (+0,6%) und linke Partei: 5,8% (-2,5%)

**Roger Hällhag:** Globalisierung ist ja nichts Neues. Schweden war immer schon eine sehr offene Ökonomie. Aufgrund der ständigen Veränderungsprozesse sind wir es gewohnt, dass Jobs verschwinden und neue Jobs entstehen. Diese Entwicklung ist schon seit Langem akzeptiert. Diese Fähigkeit, sich auf Veränderungen einzulassen, ist ein wesentlicher Erfolgsfaktor. Aber diese Veränderungs-Bereitschaft fußt auf einem Deal und einem Gesellschaftsvertrag: We are ready to change when we can trust.

Die bürgerliche Rechte versucht vermutlich, diesen Deal zu unterlaufen. Die Sozialdemokraten haben diesen Deal bisher gut verteidigt, aber die Bürger haben dennoch Zweifel: Sind die Schulen gut genug? Wird meine Rente ausreichen? Und wenn ich hart arbeite und meine Steuern zahlen, werde ich dann von denjenigen ausgelacht, die das nicht tun? Der skizzierte Deal wurde von den Sozialdemokraten bereits in den dreißiger Jahren eingeführt. Dazu gehört der wirtschafts- und sozialpolitische Konsens, einerseits einen starken exportorientierten privaten Sektor aufzubauen und andererseits die Rolle der Gewerkschaften zu stärken, um die Früchte der Privatwirtschaft gerecht zu verteilen. Es geht also um einen sozialen Gesellschaftsvertrag innerhalb des kapitalistischen Systems. Dieser wurde inzwischen immer wieder angepasst und die politischen Kräfte wurden immer wieder entsprechend gefordert. Wie auch in der aktuellen Situation.

**spw:** Welche Bereiche der Privatwirtschaft wurden denn vom schwedischen Staat gefördert?

**Roger Hällhag:** Der schwedische Staat war immer sehr zurückhaltend und hat kaum staatliche Zuschüsse in den privaten Sektor gelenkt. Die Privatwirtschaft wurde mehr oder weniger sich selbst überlassen und ist wie gesagt sehr stark. Demgegenüber hat sich der öffentliche Sektor auf die öffentlichen Leistungen in Bildung, Sorge für Kinder, Eltern und andere nicht arbeitende Personen, Gesundheitswesen und sozialer Sicherheit konzentriert. Eingriffe in die Privatwirtschaft waren also weitgehend begrenzt auf relativ hohe

Steuersätze, wobei Unternehmen von sozialen Verpflichtungen ihren Beschäftigten gegenüber entlastet wurden.

Eine Ausnahme ist nun die Förderung ökologischer Produkte und nachhaltiger Technologien. Grün zu sein ist profitabel in Schweden. „Grüne“ Technologien wurden unterstützt, nicht um den Markt zu ersetzen, sondern ihn zu unterstützen.

### □ Wir brauchen eine Ökonomie, in der jeder Mensch wettbewerbsfähig ist

**spw:** Welche Strategien verfolgt Schweden denn gegenüber den aufstrebenden „newly industrialized countries“ wie China und Indien?

**Roger Hällhag:** Das kann genau die Ausgangsfrage sein, warum wir den schwedischen Sozialvertrag erneuern müssen. Die einen sagen, wir müssen die Kosten senken, um mit China konkurrieren zu können. Das halte ich aber für eine abstruse Strategie, denn wir können niemals mit diesen niedrigen Standards konkurrieren. Stattdessen müssen wir wettbewerbsfähig werden, indem wir Wert-Standards und -Qualität so weit wie möglich erhöhen. Bisher funktionierte das soweit. Schweden hat immer noch eine positive Handelsbilanz gegenüber den wachsenden Ländern. Auch China ist inzwischen dabei, Qualität und Standards zu verbessern. Indien ist sehr stark im Dienstleistungsbereich und im Wissenssektor. China entwickelt sich sozusagen zur Fabrik für Hardware und Indien zur Fabrik für Software. Der Wettbewerb wird hart. Die einzige Chance für uns, in diesem Wettbewerb zu bestehen, ist es, auf Bildung und Qualität zu setzen! Wir brauchen eine Ökonomie, in der jeder Mensch wettbewerbsfähig ist, nicht nur eine kleine Elite. Jeder kann vom globalen Wachstum profitieren. Realität ist aber, dass das globale Wachstum größer denn je, aber tragischerweise nicht gerecht verteilt ist. Die Herausforderung besteht also in der gerechten Umverteilung. Schon Marx sagte, dass der Kapitalismus zeigt, dass er über fantastische Potenziale verfügt. Die Aufgabe lautet also nicht, das globale Wach-

tum zu stoppen, sondern eine Umverteilung zu erreichen durch eine gerechtere Beteiligung am Wachstum.

**spw:** Was bedeutet diese Entwicklung wiederum für das Parteiensystem in Schweden?

**Roger Hällhag:** Das schwedische Parteiensystem ist sehr stabil. Fast alle Veränderungen vollzogen sich bisher innerhalb der beiden großen Blöcke. Es gab in den letzten Jahren nur zwei neue Parteien, eine auf jeder Seite. Die beschriebene globale Entwicklung zeigt sich allenfalls bei der grünen Partei und der linken Partei, die beide die Anti-Globalisierungs-Karte spielen. Aber mehr noch setzen beide auf die Angst vor der EU. Die Ängste vor einer ungerechten Abwärtsentwicklung durch EU-Diktate bestehen in der schwedischen Bevölkerung ja bereits länger.

**spw:** Welche strategischen Herausforderungen ergeben sich daraus für die Sozialdemokratie in Schweden?

**Roger Hällhag:** Die Sozialdemokratie kann nicht als einzelne Kraft die Mehrheit zurück gewinnen. Sie hat fast immer in Minderheitsregierungen regiert, was bisher sehr gut funktionierte. Aber das geht nicht mehr. Nun geht es darum, unsere eigene „Allianz“ in Hinblick auf die nächsten Wahlen 2010 zu gewinnen. Die einzige Möglichkeit besteht darin, dies gemeinsam mit den Grünen und mit der Linken Partei anzugehen. Längerfristig kann es auch denkbar sein, mit anderen Parteien aus dem anderen Block zusammenzuarbeiten. Aber derzeit stellt sich diese Frage nicht. Bei den nächsten Wahlen wird es um eine klare Links- Rechts – Alternative gehen.

**spw:** Vielen Dank für das Gespräch. ■

☞ Roger Hällhag, ist Politikwissenschaftler und Berater. Er war von 1992 bis 1996 Präsident der IUSY (International Union of Socialist Youth) und arbeitete mehrere Jahre für den früheren schwedischen Ministerpräsident Göran Persson.

☞ Das Interview führte für spw Claudia Walther.

#### Literatur

■ Roger Hällhag. New Sweden: Crushing or Confirming a Social Democratic Model? FES-Analyse April 2007. Als download unter: [www.fes.de](http://www.fes.de)

## Kinderspiel Kapitalismus – Cross-Media: Wo bleiben die Beck-Boys?\*

von Alexandra Kramm



» Amerikanisierung, Medialisierung, Personalisierung – das sind drei Begriffe, die fest mit der Entwicklung des Wahlkampfes in Deutschland in den letzten Jahren verbunden sind. Wenn wir also wissen wollen, was demnächst bei uns so abgehen wird, dann lohnt der Blick nach Westen.

In den USA tobt der Vorwahlkampf für die Präsidentschaftswahlen 2008. Innerhalb der demokratischen Partei geht es um schwarz oder weiß, Mann oder Frau, Irak-Krieg Ja oder Nein. Hillary liegt beim Sammeln von Spenden ganz vorn, während Obama das Internet für sich erobern konnte. Der Kampf zwischen den beiden hat ungewöhnliche Ausmaße angenommen, denn ihre Schlachten liefern sie sich nicht nur im Fernsehen und in Zeitungen, Hauptschauplatz ist YouTube.com.

Es steht 21.600 gegen 19.700 gefundene Filmen für Obama, der mit dem Team von barely-political.com außergewöhnliche Wahlkampfunterstützung hat. Mehr als 3,7 Millionen mal wurde in den letzten drei Monaten das Liebeslied vom Obama-Girl „I got a crush ... on Obama“ schon aufgerufen. Ein leicht bekleidetes und üppig ausgestattetes Büro-Mädel tanzt sich in eindeutiger Pose durch das Video, das Obama zum „best candidate“ erklärt. Hillarys Parodie auf die preisgekrönte Mafia-Serie „Sopranos“ kann mit rund 300.000 Klicks dagegen nicht anstinken.

Mit dem Spot „Vote different (1984)“ greift Obama das weit verbreitete Vorurteil auf, dass Hillary Clinton äußerst autoritär sei auf, und sie auch direkt an. Eine gleichgeschaltete, graue Masse von Zuhörern lauscht reglos den zusammengeschnittenen Sätzen von Hillary auf der Leinwand als eine junge, dynamische Frau einen Hammer in das Bild wirft und diese explodiert. Dann werden

die Zeilen eingeblendet: „On January 14th the Democratic Primary will begin. And you'll see why 2008 won't be like 1984.“ Absender: Barack-Obama.com. Es gibt auch eine filmische Antwort von Hillary, allerdings ist diese auf YouTube jetzt schon kaum noch zu finden.

» Eigentlich ist das ein durchaus amüsantes Schauspiel. Wenn auch für Menschen mit deutscher Politisierung in seiner Härte und Inhaltslosigkeit schwer nachzuvollziehen. Die Schlachten gegen den politischen Gegner in den eigenen Reihen schlagen wir immer noch mit Hilfe von Spiegel, BILD & Co. Die amerikanische Variante ist in jedem Fall buunter und lustiger. Das würde der deutschen Parteienlandschaft sicher auch ganz gut tun. Wir stellen uns echte Pfälzer Jungs vor, ursprünglich bekleidet und mit Weinglas, die sich in Mundart darüber ausbreiten, dass die offene und gemütliche Art Deutschland gut tut und als Wiege der deutschen Demokratie mit Hambacher Fest und Märzrevolution schon gut getan hat. Und das Gegenstück dazu? Steinmeier's International Allstars oder Steinbrücks Pfennigfuchser?

(Vorschläge gerne an:  
kinderspiel\_kapitalismus@spw.de)

In den USA gibt es rege Beteiligung bei der Entwicklung eigener Kandidatenfilme, zum Beispiel Obama zum Song Copacabana oder Hillary – I know I can't sing. Mein persönlicher Favorit: Das Wortspiel „Hillary vs. Obama“. Diese Art intelligenter Kommentare würde uns auch gut tun. Have a look ... ■

☞ Alexandra Kramm, ist selbständige Kommunikationsberaterin und Coach in Berlin ([www.schulter-blick.de](http://www.schulter-blick.de)).

\* Dieser Beitrag ist leichter verständlich, wenn durch YouTube.com unterstützt. (-:)

## Stichwort zur Wirtschaftspolitik: Evaluierung der Hartz-Gesetze

von Arne Heise



Foto: Christian Kiel

Spätestens mit der Integration des erstmals auf aktive Arbeitsmarktpolitik setzenden Arbeitsförderungsgesetzes in das Sozialgesetzbuch unter Kanzler Kohl 1997 ist ein Politikwechsel in der Arbeitsmarktpolitik (AMP) eingeleitet worden, der als ‚autoritär aktivierend‘ bezeichnet wird. Die besondere Fokussierung auf ‚Forderung‘ statt ‚Förderung‘ wurde durch die von der zweiten Schröder-Regierung verabschiedeten Hartz-Gesetze noch verstärkt. Dahinter steht einerseits das ökonomische Problemverständnis eines durch einen zu üppigen Sozialstaat behinderten Strukturwandel von der Industrie- in eine Dienstleistungsgesellschaft, die auch gering bezahlte Tätigkeiten bereitstellen muss. Andererseits geht die Hartz-Gesetzgebung von einem durch den Sozialstaat in Unmündigkeit gedrängten Menschen aus, der in größere Eigenverantwortlichkeit entlassen werden muss. Dieses Problemverständnis ist zwar in der kritischen Sozialwissenschaft auf vielfache, insbesondere auch empirisch gestützte Kritik gestoßen, doch hat sich an der arbeitsmarktpolitischen Orientierung in der Großen Koalition nichts geändert.

### □ Offizielle Evaluation von Hartz I – III

Eine Kursänderung wäre vielleicht zu erwarten, wenn die Kritik nicht nur von der kritischen Sozialwissenschaft, sondern von der vom Bundesarbeitsminister beauftragten Evaluierung (durch den weniger kritischen ökonomischen Mainstream) kommen würde. Bestätigt diese Auftrags-evaluierung den Jubel von Bundesaußenminister und designiertem SPD-Vize Steinmeier, der bereits ein durch die Hartz-Gesetzgebung ausgelöstes ‚zweites Wirtschaftswunder‘ sieht?

Vorliegende Evaluationsstudien beziehen sich insbesondere auf die Effizienz der AMP: In länglichen Ausarbeitungen werden ambivalente Ergebnisse erzielt: Während das Scheitern der Personal-Service-Agenturen und der ‚Ich-AG‘en kaum bestritten wird, scheint sich die Effizienz und das Kosten-Leistungsverhältnis der Qualifizierungsmaßnahmen leicht erhöht zu haben. Erstaunlicherweise gibt es bislang keine offizielle Evaluierung des sicher umstrittensten Teils der Hartz-Gesetzgebung: der Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe zum Arbeitslosengeld II – also Hartz IV.

### □ Neue Studien zur Wirkung von Hartz IV

Diese Lücke füllt nun eine neue Studie des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) der Bundesagentur für Arbeit (IAB 2007). Darin wird den Verteilungs- und Arbeitsangebotseffekten der Hartz-IV-Reform auf der Grundlage eines ökonometrischen Modells nachgegangen. Die Ergebnisse muten einigermaßen erstaunlich an: 1) Die Auswirkungen auf die Einkommensungleichheit in der Gesamtbevölkerung sind gering, insgesamt nimmt sie aber sogar ab. 2) Die untersten Einkommensgruppen sind ‚Gewinner‘ der Hartz-IV-Reform. 3) Die Armut – gemessen an einer Einkommensgrenze von 40% bzw. 60% des durchschnittlichen Einkommens – nimmt teilweise beträchtlich ab. 4) Das Arbeitsangebot nimmt insgesamt um ca. 12.000 Personen ab und 5) das verfügbare Einkommen der Haushalte in ihrer Gesamtheit steigt um ca. 1,25 Mrd. Euro, was den öffentlichen Haushalten insbesondere wegen gesteigener Transfers fehlt.

	Budgetwirkung ≈ Einkommensänderung privater Haushalte	Arbeitsvolumen	Arbeitsangebot
Differenz	-1,25 Mrd.	+0,2%	-11.881 Personen

Arbeitsangebots- und Budgetwirkungen der Hartz-IV-Reformen, Quelle: IAB (2007)

» Diese Ergebnisse muten deshalb erstaunlich an, weil sie einerseits gegen die mittlerweile gesicherte Erkenntnis gerichtet sind, dass die Einkommensungleichheit in Deutschland ebenso stark zugenommen hat wie die Armut. Andererseits liegt eine andere, von der Hans-Böckler-Stiftung geförderte Studie (Becker/Hauser 2006) vor, die zu deutlich anderen Ergebnissen kommt. Hiernach hat zwar auch die Einkommensarmut in der Gesamtbevölkerung durch die Hartz-IV-Gesetze direkt nur wenig zugenommen (weil der betroffene Bevölkerungsanteil für größere Auswirkungen insgesamt zu klein ist) und es gibt tatsächlich auch ‚Gewinner‘ (Alleinerziehende insbesondere in Westdeutschland), aber die Anzahl der ‚Verlierer‘ (insbesondere in Ostdeutschland) überwiegt klar und die Armut innerhalb der Gruppe der Betroffenen nimmt hiernach deutlich zu.

## □ Die Annahmen bestimmen das Ergebnis

Wie nun sind diese Differenzen zu erklären und was ist glaubwürdiger? Tragen die Hartz-IV-Reformen zur ‚neuen Armut‘ in Deutschland bei oder sind sie vielleicht sogar eine ‚Bremse‘ dieser Entwicklung? Sicher ist die gravierende Zunahme der Einkommensungleichheit und Armutsentwicklung in Deutschland nicht direkt ursächlich auf die Hartz-IV-Reformen zurückzuführen. Allerdings sollte nicht übersehen werden, dass die Reduktion der Lohnersatzleistungen auch die Lohndifferenzierung unter Druck gebracht hat. Wenn das IAB zu insgesamt einigermaßen positiven Verteilungsergebnissen kommt, dann liegt dies an den äußerst problematischen Simulationsergebnissen der Ar-

beitsangebotsentwicklung. Einerseits führt hierbei die Kürzung der Arbeitslosenhilfe in Form des Arbeitslosengeldes II zu einer Erhöhung des Arbeitsangebots und, damit, zu einer Einkommenskompensation bei den Betroffenen. Andererseits reduzieren vor allem Haushalte ihr Arbeitsangebot, in den Sozialhilfeempfänger leben – womit sich deren Einkommen kompensatorisch reduziert. In der Folge scheint die Einkommensungleichheit in der von der Hartz-IV-Reform betroffenen Bevölkerungsgruppe insgesamt zurückzugehen.



Problematisch an diesen Ergebnissen sind einerseits die Arbeitsangebotsreaktionen selbst (die simuliert, nicht aber tatsächlich gemessen werden), andererseits die Annahme, dass zusätzliche Arbeitsangebot fände auch einen Job! Erste Untersuchungen zur gegenwärtigen Konjunktorentwicklung verweisen darauf, dass der Anstieg der Beschäftigung wesentlich durch die Arbeitsnachfrage, nicht etwa das Arbeitsangebot getragen wird. ■

↳ Dr. Arne Heise, ist Professor für Volkswirtschaftslehre an der Universität Hamburg.

### Literatur

- Becker, I., Hauser, R.: Auswirkungen der Hartz IV-Reform auf die personelle Einkommensverteilung, Berlin 2006
- IAB; Arbeitsangebotseffekte und Verteilungswirkungen der Hartz-IV-Reform, IAB-Forschungsbericht Nr. 10, Nürnberg 2007

Foto: www.photocase.de;  
© Dornmy

## Was kommt nach der Schule?

Die demographische Entwicklung in Ostsachsen zwingt Unternehmen zum Umdenken.

von Marcus Weber



» Vor einem Monat sah die Welt noch anders aus. Bei der Zeugnisübergabe hatte im die Lehrerin die Hand geschüttelt, Marcel hatte den Realschulabschluss gerade so geschafft und wusste dennoch nicht, ob er lachen oder weinen sollte – der 18-Jährige hatte noch keinen Ausbildungsplatz. „Dabei hätte ich eine Chance verdient“, sagte er damals. „Eine Chance zu beweisen, dass ich in technischen Berufen auch anders sein kann als in der Schule. In Technik stehe ich immerhin auf 2. – Und immer vom Staat zu leben, Hartz IV oder irgendsowas, ist nicht meine Erfüllung.“

An diesem Tag der Zeugnisübergabe, es war Mitte Juli, hatte Marcel geschätzt, wie viele seiner Mitschüler der Bautzener Gottlieb-Daimler-Mittelschule noch keinen Ausbildungsplatz hatten – „etwa die Hälfte“. Die aktuelle Statistik der Bautzener Arbeitsagentur bestätigt, dass noch immer unzählige Jugendliche keine Lehrstelle haben: Von den 6400 bei der Arbeitsagentur gemeldeten Bewerbern haben momentan 1500 noch keinen Ausbildungsplatz. Seit Jahren ist die Lage am Ausbildungsmarkt in Ostsachsen katastrophal. Im vergangenen Jahr etwa stand durchschnittlich nur für 78 von 100 Bewerbern eine Lehrstelle zur Verfügung. Das ist die schlechteste Quote im ganzen Bundesgebiet. Und nur jeder vierte Ausbildungsplatz ist über das Duale Berufsausbildungssystem organisiert – drei Viertel der Plätze sind staatlich finanzierte, überbetriebliche Ausbildungen, etwa an Berufsbildungszentren.

Dennoch: Für viele Jugendliche scheint diese Situation normal zu sein. Aus dem Leben ihrer Eltern und Bekannten kennen sie nichts anderes: Arbeitslosigkeit gehört dazu. Seit Jahren liegt die Arbeitslosenquote in Ostsachsen zwischen 18 und 20 Prozent, erst in den letzten Monaten ist sie auf 16,4 Prozent gesunken. Auch die Arbeitslosigkeit der unter 25-Jährigen liegt mit 16,6 Prozent fast sieben Prozentpunkte über dem Bundesdurchschnitt. Und so wundert sich auch die 16-jährige Julia Siering nicht, dass es mehr als 50 Bewerbungen und 25 Vorstellungsgespräche bedurfte, bis sie eine Lehrstelle als Kauffrau für Dialogmarketing erhielt. „Manche haben 120 Bewerbungen



Foto: Madlen Benthin

Als Marcel Bührdel an diesem Nachmittag im August ans Telefon geht, überschlägt sich seine Stimme beinahe. Ja, es gehe ihm gut, sehr gut sogar. Gerade hat er einen Vorstellungstermin für einen Ausbildungsplatz vereinbart. Das Gespräch ist in drei Tagen. Und der Vermittler der Arbeitsagentur habe gesagt, die Chancen, die Stelle zu bekommen, stünden gut.

geschrieben und trotzdem keine Stelle“, erzählt Julia. „Und auf den Absagen steht: ‚Wir wünschen Ihnen Glück für Ihren weiteren Lebensweg.‘ – Dabei wünschen die einem gar nichts.“

» Mit guten Noten allein, bekomme man keine Stelle, erklärt sie. „Man muss sich sehr gut verkaufen können. Wenn man kein Selbstbewusstsein hat, kein Selbstvertrauen, war's das.“ Um das zu trainieren haben Marcel und Julia bereits in der 9. Klasse an einer „Berufswochen“ ihrer Schule teilgenommen. Fächerübergreifend wurden Bewerbungen geschrieben und Vorstellungsgespräche durchgespielt, das Telefonieren geübt, Stärken, Schwächen und Neigungen der Schüler herausgearbeitet. Lehrer lasen Zeitungsartikel vor, in denen stand, dass Firmen ihre Lehrstellen nicht besetzen konnten, weil sie keinen qualifizierten Bewerber finden konnten. Und schließlich absolvierten die Schüler ein zweiwöchiges Betriebspraktikum. – Für Günter Müller, den Direktor der Gottlieb-Daimler-Schule, ist das jedoch nicht genug.

Für das neue Schuljahr hat Müller ein neues Projekt initiiert: Beginnend mit der 8. Klassenstufe sollen die Schüler verschiedene Berufsfelder „theoretisch und praktisch zu sehen bekommen“. Alle 14 Tage werden sie einen Schultag in einem Berufsschulzentrum verbringen, wo sie zwischen Fachgebieten wie Holz- und Metallbearbeitung, Bau, Elektro oder Soziales wählen können. In der 9. Klasse sollen die Schüler ihren „berufspraktischen Tag“ dann direkt in Unternehmen absolvieren. – Aber dieser Teil des Konzepts steckt noch in der Planungsphase, und Müller weiß nicht, ob er es schaffen wird, ihn zu realisieren. „Ich kann nicht auch noch einzelne Firmen abklappern, das ist ja auch eine Kraftfrage“, sagt er. „Wir haben vor allem Bildung zu leisten, das ist unsere Nummer eins. Und Berufsorientierung ist ein wichtiger Zweig davon – aber nur ein Zweig.“

Das Geld für sein Projekt hat sich Müller selbst organisiert. Nichts wünscht er sich mehr, als Unterstützung von außen. Das Land Sachsen müsse endlich verbindliche Schulbildungsstandards für die Berufsvorbereitung der Schüler erarbeiten, sagt er. Und die Schulen müssen die entsprechenden (finanzielle) Unterstützung erhalten, um diese auch durchsetzen zu können. Da sei zum Beispiel die Sache mit dem „Berufswahlpass“, den das Bundesbildungsministerium seit einigen Jahren anbietet. Darin können die Schüler Praktika und andere Maßnahmen ihrer Berufsorientierung dokumentieren und so ihre Berufswahl besser organisieren und reflektieren. Und die Unternehmen, bei denen sich die Schüler dann bewerben, haben neben dem Schulzeugnis einen guten Überblick über die Praxiserfahrungen ihrer Bewerber. – Vorteile auf beiden Seiten also, und dennoch wurde der Pass in Sachsen nur mit einer „empfehlenden Wirkung“ eingeführt. Es hängt vom Engagement der einzelnen Direktoren ab, ob er tatsächlich genutzt wird, oder nicht.

» So können Müllers Schüler von Glück reden, dass ihr Direktor als gelernter Werkzeugmacher Wert auf eine praktische Schulausbildung legt. Doch diese Art der Berufsvorbereitung, wie sie an der Bautzener Gottlieb-Daimler-Mittelschule durchgeführt wird, ist alles andere als die Regel. – Glaubt man den Beteuerungen der Arbeitgeber, sind viele Jugendliche nur unzureichend auf ihre Berufsausbildung vorbereitet, haben schlechte Leistungsbilanzen und Motivationschwierigkeiten. Werner Mankel etwa, Geschäftsführer im Bereich Bildung der Industrie- und Handelskammer Dresden, zählt 20 Prozent der Schulabgänger zu diesem „Problemereich“. Für diese jungen Leute seien Programme wie das „Einstiegsqualifizierungsjahr“, bei dem Jugendliche ein sechs bis zwölfmonatiges Praktikum in einem Unternehmen absolvieren, unabdingbar, um sie an eine Ausbildung heranzuführen.



Dass es dennoch effektiv zu wenig Ausbildungsstellen gibt, räumt Mankel erst auf Nachfrage ein – und spricht dann plötzlich auch von einer Verantwortung der Wirtschaft für die junge Generation. „Diese Verantwortung wahrzunehmen heißt an erster Stelle deutlich zu machen: Wir brauchen euch. So wie ihr seid, seid ihr auch willkommen, und wir wollen uns anstrengen, euch auszubilden.“ Dieses Umwerben der Jugendlichen, sei lange Zeit zu kurz gekommen, sagt Mankel. „Wenn sich über Jahre bei den jungen Leuten festsetzt: ‚Wir werden nicht gebraucht. Wir sind eh alle viel zu dämlich, um einen Beruf zu lernen.‘ – Dann müssen wir uns heute nicht über die Motivationslosigkeit vieler Schulabgänger wundern.“

Das Umdenken bei den Arbeitgeberverbänden hat einen einfachen Grund: die demographische Entwicklung in Ostsachsen. Jahr für Jahr gibt es weniger Schulabgänger, und viele Jugendliche versuchen ihr Glück in anderen Bundesländern. – In den vergangenen Jahren konnten die Unternehmen zwischen vielen sehr guten Bewerbern wählen, jetzt müssen sie sich auch mit dem Mittelmaß beschäftigen. Das Schlagwort des „Fachkräftemangels“ macht inzwischen auch in der Region Ostsachsen die Runde.

bleiben dann die weniger guten, die, die Schwierigkeiten haben. „Und wenn sich ein Unternehmer um die kümmert, wenn er ihnen hilft, einen anständigen Schulabschluss zu erhalten und ihnen dann die Chance gibt, eine Lehre zu absolvieren, dann ist das die beste Mitarbeiterbindung, die man sich vorstellen kann.“

Doch es ist ein langer Weg, um die Unternehmen davon zu überzeugen, auch diesen Jugendlichen eine Chance zu geben; viele kleine Schritte, viele kleine Initiativen sind notwendig, um dieses Ziel zu erreichen. Ein Schritt in die richtige Richtung ist das Projekt „Initiative Grenzregion Ostsachsen“, das zu den „Jobstarter“-Programmen des Bundesministeriums für Bildung und Forschung gehört; organisiert wird es von der Gewerkschaft Ver.di und dem Bildungsförderwerk Arbeit und Leben in Sachsen. Projektkoordinator Ingo Tolle berichtet von einem mühsamen Klinkenputzen: „Die Region Ostsachsen ist von kleinen Unternehmen geprägt – die stecken oft bis zum Firmeninhaber im Tagesgeschäft. Echte Personalentwicklung ist da eher die Ausnahme.“ Tolle kennt sogar Fälle, in denen die Personalplanung nebenbei von der Sekretärin erledigt wird. „

Foto: www.photocase.de; © jomi



Viele Firmen stünden zur Zeit vor einem „existentiellen Lernprozess“, bestätigt Werner Mankel: Ein Unternehmer in der Region könne seinen Fachkräftenachwuchs in Zukunft nur dann sichern, „wenn er sich um die kümmert, die nicht zu den Durchstartern gehören“. Die Erfahrung zeige, erklärt Mankel, dass viele der motivierten und flexiblen Schulabgänger, deren Notendurchschnitte zwischen 1,5 und 2,5 liegen, die Region nach der Ausbildung verlassen. Zurück

Oft ist es gut, wenn jemand von außen kommt und den Unternehmen ihren Personalbedarf aufzeigt, ihnen klar macht, dass sie immer weniger Facharbeiter finden, die sie einfach übernehmen können – und sie deshalb selbst ausbilden müssen.“ Eines der Ziele der Initiative ist es, zusätzliche Ausbildungsplätze einzuwerben und an Jugendliche zu vermitteln – seit Projektbeginn im Mai letzten Jahres waren es 45 Extra-Lehrstellen.

Tolle bezeichnet sich und seine Kollegen oft als „Kümmerer“. Zum einen gehe es darum, die Unternehmen praktisch zu unterstützen – von der Bewerbersuche, über die Vorbereitung der Ausbildung bis zur Hilfe bei bürokratischen Aufgaben wie der Anmeldung des Lehrlings in der Berufsschule. Außerdem versucht die Initiative immer wieder, Jugendlichen sogenannte „Verbundausbildungen“ zu ermöglichen – das heißt, dass sich mehrere kleine, spezialisierte Firmen, bei denen allein jeweils keine Ausbildung möglich wäre, einen Lehrling „teilen“. Auf der anderen Seite brauchen auch viele Jugendliche Unterstützung – angefangen bei den Bewerbungsschreiben bis zur Begleitung während der Ausbildung; die Projektmitarbeiter übernehmen die Rolle des Moderators zwischen Chef und Lehrling.

Dieses externe Ausbildungsmanagement ist auch einer der Gründe dafür, dass die Abbruchquote von Ausbildungen in der Region Bautzen bei nur acht Prozent liegt – im Bundesdurchschnitt sind es 20 Prozent. Und dennoch, sagt Tolle, „wir können die Unternehmen zwar beraten und unterstützen – aber die Ausbildung muss ein Problem der Unternehmen bleiben. Sie können das ja auch am besten; und sie wissen, was sie für Leute brauchen.“



Foto: Christian Kiel

Marcel Bühdels Bewerbungsgespräch übrigens war erfolgreich. Eine Woche vor dem Beginn des Ausbildungsjahres hatte er endlich seine Lehrstelle in der Tasche: eine zweijährige Ausbildung zum Maschinen- und Anlagenführer; es ist ein überbetrieblicher Ausbildungsplatz im Bautzener Berufsbildungszentrum. ■

➔ Marcus Weber, ist Journalist und lebt in Berlin und Leipzig.

Verlag WESTFÄLISCHES DAMPFBOOT

*PROKLA 147 (Hrsg.)*  
**Internationalisierung des Staates**

2007 - 176 S.  
€ 12,00  
ISBN  
978-3-89691-346-3



**Theorie und Geschichte der bürgerlichen Gesellschaft**

*Benno Teschke*

**Mythos 1648**

Klassen, Geopolitik und die Entstehung des europäischen Staatensystems

2007 - 307 S. - € 39,90  
ISBN 978-3-89691-122-3



NEU

Band 22

*Heide Gerstenberger*  
**Die subjektlose Gewalt**

Theorie und Entstehung der bürgerlichen Staatsgewalt  
2. Auflage 2006 - 665 S. - € 40,00  
ISBN 978-3-89691-116-2



Band 1



Hafenweg 26a  
D - 48155 Münster  
Tel.: 0251 39 00 48 0  
Fax: 0251 39 00 48 50  
info@dampfboot-verlag.de  
[www.dampfbootverlag.de](http://www.dampfbootverlag.de)



Foto: Christian Kiel

## 07 bis 09: Abhaken, aber schnell – und dann?

Für eine linke Perspektive, in der  
die Koalition zu den politischen  
Zielen passt

von Cordula Drautz, Ralf Höschele  
und Katie Baldschun

Was können wir von den nächsten zwei Jahren bundespolitisch noch erwarten? Nicht viel, wenn nichts Unvorhergesehenes dazwischen kommt. So viel Nüchternheit muss sein. Die Bilder und Nachrichten aus der sanften Nach-Sommerpausen-Zeit haben gezeigt, mit welchen Aktivitäten demnächst von den Leitfiguren der großen Koalition zu rechnen ist: Eine Kanzlerin, die sich – auf bester Umfragewelle – die außenpolitischen Sympathieeffekte sichert. Steinmeier und Steinbrück, die „Führungsfiguren der Nach-Müntefering-Zeit“ (Franz Walter), die auf der Suche nach Wahlkreisen und programmatischem Profil sind und dabei versuchen, im Endspurt zum Grundsatzzprogramm-Parteitag noch schnell und oberflächlich die „Soziale Demokratie“ historisch zu begründen.

### □ Friede, Freude, Eierkuchen in Meseberg

Glaubt man den einträchtigen und harmonischen Bildern vom Meseberger Herrenhaus, ist das nächtelange – und größtenteils erfolglose – Ringen um Gesundheitspolitik, Unternehmenssteuer, Mindestlohn etc. bereits vergessen. Die Meseberger Beschlüsse haben jedoch klar gemacht: Große

Sprünge sind von dieser Zweck-Koalition ab jetzt kaum mehr zu erwarten. Der Vorrat an Gemeinsamkeiten ist aufgebraucht. Die Privatisierung staatlicher Infrastruktur, wie sie nun auch mit der Bahn vollzogen werden soll, die Verweigerung eines gesetzlichen Mindestlohns, kapitalentlastende Unternehmenssteuerreform, die Etablierung einer Zwei-Klassen-Medizin und vieles mehr sind die zweifelhafte Bilanz der Regierung. Die Fortsetzung der Großen Koalition ist die denkbar schlechteste Perspektive.

Einzigste Ausnahme mögen die Entscheidungen rund um den Klimaschutz sein. Die in Meseberg diskutierten Ideen werden, soviel ist schon absehbar, zu den spannendsten der Ära Merkel/Müntefering gehören. Und die ökologische Industrierevolution ist ein auch von der SPD zu bergender Wahlkampfschatz.

Wer jetzt versucht, die große Koalition noch als ein auf den zentralen Handlungsfeldern einiges und aktionsfreudiges Bündnis zu zeichnen, muss dazu die klaren Ansagen aus dem Frühsommer großzügig überpinseln. Hinter der friedlichen Fassade lassen beide Regierungspartner vernehmen, dass eine Fortsetzung des Projekts

über 2009 hinaus für keinen ernsthaft infrage kommt. Die Union plant offen schon den Wahlkampf mit der FDP, und die SPD – ja, was plant die? Eines wird immerhin klarer: In dem Bemühen, sich gleichzeitig von CDU/CSU und Linkspartei abzugrenzen, hat sich die Partei in ein echtes Dilemma manövriert. Was bleibt da an Fortschrittsperspektive?

## □ Lagerwahlkampf ade?

Natürlich ist das Dilemma auch zum Teil selbstverschuldet. Das Wahlergebnis anno 2005 war mehr als ein Fingerzeig zu der Erkenntnis, dass den alten Lagern CDU/CSU und FDP versus SPD und Grüne künftig wohl die Mehrheiten fehlen, weil sich ein Fünf-Parteien-System faktisch abzeichnet. Die tagelangen Gedankenspiele aus dem Oktober 2005 über Ampeln, Schwampeln, Zweckhochzeiten und rot-rot-grünen Bürgerschreckgespensten sind politische Realität, denn der Stand heute ist: (Fast) alles scheint möglich.

Vorbei die Zeit, in der es eine eindeutig bestimmbare handlungsfähige (parlamentarische) Linke gab. Rot-grün, als linkes Reformprojekt gestartet, hat derzeit weder eine Perspektive auf die Mehrheit noch auf ein eindeutig linke Identität, geschweige denn eine konsistent linke Vergangenheit in Regierungsverantwortung.

Die Grünen erwartet der Ruck ins Bürgerliche auch auf Funktionärebene: Die zweite Generation Grün ist kaum Realo, schon gar nicht Fundi alter Schule, sondern sozial- und wirtschaftspolitisch liberal und wird von einer Wählerschaft der beserverdienenden Akademiker getragen. Während aus linker Sicht Übereinstimmungen zu grünen Vorstellungen auf den Feldern Ökologie sowie Innen- und Außenpolitik schnell gefunden sind, meldet dieselbe Suche in punkto Sozialstaat kaum noch Treffer. Das bedingungslose Grundeinkommen als unterste soziale Sicherungsebene ernsthaft zu diskutieren, ist strategisch der Weg in den Sozialstaat light und programmatisch für eine sozialdemokratische Partei mit Erwerbsarbeitsorientierung nicht tragbar.

» Da scheint es nahe liegend, dass der Parteivorsitzende bundespolitisch an alte rheinland-pfälzische Erfolgserlebnisse anschließen möchte und die Nähe zur Brüderle-FDP sucht. Nur: Wie soll eine Koalitionsregierung mit der im Kern wirtschaftsliberalen FDP angesichts der großen inhaltlichen Differenzen in den allermeisten für die Sozialdemokratie zentralen Politikfeldern erfolgreich sein? Gemeinsames lässt sich in punkto Rechtsstaat/Bürgerrechte und Außenpolitik zwar durchaus finden. Doch tiefe Gräben öffnen sich auf den zentralen sozialdemokratischen Feldern zur Westerwelle-Partei, die für weniger Steuern, weniger öffentliche Güter, weniger Sozialstaat steht.

## □ Die SPD – in der Mitte eingeklemmt?

Und die SPD? Die SPD ist wieder einmal in der Mitte angekommen. Wie schon in den turbulenten zwanziger Jahren in der Weimarer Republik, wie in den achtziger Jahren seit der Gründung der Grünen sieht die SPD mit gemischten Gefühlen der Entstehung einer Partei links von ihr zu. Zwischen aggressiver Verleugnung und beleidigter Kenntnisnahme hat sie die entscheidenden strategischen Fragen jedoch immer noch nicht umrissen.

Denn: Angesichts dieser neuen Unübersichtlichkeit im deutschen Parteiensystem sind alte Koalitionsorientierungen verloren gegangen. Wer neue Orientierung finden und selbst anbieten will, muss die Perspektive öffnen. Das Ziel dabei ist klar: Die SPD muss stärkste politische Kraft werden – ob mit Ampellicht, rotem Stern oder in einem unerfreulichen verlängerten Scheidungsverfahren mit der CDU/CSU wird sich dann 2009 zeigen.

Fakt ist, dass eine fortschrittliche, linke parlamentarische Koalition auch in einem Fünf-Parteien-System nur unter Führung der SPD realisierbar ist. Die Situation könnte also komfortabel sein. Während Konservative plumpe Annäherungsversuche ins grün-bürgerliche Lager starten müssen, könnte die SPD darum kämpfen, eine solide Führungsrolle in einer Koalition zu übernehmen, die der



Wählerwille zumindest rechnerisch ermöglicht. Doch die SPD ist derzeit nicht willens und in der Lage, eine derartige parlamentarische Mehrheit zu organisieren. Statt einen offenen Dialog mit allen linken Kräften in den Parteien, Parlamenten und in der Gesellschaft darüber zu anzubieten, wie sich die Vorstellungen einer sozial gerechten Politik am besten umsetzen lassen, hat sich die Parteilührung vorschnell aus ideologischen Gründen gegen die „Linke“ als möglichen Koalitionspartner ausgesprochen. In einer Fünf-Parteien-Konstellation wird dies zur Strategie, die keine ist, weil sie geradewegs in die Abhängigkeit von Union oder FDP führt, mit den skizzierten Folgen.

#### □ Gibt es ein Fundament für ein neues Crossover?

Ernsthaft können sich Koalitionsoptionen nur aus inhaltlichen Gemeinsamkeiten ergeben. Bei Steuern, Finanzen, Wirtschaft, beim Mindestlohn, der Bürgerversicherung oder bei der Ablehnung von Sozialabbau stehen sich sowohl die Parteien als auch die Wählerinnen und Wähler des linken Lagers bei allen Differenzen im Detail programmatisch durchaus nahe. Deshalb plädieren wir dafür, dass die Linke in der SPD mit den fortschrittlichen Teilen der Grünen, der Gewerkschaften sowie der Linkspartei in einen Dialog eintritt, wie sich linke Mehrheiten für fortschrittliche Reformen am besten nutzen lassen.

Gleichwohl wird man eine Koalition mit der Linken auf Bundesebene zum jetzigen Zeitpunkt nicht ernsthaft in Betracht ziehen können. So wenig die SPD-Führung derzeit zu so einer Koalition bereit ist und dabei die Realitäten in Länderparlamenten und kommunalen Räten übersieht, so wenig ist die neue Partei „Die Linke“ bisher koalitionsfähig. Die Fusion zwischen PDS und WASG ist zwar organisatorisch weitgehend abgeschlossen, doch weder die inhaltliche noch die strategische Ausrichtung der neuen Partei ist bisher geklärt.

» Gemeinsamkeiten wie Trennendes zwischen Linke und SPD können bislang nur oberflächlich beschrieben werden. Vor allem die inhaltlichen Unterschiede werden in letzter Zeit von der SPD gerne hervorgehoben, oft so deutlich, dass man den Eindruck bekommen kann, sie seien größer als diejenigen zwischen der Sozialdemokratie und der Union. Fakt ist, dass die inhaltliche Positionierung der Linken in vielen Punkten noch ungeklärt ist. Noch hat die Partei kein Parteiprogramm, viele Debatten sind nicht abgeschlossen: Der außenpolitische Kurs ist offen; auch die Europapolitik, die Familienpolitik oder die Haltung zum Konzept eines bedingungslosen Grundeinkommens sind stark umstritten.

#### □ Klärungsprozesse hier wie dort

Die strategische Orientierung der Partei „Die Linke“ ist unklar. Der Gründungsparteitag der Linken in Hessen hat dies wieder einmal eindrücklich demonstriert. Wird sie sich auch am politisch Durchsetzbaren orientieren können oder will sie – als teils populistische, radikale Oppositionspartei – nur Sehnsüchte wecken, die sie nicht einlösen kann und will. Deutlich ist auch, welche Kräfte in dieser Partei wirken: Protestbewegte und Populisten mit zweifelhaften Konzepten, alte SED-Funktionäre mit schwachem Geschichtsbewusstsein, Führungspersonal mit dem Hang, nötigenfalls auch im Trüb-Rechten zu fischen. All dies hat keinen Platz in einer echten linken Perspektive. Die Linke hat jedoch auch ein anderes Gesicht, nämlich dasjenige, auf dem sich ein der Sozialdemokratie ähnliches Verständnis von Staat und seinen Aufgaben, von Arbeit und ihrem menschenwürdigen Antlitz, von Teilhabe am erwirtschafteten Wohlstand abzeichnen könnte. Welcher Teil der janusköpfigen Partei sich innerparteilich durchsetzen wird, ist zur Stunde völlig offen.

Und nicht zuletzt ist auch offen, wie deutlich die SPD auch programmatisch ihrerseits den Schritt zur Mitte macht. Die eingangs erwähnte Nach-Müntefering-Riege lässt in ihrem neuen Buch zur Zukunft der Sozialdemokratie wenig Fragen offen und veranlasste jüngst Franz Walter im von Steinbrück/Steinmeier/Platzek komponierten Programm-Dreiklang aus marktwirtschaftlicher Dynamik, gesellschaftlichem Zusammenhalt und demokratischer Stabilität den Kern des Sozialkatholizismus' des 20. Jahrhunderts zu finden. In der Tat, die SPD scheint in der Mitte angekommen. Und wird dabei doch – Stichwort Programmdebatte – misstrauisch beäugt von der Basis und zwar auch von den Genossinnen und Genossen in den Ortsvereinen, die sich nicht für das Fundament der Parteilinken halten, wohl aber für eine linke Volkspartei.

Die Diskussionen um die Optionen für 2009 sind längst eröffnet. Aber „Farbenspiele“ allein reichen nicht. Und eine fortschrittliche Politik anzugehen und umzusetzen, reicht es nicht, alle Hoffnungen auf die möglichen Koalitionspartner der SPD zu projizieren – linke Projekte brauchen Mehrheiten auch innerhalb der SPD. Der gemeinsame Nenner: Eine fortschrittliche und moderne Politik, die sich zuvorderst dem Interesse der arbeitenden und arbeitssuchenden Menschen verschreibt. Form follows function. Dann erübrigt sich vielleicht auch die eine oder andere Koalitionsüberlegung. ■

☞ Cordula Drautz, stellvertretende Juso-Bundesvorsitzende, lebt in Berlin.

☞ Rald Hösele, Mitglied im Juso-Bundesvorstand, lebt in Berlin.

☞ Katie Baldschun, stellvertretende Landesvorsitzende der NRW Jusos, lebt in Dortmund.

## Neuaufgabe der Spiele-Praxismappe erschienen!

Die bewährte und sehr beliebte Praxismappe wurde komplett neu überarbeitet und mit neuem Design versehen. Fast 200 Spiele – mit vielen Variationsmöglichkeiten - sind auf 290 Seiten in übersichtlicher Struktur dargestellt und um einen aktualisierten Theorie teil ergänzt.

Viele neue Spiele!  
 Kennlernspiele  
 Rollenspiele  
 Integrative Spiele  
 Bewegungsspiele  
 Gruppenanbahnungsspiele  
 Spiele zur Gruppenarbeit  
 Interkulturelle Spiele



### Hiermit bestelle(n) ich/wir

\_\_\_\_\_ Praxismappe(n) zum Preis von 13,- € plus Versandkosten.

Name, Vorname: \_\_\_\_\_

Straße: \_\_\_\_\_

PLZ / Wohnort: \_\_\_\_\_

Tel.: \_\_\_\_\_

### Infos & Bestellung:

Bundesjugendwerk der AWO  
 e-mail: [info@bundesjugendwerk.de](mailto:info@bundesjugendwerk.de)  
 Tel.: 0700/jugendwerk oder  
 0700/584363937



## Peters & Huber: Vier Jahre Zweckgemeinschaft – gar nicht mal so schlecht!

von Stephan Klecha

### □ Prolog im Ungewissen

Als vor vier Jahren die Nachfolge von Klaus Zwickel geregelt werden sollte, kam es zu einer in der Geschichte der Gewerkschaften beispiellosen Auseinandersetzung. Jürgen Peters und Berthold Huber als potentielle Nachfolger standen für unterschiedliche Strategien, Biographien und Netzwerke. Zwickel gelang es nicht Huber als seinen Nachfolger zu inthronisieren, weil Peters erfolgreich darauf beharrte, notfalls in einer Kampfkandidatur auf dem Gewerkschaftstag anzutreten. Heraus kam ein vorläufiger Personalkompromiss zwischen Peters und Huber, der nach einer verheerenden

Streikniederlage in Ostdeutschland fraglich wurde, da Peters die Niederlage angelastet wurde. Doch im Interesse, die IG Metall vor einer zerfleischenden Richtungsauseinandersetzung zu bewahren, rauf-ten sich Peters und Huber zusammen und wurden Erster beziehungsweise Zweiter Vorsitzender. Das Duo brachte einige Vorteile mit sich. Peters mit seiner in der Sache klaren, direkten Ansprache sprach jene an, die eine klare unabhängige Arbeitnehmervertretung fordern, während Huber, zeitweiliger Student der Philosophie, den nachdenklichen Vordenker gab, der jene unschlüssigen Angestelltenmilieus erreichen sollte, die bisher der Gewerkschaft fern blieben.

Foto: Christian Kiel



### □ Warten auf die Scheidung

Beim Gewerkschaftstag im November steht nun die Scheidung dieses Paares bevor. Im Vorfeld ventilierten die Anhänger Peters eine mögliche neuerliche Kandidatur des Ersten Vorsitzenden. Peters selbst gab sich zurückhaltend, aber alle, die ihn näher kennen, gaben deutlich zu erkennen, dass er nicht versuchen werde, hintenherum eine getroffene Entscheidung, nämlich seinen Rückzug, zu revidieren.

Peters' Anhänger begehrten etwas Anderes, nämlich stärkeren Einfluss unter einem Ersten Vorsitzenden Berthold Huber. Dafür brachten sie den hannoverschen Bezirksleiter Hartmut Meine als neuen Zweiten Vorsitzenden ins Spiel. Für viele aus dem Netzwerk Peters' ist es die letzte Chance innerhalb der IG Metall etwas zu werden. Biografisch nur wenige Jahre vor der Rente stehend, erhoffen sie sich einen kleinen Karrieresprung. Vor vier Jahren verhinderte das fein austarierte Tableau

zwischen Huber und Peters, dass eine von beiden Seiten personell oder organisatorisch „durchzieht“. Die Anhänger Berthold Hubers konnten sich hiermit leidlich gut arrangieren, immerhin sind sie im Schnitt ein paar Jahre jünger als Peters' Leute, sie haben Zeit, sie wussten, dass spätestens 2007 ihre Chance kommen würde.

## □ Passable Bilanz

Durch die IG Metall mag unverändert ein tiefer Riss gehen, doch anders als 2003 läuft es dabei dieses Mal auf keine vollkommene Konfrontation hinaus, viel rationaler und besonnener liefen die Debatten ab. Ein entscheidender Grund dafür ist die Bilanz der letzten vier Jahre. Hier gelangen einige bemerkenswerte Veränderungen:

» Erstmals steht mit Jutta Blankau eine Frau an der Spitze eines Bezirks. In vier weiteren Bezirken sind neue Bezirksleiter installiert worden, die jeweils unkonventionelle Wege suchen, die IG Metall zu stärken und dabei durchaus Erfolge verzeichnen konnten. Die IG Metall konnte in allen Tarifrunden in bemerkenswerter Weise ihre Basis mobilisieren. Selbst dort, wo sie mitunter Schwächen in der Organisation hatte, zeigte sie sich kampfbereit. In qualitativer Hinsicht brachte man einige tarifpolitische Innovationen auf den Weg, deren Wirkungen allerdings gegenwärtig noch nicht so recht abschätzbar sind. Die Tarifrunde 2007 hat zuletzt einen ordentlichen Lohnabschluss ermöglicht.

Trotzdem hatte die IG Metall fortlaufend mit Mitgliederverlust zu kämpfen, doch der Rückgang verlangsamte sich merklich. Während der gesamte DGB zwischen 2003 und 2006 rund 11,4% seiner Mitglieder verlor, fiel der Mitgliederschwund bei der IG Metall im gleichen Zeitraum mit rund 7 Prozent deutlich geringer aus. Noch verliert die Organisation Mitglieder, längst aber nicht so viele wie andere Gewerkschaften. Außerdem zeigen Bemühungen wie in Nordrhein-Westfalen, dass eine Strategie beteiligungsorientierter Protestfor-

men ankommt und der IG Metall neue und oben-dreih sehr aktive Mitglieder beschert. Detlef Wetzel soll als neuer Zweiter Vorsitzender künftig dieses Modell bundesweit repräsentieren.

Finanziell steht die IG Metall auf stabilen Füßen. Keine hasadeurhaften Spekulationen oder besonderen Risiken belasteten den Etat. Lediglich die Restabwicklung der Rheinboden-Bank als Altlast aus den Zeiten der Gemeinwirtschaft drückte kurzfristig auf die Ertragskraft der IG Metall. Anders als ver.di wird die IG Metall deswegen nicht gezwungen sein, betriebsbedingte Kündigungen auszusprechen. Der Personalbestand wird zwar den geschrumpften Mitgliederzahlen angepasst, aber dabei kommt es zu einem sanften Absenken der Mitarbeiterzahl, während zugleich sichergestellt wird, dass ausreichend qualifizierte Nachwuchssekretäre nachrücken können. Dafür ist das unter Zwickel begonnene Traineeprogramm mittlerweile zwar nicht unumstritten, jedoch ziemlich alternativlos. Innerhalb der IG Metall vollzieht sich dabei eine mehr und mehr systematische Personalrekrutierung und Personalentwicklung.

» Die Stabilität der Organisation drückte sich auch in den Ergebnissen der Betriebsratswahlen 2006 aus, die für den Bereich der Metall- und Elektroindustrie als positiv beurteilt werden können. Insbesondere bei Volkswagen war die Erleichterung in der Gewerkschaftsspitze groß, als trotz der Affären um frivole Vergünstigungen für Betriebsräte des Konzerns das Ergebnis gehalten werden konnte. In allen wichtigen Bereichen legte die IG Metall ansonsten sogar zu und drängte dabei die AUB zurück. Bei dieser arbeitgeberfreundlichen Konkurrenz wurde zudem publik, dass diese maßgeblich von Siemens finanziert wurde. Nachdem dieses aufgefliegen war, dürfte die IG Metall auf der betrieblichen Ebene künftig nur wenig Konkurrenz zu fürchten haben.

Doch wo Licht ist, da ist auch Schatten. So lastet die VW-Affäre immer noch schwer auf der IG Metall. Das deutsche System der Mitbestimmung scheint delegitimiert zu sein. Eine denkbar

schwierige Ausgangsbedingung, wenn die Mitbestimmung europafest werden soll, zumal die Arbeitgeberseite in der Mitbestimmungskommission der Bundesregierung auf Konflikt statt auf Konsens schaltete. Nachdem in der Tarifrunde 2006 auf Druck der Arbeitgeber eine betriebsabhängige Komponente in den Tarifabschluss aufgenommen wurde, wird die IG Metall künftig hierzu Strategien entwickeln müssen. Schließlich setzte die IG Metall in der Sozialpolitik nicht das durch, was sie forderte. Die Mehrheiten in Bundestag und Bundesrat setzten sich über die Positionen der Gewerkschaften eher hinweg, was auch mit dem gestörten Verhältnis zur SPD zusammenhängt.

### □ Das schwierige Verhältnis mit den Genossen

Bereits auf dem Gewerkschaftstag 2003 boten die Delegierten dem SPD-Bundeskanzler Gerhard Schröder einen überaus frostigen, ja sibirisch-eisigen Empfang. Es war ein deutliches Zeichen, dafür, dass im Verhältnis von SPD zu Gewerkschaften etwas im Argen liegt. So gibt es bis weit in die Spitze der IG Metall hinein große Sympathien für ein enges Bündnis mit der Linkspartei. Einige Gewerkschaftsfunktionäre wie der Schweinfurter Bevollmächtigte Klaus Ernst oder sein Kollege aus Kempten, Thomas Händel, haben diesen Schritt gewählt. Sie repräsentieren den Westflügel einer größer gewordenen PDS und setzen auf Opposition als Mittel politischer Gestaltung. Während ein Teil der Gewerkschafter noch die Hoffnung vertritt, über diesen Weg vielleicht die SPD wieder näher an die Gewerkschaften zu binden, haben viele andere diesen Gedanken schon längst aufgegeben und sehen in der Partei „Die Linke“, die einzige legitime Vertretung gewerkschaftlicher Interessen im Parlament. Während gerade die älteren darüber sinnieren, ob mit, ohne oder gegen die SPD, finden gerade jüngere Funktionäre sämtliche Varianten geradezu albern und plädieren für einen Kurs der Unabhängigkeit von allen Parteien. Doch gerade auf dem Gebiet der Sozialpolitik brauchen die Gewerkschaften die Parteien immens. Nur das Regierungssystem stützt die Fortexistenz der Tarifpoli-

tik ebenso wie die Mitbestimmungsstrukturen. Die soliden Ergebnisse der Jahre von Peters und Huber an der Spitze sind nachhaltig bedroht, wenn es nicht gelingt das System industrieller Beziehungen nachhaltig zu stabilisieren als auch einen Modus Vivendi mit den politischen Mehrheitsverhältnissen im Bund und in Europa zu organisieren.

### □ Solide Gesamtbilanz

Die Bilanz der Jahre Peters/Huber fällt ganz solide aus. Es deutet sich an, als sei die IG Metall auf dem Weg, eine Trendwende zu schaffen. Die Mitgliederzahlen könnten sich absehbar konsolidieren. Im Gegensatz zu ver.di oder Transnet hat die IG Metall schließlich keine Konkurrenz von berufsständischen Organisationen privilegierter Beschäftigtengruppen zu fürchten. Im Unterschied zur IG BAU oder zu ver.di sind die Finanzen wohl geordnet.

So günstig waren für die IG Metall die Rahmenbedingungen noch nie. Die laufende Konjunktur, der schon vereinzelt sichtbare Fachkräftemangel, der weitgehend abgeschlossene Strukturwandel in den altindustriellen Kernen und auch der demographische Wandel sprechen dafür, dass die Verhandlungsposition der Arbeitnehmerschaft sich verbessern wird. Die eigene Stärke darf die IG Metall aber nicht veranlassen, diese nun zu überschätzen.

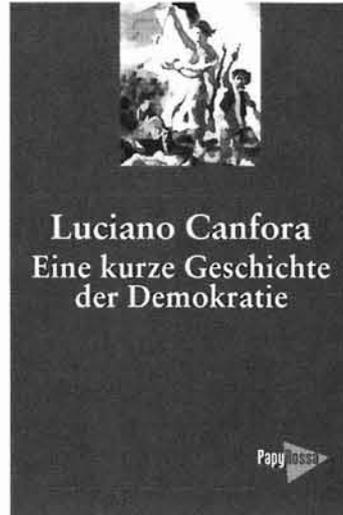
Die IG Metall wird versuchen, neue Mitglieder als Aktivposten einzubinden. Dieses war letztmalig mit den Bildungsoblateuten in den 1960er Jahren oder in der Lehrlingsbewegung versucht worden. Die damaligen Ansätze standen jedoch unter heftiger Kritik. Insbesondere das gewerkschaftliche Geschlossenheits- und Solidaritätsideal war hiervon tangiert. Mit dem Wegfall des Ost-West-Gegensatzes 1989 haben sich die damaligen ideologischen Gräben bereits vermindert. Der personelle Umbruch an der IG Metall-Spitze wird nun ein Übriges dazu beitragen, dass einige alte Ansätze in zeitgemäßer Form neu ausprobiert werden können. Dazu ist auch zwingend eine neue Mitgliederoffensive im Jugendbereich vonnöten. Um die Jahrtausendwende ist in der IG Metall-Jugend

einiges erfolgreich ausprobiert worden, doch die strategische Fokussierung auf diesen Bereich ist in den Jahren Peters/Huber zu kurz gekommen.

Möglicherweise kann das gesamte personelle Revirement in der Führungsspitze der IG Metall auch Kräfte freisetzen, die beitragen, in intellektueller Hinsicht wieder an die Zeiten Steinkühlers anzuknüpfen. Hans-Jürgen Urban, Jan Engelhardt, Oliver Burkhard, Olivier Höbel oder Jörg Hofmann können dabei sehr unterschiedliche Erfahrungen und Ansätze in sehr unterschiedlichen Funktionen einbringen. Gelingt es dem neuen IG Metall-Vorstand die verschiedenen strategischen wie inhaltlichen Überlegungen in produktiven Streit zu diskutieren, so könnte hieraus ein sehr nachhaltiger Impuls für die Erneuerung der deutschen Gewerkschaftsbewegung ausgehen. Die IG Metall muss die nötige Debatte hierzu offen führen und darf weder Strömungen ausgrenzen noch auf die Erfahrungen derer verzichten, die jetzt aus der unmittelbaren aktiven Gewerkschaftsarbeit ausscheiden.

Zu klären ist, in welchen Feldern die Gewerkschaften welches Gestaltungspotential haben und wie sie dieses bestmöglich nutzen können. Dazu gehört auch das Verhältnis zu den Parteien. Dieser gesamte Fragekomplex ist in den vier Jahre Zweck-ehe Peters/Huber nicht offen diskutiert worden. Sie konnten es nicht, weil anderenfalls alte Wunden aufgerissen worden wären. Jürgen Peters und Berthold Huber haben aber an einer ganzen Menge anderer Punkte gezeigt, was möglich ist, wenn fragmentarische Interessen innerhalb einer Gewerkschaft zugunsten des großen Ganzen zurückgestellt werden. Der IG Metall sind die vier Jahre jedenfalls nicht schlecht bekommen. Die Zukunft der Gewerkschaften ist deutlich verheißungsvoller als es der mediale Abgesang aus den Zeiten des Streits 2003 erwarten ließ. ■

↳ Stephan Klecha, ist Doktorand der AG Parteien- und politische Kulturforschung der Universität Göttingen und Mitglied im Bundesvorstand des Forum DL 21.e.V., er lebt in Göttingen.



### Luciano Canfora: Eine kurze Geschichte der Demokratie

Von Athen bis zur Europäischen Union  
Hardcover, 404 Seiten, EUR 24,90

In seinem epochalen Überblick entwickelt Luciano Canfora einen Begriff von Demokratie, in dem d'rin ist, was d'rauf steht: Demokratie nicht als Fassade oligarchischer Macht, sondern als Gleichheit und Volksherrschaft. Kein Wunder, daß ihn jene nicht lieben, die sich heute in der demokratischsten aller Welten wännen! Das Buch entspreche nicht den Normen »westlicher Geschichtswissenschaft« - was immer das sein mag. Es mache die Großindustrie verantwortlich für Hitler, beschönige den Stalinismus und verunglimpfe die BRD unter Adenauer als revanchistisch und von alten Nazis durchsetzt. Kurzum: Einem deutschen Publikum nicht zuzumuten. So begründete ein großes Münchner Haus seine Weigerung, dieses Buch zu veröffentlichen. Nun liegt es trotzdem auch auf deutsch vor, und wer seinem eigenen Kopf vertrauen will, mag selbst beurteilen, was es mit derlei Nettigkeiten auf sich hat.

**PapyRossa Verlag** Luxemburger Str. 202  
50937 Köln – Tel. (02 21) 44 85 45, Fax 44 43 05  
mail@papyrossa.de – www.papyrossa.de

## Modernisierer auf Fortschrittskurs?

Eine Replik auf M. Platzeck, P. Steinbrück, F. W. Steinmeier

■ ■ Ernst-Dieter Rossmann und Alexander Bercht



Foto: www.fotolia.de; © Frank-Peter Funke

» Pünktlich zur Schlussphase der Grundsatzprogrammdebatte schalten sich mit Matthias Platzeck, Peer Steinbrück und Frank-Walter Steinmeier drei führende und ambitionierte Sozialdemokraten in die laufende Diskussion ein. Nachdem Kurt Beck als Parteivorsitzender mit dem ersten Band der „Programm-Trilogie“ einen ersten wegweisenden Aufschlag gemacht und die SPD-Linke in einem zweiten Buch ihre „Programmbausteine“ formuliert hat, versammeln nun die drei Herausgeber von „Auf der Höhe der Zeit“ eine Reihe von sehr unterschiedlichen Autoren, die nach eigenen Angaben vor allen Dingen die Tatsache verbindet, dass sie keine „Sozialstaatskonservativen“ seien.

Als zentrale Thesen zur Modernisierung der Sozialdemokratie führen die drei Herausgeber an:

- Die SPD dürfe nicht alleine als Partei der sozialen Gerechtigkeit wahrgenommen werden, sondern sollte sich zugleich auch als Wirtschaftspartei profilieren.
- Die Sozialdemokratie betone zu sehr die Notwendigkeit der Umverteilung gesellschaftlichen Wohlstands und vernachlässige die Frage nach der Wertschöpfung.
- Der gegenwärtige Sozialstaat sei „überkommen“, da er allzu oft nur reparierend eingreife und am Rande der Finanzierbarkeit angelangt sei. Abhilfe dagegen schaffe der effizientere und gerechtere vorsorgende Sozialstaat, der die Prävention in den Mittelpunkt stelle.

» Auch mit Blick auf den anstehenden Parteitag und die Verabschiedung des neuen Grundsatzprogramms muss man sich die Frage stellen, ob die Herausgeber damit einen Weg für die Sozialdemokratie beschreiben, der eine erneuerte und tragfähige Fortschrittsperspektive aufzeigt.

### □ Blick nach vorne richten statt in den Rückspiegel!

Eine Einschätzung vorweg: Die Thesen werden in der Form nicht den von vielen in der SPD erhofften Aufbruch nach vorne liefern. Dafür werfen sie, nach den harten Diskussionen um die Ausrichtung der Sozialdemokratie im Rahmen der Agenda 2010 und der weiterhin bestehenden Verunsicherung in Teilen der Partei, den Blick zu stark in die Vergangenheit, als dass dieses zur Entwicklung einer zukunftsfähigen und ausstrahlungsfähigen Programmatik dienlich sein könnte. Zu sehr bedienen sie das vom politischen Gegner und in der veröffentlichten Meinung gepflegte Bild einer SPD, deren Mitglieder sich gegenseitig die Gretchenfrage stellen: Wie stehst Du zur Agenda 2010? Dabei hat die Partei diese Debatte längst hinter sich gelassen. Zielführender wäre eine vorwärtsgewandte Bestandsaufnahme der beschlossenen Maßnahmen im Sinne erreichter und nicht erreichter Zielsetzungen des Reformprozesses. Ernsthaftige Analyse statt Legendenbildung und Rechtfertigungen sind gefragt. Nach vorne gerichtete Kursbestimmungen statt vergangenheitsfixierter Abschwörungsrituale und Durchhalteparolen müssen die sozialdemokratische Debatte bestimmen. Auch hierfür steht Kurt Beck mit seiner Aufforderung: „Wir richten den Blick nach vorn.“

Der Versuch mit der Ausrichtung des Buches nicht nur den Kampf um die zukünftige Sozialdemokratie, sondern vor allem auch um die historische Bewertung der eigenen Vergangenheit aufzunehmen, ist allzu durchsichtig. Ähnlich wie der Erfinder des „Dritten Weges“ Anthony Giddens werden sich auch Platzek, Steinbrück und Steinmeier die Kritik gefallen lassen müssen, vergangenem Regierungshandeln nachträglich den ideologischen Überbau überzustülpen; oder wie es der Politologe Bernhard Weißels beschrieben hat, den „Versuch einer nachholenden Programmierung“ zu unternehmen. Die tatsächliche Ambivalenz der erzielten Resultate der Agenda 2010 wird dabei bewusst ignoriert. Exemplarisch dafür steht der Satz von Frank-Walter Steinmeier: „Da sind keine politischen Entscheidungen, die kompensiert werden müssten.“ Erstaunlich ist dieses Bekenntnis umso mehr, weil die britische Labour Party, die seit dem Schröder-Blair-Papier als Referenzmodell der sogenannten Modernisierer dient, mittlerweile immer stärker darüber diskutiert, den Weg der Mitte zukünftig eher auf der linken Spur fortzusetzen. Nicht zuletzt auch deshalb, weil selbst Labour-Vordenker wie Giddens zu einer kritischen Auseinandersetzung mit dem bisherigen Weg raten und den „Dritten Weg der Sozialdemokratie“ um „neue egalitäre Forderungen verbreitern“ wollen. Wenn sich die Herausgeber auf diesen Weg beziehen, müssen sie sich angesichts ihrer vorgelegten Thesen fragen lassen, ob sie in der europäischen Familie der sozialdemokratischen Modernisierer tatsächlich auf der Höhe der Zeit sind.

### □ Noch mehr falsche Fragen oder endlich mehr richtige Antworten?

Der Versuch, über den Aufbau vermeintlicher Widersprüche und künstlich aufgebauter Gegensätze die Diskussion in der SPD beeinflussen zu wollen, ist trotz der medial ausgelösten Kontroverse einer zielführenden Debatte eher abträglich. Sie setzt zu sehr auf symbolische Abgrenzung statt die wirklich relevanten Fragen zu stellen. Wirtschaftliche Dynamik oder Verteilung des Wohlstands?

Chancengleichheit oder Verteilungsgerechtigkeit? Vorsorgender Sozialstaat oder Transferleistungsstaat? Das sind nicht die Kategorien, in denen die Sozialdemokratie die Programmdiskussion führt, und auch nicht führen kann. Wer sagen will, was ist, muss zu allererst die richtigen Fragen stellen und auch konkrete Antworten geben. Die SPD ist weiter als bei Steinbrück u.a. erkennbar wird. Dies zeigen konkret und exemplarisch die Konzepte zu einer stärkeren Beteiligung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer am wachsenden Wohlstand (Mindestlohn, Arbeitnehmerkapitalbeteiligung), zur Stärkung des Solidar- und Vorsorgegedankens in den Sozialsystemen (Bürger-, Erwerbstätigen- und Beschäftigungsversicherung) sowie zur Förderung von Chancengleichheit (Bafög, Rechtsanspruch auf Kinderbetreuung, etc.). Getreu nach Kurt Beck: Neue Chancen eröffnen und Fortschritt, den alle spüren.

Die Aufgabe des zu beschließenden Grundsatzzprogramms muss es sein, den Weg zu einer neuen sozialen Übereinkunft unter den komplexen Bedingungen des 21. Jahrhunderts zu beschreiben. Dies kann allerdings nur gelingen, wenn die Sozialdemokratie die Komplexität und Ambivalenz der gesellschaftlichen und ökonomischen Veränderungen im flexiblen Kapitalismus wirklich begreift und sie offensiv annehmen will. Entscheidend dafür wird die Entwicklung der Fähigkeit sein, von den angestrebten Zielsetzungen auf der Basis der sozialdemokratischen Grundwerte her zu denken, und sich von einer Debattenkultur zu verabschieden, die sich auf Schlagworte und Instrumente reduziert. Gleichzeitig wird man sich jedoch von Vorstellungen „eines großen Wurfes“ oder „eines in sich geschlossenen Gesamtkonzeptes“, das langfristig als alleiniger Leitfaden trägt, verabschieden müssen. Angemessener wäre die Formulierung von Leitbildern und klar umrissener Grundwerte, auf deren Basis die Etablierung einer progressiven Veränderungskultur gelingen kann. In diesem Rahmen wird die SPD nicht nur beschreiben können, welche gewohnten Sicherheiten neuen Risiken weichen, sondern auch, wie sich unter veränderten Bedingungen neue Sicherheiten organisieren lassen.

## □ Für eine eigene, sozialdemokratische Wirtschaftspolitik

Muss sich die SPD stärker als Wirtschaftspartei profilieren? Ja, unbedingt. Nur ist das die richtige Frage, die für die Zukunft der SPD relevant ist? Die relevante Frage ist vielmehr, ob es der SPD gelingt, einen eigenen sozialdemokratischen Weg in der Wirtschaftspolitik zu beschreiben oder ob sie sich auf einen „mitfühlenden Marktliberalismus“ beschränken darf.

» Zentraler Ausgangspunkt einer solchen wirtschaftspolitischen Konzeption muss die Einsicht sein, ökologische und gesellschaftliche Herausforderungen nicht als nachgelagerte Problemkreise zu verstehen, die es mit ökonomischen Notwendigkeiten zu „versöhnen“ gelte, sondern sie als zentrale Triebkräfte für die ökonomische Entwicklung zu begreifen. Marktfundamentalismus, sei es in der Überschätzung oder der Verteufelung marktwirtschaftlicher Prozesse, hat in dieser Sichtweise wenig Platz. Entscheidend ist der regulative Rahmen, in dem es gelingen kann, die Produktivkräfte im Sinne eines sozial-ökologischen Umbaus zur Entfaltung zu bringen. Wettbewerb nicht um des Wettbewerbs willens, sondern um die besten Produkte und Dienstleistungen. Es geht darum, produktive Leitbranchen zu entwickeln, wie es im Erneuerbaren-Energien-Bereich gelungen ist. Andererseits müssen Auswüchse wie der allein auf Spekulation und maximale Rendite setzende Finanz-Kapitalismus zurückgedrängt und auf ihren eigentlichen Zweck zurückgeführt werden. Grundidee sollte es sein, einen an politischen Prämissen orientierten, „gesteuerten Wettbewerb“ zu organisieren. Ordnungspolitische Begrenzung und Restriktionen, wo Fehlentwicklungen drohen und anreizpolitisch Impulse, wo Fortschrittsszenarien sich auftun.

## □ Neu erfinden müssen wir den Sozialstaat nicht

» Richtig ist, dass der Präventionsgedanke in unseren Sozialsystemen nicht die Rolle spielt, wie es angesichts der zunehmenden Unsicherheiten, denen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ausgesetzt sind, angemessen wäre. Falsch ist, dass der gegenwärtige Sozialstaat „überkommen“ sei und nicht präventiv wirke. Kurt Beck hat daher recht, wenn er sagt: „Neu erfinden müssen wir den Sozialstaat nicht“. So kann mit der Bürger-, Erwerbstätigen- und Beschäftigungsversicherung das sozialstaatliche Sicherheitsversprechen auch in einer Welt im Wandel erneuert werden. Die SPD sollte sich daher nicht in Auseinandersetzungen verzetteln, die sich um die Begrifflichkeiten „vorsorgend“ oder „nachsorgend“ drehen. Die Formel „Bildung statt Sozialtransfers“ wird den Ansprüchen der Menschen an ein gesellschaftlich organisiertes Sicherheitsversprechen nicht gerecht. Vielmehr gilt es, zunehmende individuelle Unsicherheit durch flexible Sozialstaatlichkeit abzufedern. Das heißt aber auch, sich von banalen Kategorien zu verabschieden, wie das Maß an sozialer Gerechtigkeit und die Leistungsfähigkeit des Sozialstaates ausschließlich an der Höhe der Transferzahlungen festzumachen. Die Anforderungen sind viel komplexer.

Eine wissensbasierte Volkswirtschaft im flexiblen Kapitalismus muss den Strukturwandel aktiv betreiben und gestalten können. Brüche und Übergangsprozesse müssen notfalls auch materiell abgesichert sein. Um Menschen für die notwendigen Veränderungsprozesse und die Chancen, die in ihnen liegen, zu gewinnen, muss ihnen das Vertrauen gegeben werden, dass sie sich in einem Umfeld wachsender Unsicherheiten nicht ohne Sicherheitsnetz bewegen. Wer Flexibilität und Sicherheit in Einklang bringen will, muss daher mit dem Umbau zu einem vorsorgenden und Sicherheit gebenden Sozialstaat, ein Ausbau- und kein Rückbauprojekt verfolgen. Nur so wird die Sozialdemokratie das gegebene Versprechen „Sicherheit im Wandel“ einlösen können.

## □ Umverteilung muss sein

Muss sich die SPD vom Ziel der Umverteilung verabschieden? Wie könnte sie! Wer eine wettbewerbsfähige Ökonomie und individuelle Ansprüche auf eine selbstbestimmte Lebensführung und materieller Sicherheit zusammen denken will, braucht dafür ein politisches Steuerungsmodell, das dieses leistet.

Intelligente verteilungspolitische Mechanismen müssen hierzu eine Klammer bilden, die die vorhandenen gesellschaftlichen Ressourcen für dieses Ziel aktivieren. So sollten Flexibilisierungsnotwendigkeiten auch als Chance begriffen werden, wenn sie mit konkreten Perspektiven auf mehr Autonomie und Selbstbestimmung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer verbunden und Flexibilisierungsgewinne gerecht verteilt werden. Auch ist die Gesellschaft zwingend darauf angewiesen, unproduktive, brach liegende Vermögenswerte für eine solche Perspektive sozialen Fortschritts zu mobilisieren. Dieser Ansatz entspringt dabei nicht einem vermeintlich antiquierten Gerechtigkeitsverständnis einer 70er Jahre Retro-Sozialdemokratie. Er muss vielmehr elementarer Bestandteil einer neuen sozialen Über-einkunft einer Gesellschaft sein, die sich im globalen Wettbewerb befindet.

## □ Modernisierer auf Fortschrittskurs?

Wer die SPD auf Fortschrittskurs bringen möchte, muss Raum zum navigieren in unsicheren Zeiten lassen. Wer jedoch der Partei uneingeschränkte Bekenntnisse zu einem in der Vergangenheit festgelegten Weg abtrotzen will, läuft Gefahr, wirklichen Fortschritt zu behindern. Wenn die Herausgeber unter diesen beschriebenen Herausforderungen wirklich „Auf der Höhe der Zeit“ hätten sein wollen, hätten sie zunächst mit den richtigen Fragen beginnen müssen. So wären sie wohl auch zu differenzierten Urteilen und Antworten gekommen. So hätten sich wohl auch Peer Steinbrücks Zweifel erübrigt, ob es bei der program-

matischen Ausrichtung der SPD eher darauf ankomme, was in der SPD mehrheitsfähig sei oder was die SPD in der Gesellschaft mehrheitsfähig mache. Eigentlich hätte ein stellvertretender Vorsitzender der SPD die Frage stellen müssen: Kann etwas gesellschaftlich mehrheitsfähig werden, wenn es das in einer Partei, die echte Volkspartei sein will, nicht ist? Volkspartei zu sein bedeutet eben im Kern, Meinungsbildung in Partei und Gesellschaft zusammenzuführen. Dies gilt auch oder gerade in Regierungsverantwortung. Wer die Fähigkeit dazu verliert, begibt sich – frei nach Brecht – in die Gefahr, dass sich „die Regierung eine neue Partei suchen müsse“.

☞ Dr. Ernst Dieter Rossmann, MdB, ist Sprecher der Parlamentarischen Linken in der SPD-Bundestagsfraktion, lebt in Elmshorn.  
☞ Alexander Bercht, ist Mitarbeiter der Parlamentarischen Linken in der SPD-Bundestagsfraktion und lebt in Berlin.

# LINKE?

Bei uns schon  
seit 1863!

Mitglied werden!

# DL 21

Forum demokratische Linke

Die Linke in der SPD

[www.forum-dl21.de](http://www.forum-dl21.de)

## Baustelle Hamburger Grundsatzprogramm

Die verunglückte Programmdebatte in der deutschen Sozialdemokratie des 21. Jahrhunderts aus NRW Sicht

von Andreas Bach



Foto: www.fotolia.de; © Kay-Rafael Stemmer



» Auf dem Landesparteitag der NRW SPD lagen fast 300 Anträge für ein neues SPD Parteiprogramm vor. Damit war kaum zu rechnen gewesen, denn der Bremer Entwurf zum neuen Grundsatzprogramm traf die Partei eher unvorbereitet. Die Dialogphase I, wie sie aus dem Willy Brandt Haus genannt und durch die Leitsätze zur Programmdiskussion im Frühjahr 2006 eingeleitet wurde, war von der Partei in der Breite kaum zur Kenntnis genommen worden. Nur in

wenigen Regionen von NRW gab es in dieser Phase Veranstaltungen, so zum Beispiel im östlichen Ruhrgebiet. In Dortmund wurde durch das Forum DL21 die Debatte kontinuierlich geführt, jedoch auch hier mit nur wenigen Interessierten. Die „Basta-Mentalität“ aus der Rot-Grünen Regierungszeit und die Tatsache, dass schon seit 2000 über ein neues Programm geredet wurde, zeigte ihre Wirkung. Zudem fehlte es in diesem Stadium an einer Vernetzung der Debatte.

Der Bremer Entwurf vom Januar 2007 in Kombination mit der sich anschließenden Mitgliederbefragung rüttelte dann jedoch doch viele auf, die sich bisher nicht für die Programmdiskussion interessiert hatten. Hinzu kam, dass der Zeitplan bis zur Verabschiedung im Oktober 2007 eng gesteckt worden war. Die Gremien waren daher gezwungen, vor oder direkt nach der Sommerpause ihre Beschlüsse zu fassen, um überhaupt auf dem Bundesparteitag präsent sein zu können.

### □ Kritik am Programmwurf und am Zeitplan

Die Kritik aus der Partei richtete sich schließlich direkt auf den Programmwurf, da er nicht nur textlich kaum zugespitzt und zu lang, sondern auch inhaltlich durcheinander und programmatisch problematisch war. Die Mitgliederbefragung tat das ihre dazu, weil der verwendete Fragebogen nicht geeignet war, die Meinung der Mitglieder zu vorgegebenen Thesen abzufragen – nur 8% der Mitglieder hatten einen Fragebogen abgegeben, sehr viele Fragebögen wurden nur zum Teil ausgefüllt. Die Auswertung der Befragung zeigt für die praktische Programmdiskussion wenig Wertbares.

Das völlig verunglückte Kapitel zur Gesellschafts- und Zeitkritik und die Beschreibung der gesellschaftlichen Situation zeigte – so formuliert es ein Diskussionsbeitrag des Dortmunder Forum DL21 – dass „der „Bremer Entwurf“ (...) nicht als „Grundsatzprogramm“, sondern wie ein „Wahlprogramm“ formuliert (ist). Er beschreibt nicht

das programmatische Selbstverständnis der Sozialdemokratie, sondern er ist lediglich der Versuch, sozialdemokratischen Regierungshandelns á la „Agenda 2010“ nun auch noch zu rechtfertigen“.

Neue Begrifflichkeiten wie die „Neue Wertschöpfung und gute Arbeit“ wurden zum Beispiel von Steinbrück, der für dieses Kapitel verantwortlich zeichnet, bewusst eingeführt. Er wollte in diesem Kapitel eine andere Stoßrichtung im Vergleich zum Berliner Programm geben, welches er als „technikfeindlich“ bezeichnet – so seine Aussage auf dem Bonner Programmforum im April 2007. Gerade dieses Kapitel zeigt nicht etwa zufällige Unzulänglichkeiten, sondern bewusst eine andere Steuer- und Finanzpolitik.

Trotz des viel kritisierten Zeitplanes und auch wegen des unzureichenden Entwurfes wurde dann in Teilen der Partei viel mehr diskutiert als erwartet. In Dortmund zum Beispiel gab es mehr als 30 Veranstaltungen in den Gliederungen. Hier zeigte sich eine sehr große Bereitschaft eine wirkliche Grundsatzdiskussion zu führen, die frei von Regierungsleidenschaften und „Basta-Mentalität“ war. In vielen Untergliederungen wurden Änderungsanträge zum Bremer Entwurf geschrieben und inhaltliche Grundsatzpapiere verabschiedet. Es wurde aber auch deutlich, dass diese Diskussionen notwendig sind, da schon viel Grundsatzwissen in der Partei verschüttet ist.

### □ Ungenutzte Chancen – aber Ende gut, alles gut?

Das Gerücht, Erhard Eppler schreibe eine Neufassung, wurde von Berlin mit Erfolg Anfang März zerstreut. Dass dies nicht der Wahrheit entsprach, wurde erst um den 1. Mai herum bekannt – denn da erreichte der Eppler Entwurf die Partei, obwohl er dem Generalsekretär bereits Ende März vorlag. Die Chance, diesen (etwas) besseren Entwurf zu nutzen und die Partei darüber zu informieren und diskutieren zu lassen, wurde nicht genutzt. Man gewann den Eindruck, dass der Parteivorstand unbedingt an dem Bremer Entwurf festhalten wollte.

Auf Grund der massiven Kritik aus der Partei beschloss die Programmkommission Ende Mai dann aber doch eine gründliche Überarbeitung des Bremer Entwurfes durch die Genoss/innen Heil, Nahles und Thierse. Alle Diskussionen und erarbeiteten Änderungsanträge, die sich auf den Bremer Entwurf bezogen, waren nun Makulatur. Für diejenigen, die sich am Bremer Entwurf mit eigenen kritischen Beiträgen abgearbeitet und noch nicht eine große Frustrationsschwelle zugelegt hatten, eine Katastrophe.

» Der Landesprogrammkommission, die in der NRW-Sommerpause zusammenkam, war klar, dass eine Behandlung in der zunächst geplanten Form keinen Sinn mehr machte, obwohl zum Landesparteitag am 25. August die erwähnten 300 Anträge vorlagen. Die Diskussionsgrundlage war weg und die eingesetzte Dreiergruppe hatte, obwohl seit Ende Mai eingesetzt, noch nicht einmal Zwischenergebnisse vorgelegt. Ein neuer Textentwurf der „Heil-Nahles-Thierse“-Programmgruppe würde erst zum Antragsschluss des Bundesparteitages Ende September veröffentlicht werden. Um den Frust nicht noch größer zu machen, wurde ein zusammenfassender Leitartikel für den NRW Parteitag von 13 Seiten geschrieben und beschlossen. Hier werden vor allem die Defizite des Bremer Entwurfes und die dazu gehörigen NRW Positionen formuliert (siehe die folgenden Auszüge aus dem Beschluss). Um die Bundesparteitagsdelegierten vorzubereiten, wird es in NRW zumindest einen Landesparteitag am 12. Oktober geben. Aber viel hängt von der Qualität des neuen Entwurfes ab. Wenn dieser Entwurf zwar kürzer, aber keine wirkliche inhaltliche Verbesserung zum „Bremer Entwurf“ darstellt, können wir nur eine Forderung haben: Die Grundsatzdebatte wird bis Frühjahr 2008 verlängert. ■

☞ Dr. Andreas Bach, arbeitet in Dortmund als Geschäftsführer und ist Mitglied im SPD-Unterbezirksvorstand Dortmund, in der Landesprogrammkommission NRW und für spw ehrenamtlich tätig.

## Dokumentation: Arbeit und Wirtschaft menschlich gestalten

Auszug auf dem Beschluss des NRW Landesparteitag

■ ■

vom 25.08.2007



Foto: Christian Kiel

» wollen wir im Interesse der sozialen Gerechtigkeit wirtschaftliche Macht durch demokratische Kontrolle begrenzen. Wir halten am Ziel der Vollbeschäftigung fest und wollen die Menschen, die zeitweise erwerbslos sind, nachhaltig unterstützen. Nach dem Konzept der Flexicurity (nachhaltige Lösungen für die Verbindung von Flexibilität und Sicherheit) können wir Frauen und Männern zwar nicht denselben Arbeitsplatz für die gesamte Dauer ihres Erwerbslebens gewährleisten. Wir wollen aber, dass alle Menschen die Gewissheit haben, dass ihnen nach Kräften geholfen wird. Alle Instrumente sind einzusetzen, damit sie wieder einen Arbeitsplatz finden von dem sie leben können (Mindestlohn), der ihre Qualifikationen berücksichtigt und sie nicht in prekäre Arbeitsverhältnisse abgleiten lässt. Im Sinne der modernen Auslegung des Rechtes auf Arbeit, muss unsere Gesellschaft dafür eine Garantie aussprechen.

In der Finanzpolitik wollen wir, dass die großen Unternehmen im Rahmen einer Steuerharmonisierung der EU und des IWF mindestens so stark besteuert werden wie die kleinen und mittleren Unternehmen, die nicht global tätig sind, denn diese schaffen die meisten Arbeits- und Ausbildungsplätze. Reinvestierte Gewinne wollen wir fördern.

Wir halten am Prinzip des progressiven Steuersatzes für Einkommen fest, wollen jedoch das gestiegene Spitzeneinkommen aus Vermögen, Einkommen und Unternehmertätigkeit wieder stärker zur Finanzierung des Gemeinwesens herangezogen werden.

» Die nationale und internationale Finanzmarktregulierung geht zum Teil in die falsche Richtung. Wir wollen die kurzfristigen, meist spekulativen Finanztransaktionen, die oft mit der Gefährdung von Arbeitsplätzen einhergehen, durch internationale Regeln – zum Beispiel durch eine Börsenumsatzsteuer – einschränken. International streben wir eine Besteuerung der Finanztransaktionen an. Für die Private Equity- und Hedgefonds wollen wir Regeln, die eine ruinöse Schuldenübertragung zur Kaufpreisfinanzierung auf das übernommene Unternehmen, im Interesse der dort arbeitenden Beschäftigten, ausschließt. Eine Mindesteigenkapitalfestlegung für übernommene Unternehmen soll deren Überschuldung durch aggressive Fonds verhindern. Wir wollen mehr Transparenz bei den Aktivitäten der Private-Equity- und Hedgefonds herstellen.

Wir setzen uns dafür ein, die deutsche Unternehmensmitbestimmung in Europa auszuweiten. Auch kleinere Unternehmen müssen im Zusammenhang mit Unternehmensbeteiligungen durch die Mitarbeiter/innen ihre Instrumente zum Beispiel in Form der Wirtschaftsausschüsse der Betriebsräte ausbilden. Die Rechte und Pflichten der Aufsichtsräte müssen gestärkt werden. ■

## Personen & Positionen

---

### □ Robin Baranski neuer spw-Geschäftsführer

Mit 16 eine Juso-Schüler-Gruppe gegründet – mit 30 in die SPW-Geschäftsführung gewählt: Wir begrüßen Robin Baranski aus Hamm als derzeit dritten Geschäftsführer. Die Gesellschafterversammlung am 8.9.2007 folgte mit der Berufung von Robin Baranski einem Vorschlag der Geschäftsführung. Ziel der Erweiterung auf drei Personen ist die bessere Aufteilungsmöglichkeit der Arbeit im kaufmännischen Bereich, bei gesellschaftsrechtlichen Angelegenheiten und bei der Organisation der Arbeit im Umfeld unserer spw. Hier wird die Geschäftsführung sich deutlich mehr und deutlich vernehmbarer einbringen als dies bisher war, damit die Redaktion mehr Kraft in die Weiterentwicklung von spw legen kann.

Zur Person: Robin Baranski ist zur Zeit Teamleiter im Büro des Landesverbandes der Jusos in NRW. Während seines Magisterstudiums der Fachrichtungen Soziologie, Politikwissenschaft und Wirtschaftspolitik hat er für Dr. Dieter Wiefelspütz als studentischer Mitarbeiter im Wahlkreisbüro gearbeitet. Seit 1993 ist Robin Baranski in Juso-Gremien und an der Parteibasis, aber auch gewerkschaftlich aktiv. Seine inhaltlichen Schwerpunkte sind Arbeitsmarkt- und Wirtschaftspolitik.

Robin ist verheiratet, wurde 1977 in Beckum geboren und lebt in Hamm. Als WW'ler kennt er die Partei aus vielen Funktionen und ist sich selbst bei der Ochsentour in vielen Funktionen in Gremien der SPD treu geblieben. Und: Als WW'ler hat er eine spezifische Sichtweise und ein spezifisches Selbstbewusstsein und Sendungsbewusstsein – wir freuen uns auf die Zusammenarbeit.  
[Hans-Joachim Olczyk, Eckhart Seidel]

---

### □ Keine Einigung bei Erbschaftsteuerreform!

Als nicht akzeptabel bewertet das Forum DL21 die aktuellen CDU/CSU-Vorschläge zur Erbschaftsteuerreform: „Sie leisten weder den notwendigen Beitrag zur Stärkung der Verteilungsgerechtigkeit noch sind sie mit dem Grundgesetz vereinbar. Die Reform der Erbschaft- und Schenkungsteuer muss die unterschiedlichen Vermögensarten gleich behandeln, bestehende Ungerechtigkeiten beseitigen und vor allem ein höheres Gesamtaufkommen erzielen. Erben von großen Vermögen müssen zukünftig mehr beitragen“, heißt es in einem Vorstandsbeschluss vom 21.09.2007.

► **Download:** [www.forum-dl21.de](http://www.forum-dl21.de)

---

### □ Mitgliederzuwachs im Forum DL21 e. V.

Das Forum DL21 e.V., in dem sich die SPD-Parteilinke organisiert, hat in den letzten Wochen fast hundert neue Mitglieder gewinnen können. Beispielsweise haben ca. 40 junge GenossInnen aus verschiedensten Kreisverbänden Baden-Württembergs wenige Tage vor dem SPD-Landesparteitag am 21./22. September erklärt, dass sie dem Forum DL21 beitreten. In einem Schreiben an den DL21-Vorstand heißt es: „Gerade in der großen Koalition sind wir als gesellschaftliche Linke gefragt. Ein klares soziales Profil, verbunden mit einer langfristigen politischen Vision und einem glaubwürdigen Personalangebot, ist unser Anspruch an die Arbeit unserer Partei. Zusammen können wir diesem Anspruch zur Verwirklichung verhelfen.“ Der Brief ist auf der Internet-Seite des Forum DL21 dokumentiert.

[Reinhold Rünker]

► **Download:** [www.forum-dl21.de](http://www.forum-dl21.de)

---



↳ Fikile Mbalula: IUSY-Präsident mit Kai Burmeister in Berlin 2007  
Foto: Felix Welti (Bild links)  
↳ Karl Liebknecht: gehörte 1907 zu den Mitbegründern der IUSY  
Foto: Archiv der Arbeiterjugendbewegung (Bild rechts)

» Fikile Mbalula wurde 1971 geboren in Free State (Südafrika) und hat eine Ausbildung als Lehrer am Free State College of Education in South abgeschlossen. Seit den späten 1980er Jahren war er im Congress of South African Students sowie dem South African Youth Congress aktiv. Seit August 2004 ist Fikile Mbalula Präsident der ANC-Youth League in Südafrika und seit 2004 Präsident der IUSY (International Union of Socialist Youth). Er ist u.a. Koordinator der South African Medical & Dental Association (Samdc).

**spw:** Wie bist Du zur Politik gekommen?

» **Fikile Mbalula:** Die Verhältnisse in Südafrika waren seinerzeit so, dass niemand das politische Klima ignorieren konnte. Entsprechend waren alle aus meiner Generation im Großen und Ganzen politisch sehr bewusst. Viele von ihnen haben daher wie ich im noch jungen Alter von 14 Jahren beschlossen, den Kampf gegen die Verhältnisse in unserem Land aufzunehmen – zum einen habe ich mich individuell dafür entschieden, auf der anderen Seiten war es aber auch der Druck der Verhältnisse, der gerade auf uns Jugend lastete, dass wir fühlten dagegen vorgehen zu müssen.

**spw:** Vor über 100 Jahren wurde die IUSY durch Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg gegründet. Was ist davon heute noch übrig?

## 5 Fragen an ... Fikile Mbalula

„Entwicklung im Sinne der  
Mehrheit der Menschen auf die  
Tagesordnung bringen!“ ■ ■

» **Fikile Mbalula:** Über die Jahre ist IUSY von einer eurozentristischen Bewegung zu einer wirklich globalen Bewegung gewachsen. Überall auf dem Globus streiten wir vereint in der Überzeugung Liebknechts für Gerechtigkeit, Demokratie, Frieden, Stabilität, Gleichheit und den Wohlstand aller Menschen und gegen alle Formen von rassistischen und ethnischen Vorurteilen. Die konkreten Herausforderungen haben sich jeweils über die Jahre hinweg geändert. Unsere Grundsätze sind aber nach wie vor die gleichen geblieben. In diesem Sinne hat unsere Gründergeneration nach wie vor große Bedeutung.

**spw:** Was kann IUSY als weltweite Organisation von jungen Sozialisten wirklich erreichen?

» **Fikile Mbalula:** IUSY ist Mitglied der Sozialistischen internationalen (SI) und ist praktisch ihre Jugendorganisation. Die SI hat als Organisation selbst ein großes Potential. Einerseits stellen viele Mitgliedparteien nationale Regierungen, in anderen Ländern sind es oft anerkannte Oppositionsparteien. Über die SI kann die IUSY eine Menge erreichen, in dem sie als Speerspitze der Jugend der Welt Druck auf die jeweiligen Parteien ausübt. Als Dachorganisation und auch über die mehr als 140 Mitgliedsorganisationen in über 100 Ländern kann IUSY mehr Veränderungen im Sinne des Fortschritts durchsetzen, als alle anderen weltweiten Jugendorganisationen.

**spw:** Auf dem 100 Geburtstag der IUSY hast Du über die Zukunft des Sozialismus gesprochen. Was ist für Dich als afrikanischer Sozialist der Kern dieser Diskussion?

**Fikile Mbalula:** Die Idee des Sozialismus räumt den Menschen erste Priorität ein. Das ist tatsächlich das, was die Mehrheit der Menschen auch will. Nach dem 2. Weltkrieg haben zwei Blöcke das Geschehen bestimmt. Heute erleben wir die Ära des Kapitalismus mit der Macht transnationaler Konzerne und eben der einen Supermacht. Bei der Diskussion über Sozialismus sollte es darum gehen, dass alle Völker der Welt, verbunden durch Solidarität, die Entwicklung im Sinne der Mehrheit der Menschen auf die Tagesordnung zu bringen. Es muss sichergestellt werden, dass uns nicht länger der Zugang zu Technologie und damit Wohlstand verweigert wird. Dies bedeutet besonders für die Länder Afrikas aber auch für den Süden insgesamt, dass wir Zugang zu den neuesten Entwicklungen in der Medizin, der Nahrungsmittelproduktion, der Technologie insgesamt erhalten müssen und dafür brauchen wir endlich ein faires Handelssystem.

**spw:** Was, denkst Du, wird IUSY in 15 Jahren sein?

**Fikile Mbalula:** IUSY fährt im Vermächtnis seiner Gründer fort und wird angespornt durch den Mut der jungen Generation, gegen die anhaltende Marginalisierung der Mehrheit der Menschheit durch undemokratische Regierungen und durch die heutigen UN und besonders IWF, Weltbank und WTO, weiter zu kämpfen. Wir werden es nicht akzeptieren, dass die große Mehrheit der Menschen in Armut verharren muss, während einige wenige im Reichtum schwelgen können.

IUSY wurde über Jahrzehnte hinweg entwickelt. Allmählich werden unsere Kämpfe ein höheres Niveau. Wir können hoffen, dass wir weiter wachsen werden. Dies gilt für weitere Mitglieder und besonders in Sachen unseres Einflusses als IUSY selbst und natürlich unserer jeweiligen Mitgliedsorganisationen.

**spw:** Fikile, vielen Dank für das Gespräch. ■

☞ Die Fragen stellte für spw Kai Burmeister.

### ■ 100. Geburtstag der International Union of Socialist Youth – IUSY

Ein überschaubarer Kreis von 20 Jugendvertretern aus 13 Ländern war es, der vom 24. bis 26. August 1907 in Stuttgart zusammenkam, um dort die „Sozialistische Jugendinternationale“ ins Leben zu rufen. Geeint zeigten sich die Vertreter von der Überzeugung, sich für Frieden, für würdige Arbeitsbedingungen und gegen Diskriminierung einsetzen zu wollen. Mit dieser ersten Jugendkonferenz, damals noch vorrangig europäischer Verbände, manifestierte sich eine überzeugende Idee und eine großartige Organisation, auf deren hundertjährige Tradition wir heute mit Stolz zurückblicken können. Zu den Gründungsmitgliedern gehörten u.a. die deutschen SozialistInnen Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg.

In Berlin feierte die IUSY Ende August mit über 1500 Jugendlichen aus aller Welt ihren 100. Geburtstag. Unter den geladenen Ehrengästen waren unter anderem SPD-Vorsitzender Kurt Beck, der Vorsitzende der SPD, und der Bundeskanzler von Österreich, Alfred Gusenbauer, UNDP-Direktor Kemal Dervis und der Präsident der Sozialistischen Internationale, George Papandreou. Die Jusos und die SJD – die Falken sind Mitglieder der IUSY.

Quelle: [www.iusy100.org](http://www.iusy100.org)

# spw

» Meinungsstark!

» Links!

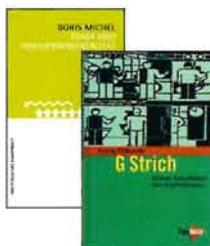
» In der Sozialdemokratie!



### Prämienpaket 1:

Kapital-Verbrechen  
Werner Biermann / Arno Klönne  
208 Seiten 14,80 €

„Eiszeit“ in Deutschland  
Jürgen Meier  
186 Seiten 14,90 €



### Prämienpaket 2:

Stadt und Gouvernementalität  
Boris Michel  
156 Seiten 14,90 €

G Strich – Kleine Geschichte  
des Kapitalismus  
Georg Fülberth  
316 Seiten 19,80 €



### Prämienpaket 3:

Menschen machen  
Innovationen  
Karl-Heinz Brandl /  
Lothar Schröder (Hrsg.)  
264 Seiten 14,80 €

Nationale Bildungsstandards  
Torsten Feltes / Marc Paysen  
204 Seiten 14,80 €

» Jetzt abonnieren – per Fax: 0231 / 40 24 16 oder Post!

Ich möchte ein **spw**-Probeheft!

Ich abonniere **spw** für mindestens  
zwölf Monate ab Heft:

Normal-Abo (39,00 € Inland, inkl. Versand;  
37,00 € bei Bankeinzug)

Auslands-Abo (42,00 € inkl. Versand)

Ich wähle das **spw**-Prämienpaket:

Die **spw** geht an:

Name, Vorname

Straße, Nr.

PLZ, Ort

Telefon

E-Mail

Datum, Unterschrift

Ich wünsche Bankeinzug:

Geldinstitut

Bankleitzahl

Konto-Nr.

Datum, Unterschrift

Ich zahle per Rechnung. Die Rechnung geht an:

Name, Vorname

Straße, Nr.

PLZ, Ort

Datum, Unterschrift

Ich möchte regelmäßig mit dem **spw** E-Mail-  
Newsletter informiert werden.

E-Mail